



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Dr. Johann Keller, eröffnete gemeinsam mit GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel (beide stehend) im Haus der Bayerischen Landkreise die Seminarreihe „Kommunikation in Kommunen“.

Neue GZ-Seminarreihe:

Kommunikation in Kommunen

Auftaktveranstaltung in München gemeinsam mit Bayerischem Landkreistag, Engel & Zimmermann sowie TV Bayern live

Bürgerproteste haben in Bayern Tradition und Bürgerentscheide bereits zahlreiche kommunale Projekte zum Scheitern gebracht. Es zeigt sich: Ein transparenter Dialog zwischen Kommunen und Bürgern fehlt oftmals gänzlich. Vor diesem Hintergrund hat die Bayerische Gemeindezeitung in Zusammenarbeit mit Bayerischem Landkreistag, der Kommunikationsberatung Engel & Zimmermann und TV Bayern live eine Seminarreihe ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Kommunikation in Kommunen“ touren die Initiatoren durch den Freistaat. Die Auftaktveranstaltung fand im Haus der Bayerischen Landkreise in München statt.

Beim Bayerischen Landkreistag steht das Kommunikationsthema ohnehin an vorderster Stelle, wie der Hausherr, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, in seinem Grußwort unterstrich. In der Geschäftsstelle liefen die „Drähte aller 71 bayerischen Landkreise“ zusammen, „um unsere Positionen und Botschaften an die Landes- und Bundespolitik zu bringen“.

„Wir betreiben also Kommunikation in reiner Form“, hob Keller hervor. Ob durch persönliche Gespräche oder beispielsweise Tagungen. „Dies ist Aufgabe unseres Verbandes.“

Sorgen und Ängste ernst nehmen

Über den Erfolg entscheidet am Ende des Tages Keller zufolge „immer das Wann und Wie“. „Angemessene Information und wenig Fehler bei der Kommunikation“ laute die Devise. Wichtig sei es, Sorgen und Ängste auszuräumen, das Gegenüber sachlich und emotional zu überzeugen und ihm auch immer das Gefühl zu geben, gehört zu werden. Auch in seinen zahlreichen Gesprächen mit den Landräten kämen diese Attribute zum Einsatz.

Die Menschen mitnehmen

„Es gilt, plausible Erklärungen anzubieten und die Menschen mitzunehmen, betonte GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel. Hierfür müssten Methoden gewählt werden, die für die Bürger verständlich und nachvollziehbar sind.

Ihre Forderung erläuterte von Hassel am Kommunikationsmodell der Linguisten: „Nur dort, wo Sender und Empfänger eine ge-

meinsame Basis haben, ist eine Verständigung möglich. Dies können Zeichen, Mimik, Gestik, Bilder ... vor allem aber Sprache sein.“ Sender und Empfänger seien in diesem Kommunikationsmodell wechselseitig austauschbar. Verständliche Kommunikation sei aber nur im Bereich der Überlappung möglich; nur dort verfüge man über einen gemeinsamen „Code“. „Je größer dieser ist, umso mehr Möglichkeiten der Kommunikation gibt es“, so die Journalistin.

Konfliktpotenzial Infrastruktur

Viele Bürgerinnen und Bürger beurteilen kommunale Infrastrukturprojekte und Unternehmenssiedlungen heute vordergründig danach, ob sie ihrem eigenen, individuellen Interesse dienen oder nicht. Das ist legitim und nicht unbedingt neu – und doch stellt die zunehmende Protestbereitschaft (Fortsetzung auf Seite 4)

Arbeitsplätze im ländlichen Raum:

165 Millionen Euro für Regionalförderung

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zieht Bilanz 2016

Mit der Regionalförderung unterstützt der Freistaat seit vielen Jahren besonders die vom demographischen Wandel betroffenen Regionen. Dafür hat das bayerische Wirtschaftsministerium im vergangenen Jahr 165 Millionen Euro zur Unterstützung von Investitionen bayerischer Unternehmen in Arbeitsplätze bereitgestellt. Dies erklärte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner anlässlich ihrer Bilanz zur Regionalförderung 2016.

Mit diesen Finanzmitteln habe man auch im vergangenen Jahr gerade auf dem Land, wo ein besonderer Handlungsbedarf bestehe, mit Erfolg Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert. So könnten die Menschen vor Ort zur Arbeit gehen. Von der Förderung profitierten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, erklärte Aigner. Diese investierten zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit überwiegend in neue Gebäude und Maschinen. Insgesamt habe man 585 Maßnahmen bayerischer Unternehmen unterstützt und Investitionen von 1,2 Milliarden Euro angestoßen. Dadurch seien ca. 2.900 neue Arbeitsplätze entstanden und 23.000 gesichert worden. So habe der Freistaat einen nachhaltigen Beitrag zu den hohen Wachstumsraten sowie den niedrigen Arbeitslosenzahlen in Bayern geleistet betonte die Ministerin.

Allen Regionen passgenau helfen

Von den staatlichen Zuwendungen seien über 86% in den ländlichen Raum gegangen, der sich schon länger wirtschaftlich positiver entwickelt als die Ballungsräume. Die Wirtschaftsministerin ist überzeugt davon dass der jetzt dort vorherrschende hohe Entwicklungsstandard das Ergebnis einer langfristigen, orientierten Unterstützung durch

die bayerische Wirtschaftspolitik sei. Mit der Regionalförderung helfe man allen Regionen „passgenau“ bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen.



Nicht nur zuhause sorgt Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner für Arbeitsplätze und eine florierende Wirtschaft. Unser Bild zeigt sie während ihrer jüngsten Reise nach Südafrika mit Johannesburgs Bürgermeister Herman Mashaba. „Für bayerische Unternehmen bieten sich in Südafrika zahlreiche Anknüpfungspunkte“, sagte die Ministerin. Angesichts der vielen weltpolitischen Unsicherheiten sei es besonders wichtig, internationale wirtschaftliche Beziehungen weiter auszubauen. In den Gesprächen ging es immer wieder auch darum, den sog. „Marshallplan für Afrika“ von Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller mit Hilfe-zu-Selbsthilfe-Projekten tatkräftig zu unterstützen und durch Technologietransfers und Erfahrungen in der Fachkräfteausbildung vor Ort neue Perspektiven zu schaffen. Bild: StMWi

Zusätzliches Potenzial im Tourismus

Zusätzliches Potenzial sieht Aigner im Tourismus. Mit der „Premium Offensive Tourismus“ wolle sie künftig verstärkt Investitionen von Hotellerie und Gastronomie zur Qualitätssteigerung fördern. Dabei gehe es vor allem um Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Barrierefreiheit sowie im Wellness- oder Kinderbereich.

Staatliche Zuschüsse für Investitionen

Für Investitionen zur Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen könnten Unternehmen staatliche Zuschüsse von zehn bis 30% erhalten. Die Höhe der Förderung hänge von der Größe und dem Standort des Unternehmens ab. Die Zuschüsse müssten bei den jeweiligen Bezirksregierungen beantragt werden, wo Wirtschaftsförderer mit entsprechender Erfahrung, Sach- und Ortskunde für die größtmögliche Wirkung der vom Landtag bereitgestellten Mittel in der Wirtschaft sorgten, erläuterte die Ministerin abschließend. **rm**



Die Überalterung der Gesellschaften beschränkt sich nicht mehr nur auf Europa, Nordamerika oder Japan; auch große Schwellenländer wie Russland oder China sind mittlerweile betroffen. Was Deutschland angeht, ist und bleibt der Bürgermeister aber Optimist. S. 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum 5. Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim 5. Bayerischen Wasserkraft-Forum am 18. Mai 2017 im Rittersaal des Straubinger Herzogschlosses. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden unter anderem Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO2-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umwelt- und insbesondere Hochwasserschutz eine wichtige Rolle.

Für kommunale Besucher und Behördenvertreter ist die Teilnahme an diesem Symposium kostenfrei. Eingeladen sind vor allem politische und kommunale Entscheidungsträger sowie Multiplikatoren, Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse.

Informationen: www.bayerisches-wasserkraftforum.de



Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Das Europabüro der bayerischen Kommunen	2
Herrmann fordert mehr Bauland von Kommunen	2
Bayerisches Kabinett in der Oberpfalz	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Förderung für Hallen- und Freibäder notwendig	3
Jahresbericht des ORH	3
Erweiterter Marktplatz der Generationen	3
Dialog für einen möglichen Nationalpark	4
GZ-Fachthema:	
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen	5 - 9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Bayerisches Kabinett in Amberg:

Top-Adresse Oberpfalz

Das bayerische Kabinett hat die künftigen politischen Schwerpunkte für die Oberpfalz auf den Weg gebracht. Das Augenmerk liegt demnach auf der Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft, dem Ausbau der Verkehrswege insbesondere auch in Richtung zum EU-Partnerland Tschechien, dem Breitbandausbau, der Stärkung von Kultur und Tourismus sowie dem Schutz der Umwelt.

Bei der Sitzung des Ministerrats in Amberg kündigte Ministerpräsident Horst Seehofer an, die Staatsregierung werde alle Anstrengungen unternehmen, um die Zukunft der Menschen in der Oberpfalz auch in Zeiten des demographischen Wandels und digitaler Herausforderungen zu sichern. „Sie sollen weiterhin Gewinner des Wandels sein!“, so Seehofer. Die Oberpfalz liegt heute mit 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,5 Prozent und ist auf bestem Weg zur Top-Adresse für Unternehmen und Investitionen, in Zukunftstechnologien, aber auch in Automobilindustrie, Elektronik und Mechatronik.

Investitionen in Universität und Hochschulen

Laut Ministerrat wird die Universität Regensburg dritter bayerischer Sonderpädagogikstandort mit drei neuen Lehrstühlen, die bis zum Wintersemester 2021/2022 arbeitsfähig sein werden. Auch investiert Bayern kräftig in Universität und Hochschulmedizin. Ab 2019 entstehen in Regensburg das neue Vorklini-

kum sowie ein neues Werkstattgebäude für die Naturwissenschaften. An der OTH Regensburg wird das „Ostbayerische Zentrum für Gesundheitsberufe“ eingerichtet.

Mit einem neuen Technologietransferzentrum in Parsberg wird ein innovativer Weg beschritten, indem erstmalig zwei Technische Hochschulen (TH Deggendorf und OTH Regensburg) in einer gemeinsamen Einrichtung kooperieren. Darüber hinaus sollen an der OTH Amberg-Weiden ein „Kompetenzzentrum Bayern-Mittel-Osteuropa (MOE)“ und ein „Kompetenzzentrum Digitaler Campus“ auf- und ausgebaut werden. Der Freistaat fördert zudem den Gesundheits- und Medizintechnik-Campus Oberpfalz.

Die Heimatstrategie wird von der Bayerischen Staatsregierung mit den zentralen Elementen Breitbandausbau und Behördenverlagerung umgesetzt. Rund 90.000 Haushalte werden erstmalig mit Internet versorgt. An dem 1,5 Milliarden Euro umfassenden Förderprogramm der Staatsregierung sind 98 Prozent der Oberpfälzer Kommunen beteiligt. 199 Gemeinden haben bereits Förderbescheide für 242 Projekte über

insgesamt über 92 Millionen Euro erhalten. Etwa ein Viertel der Projekte ist bereits in Betrieb.

Behördenverlagerungen

Die Oberpfalz profitiert insgesamt von Behördenverlagerungen mit 11 Projekten und einem Zuwachs von 374 Beschäftigten. Im Jahr 2016 haben mit dem Grundbuchamt Oberviechtach, der gemeinsamen IT-Stelle der Bayerischen Justiz in Amberg und der Digitalen Landkarte Bayern des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Windischeschenbach bereits drei Behörden mit bislang 48 Beschäftigten den Dienstbetrieb aufgenommen.

Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit bringt die Regierung das Projekt CURA auf den Weg. In den Städten Amberg und Weiden i. d. Opf. sollen arbeitslose Leistungsbezieher und deren Familien zielgerichtete Unterstützung erhalten. Eine auf den Einzelfall abgestimmte Beratung und Förderung soll die Arbeitsmarktintegration erleichtern. Zugleich soll CURA durch Einbeziehen der Jugendberatung langzeitarbeitslose Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit stärken, um so die Gesamtsituation betroffener Familien zu verbessern.

Mitgestaltungsmöglichkeiten für Senioren

Darüber hinaus wird die Staatsregierung im Zuge des Modellprogramms „Aktive generationenfreundliche Gemeinde“ kleine und mittlere Kommunen in der Oberpfalz künftig noch intensiver im Umgang mit dem demografischen Wandel unterstützen. Durch das Modellprogramm sollen Rahmenbedingungen für eine aktive Mitgestaltung und ein selbstständiges und erfülltes Leben älterer Menschen in der gewohnten Umgebung geschaffen werden. Konkret sollen jährlich rund 40 Kommunen für drei Jahre mit bis zu 10.000 Euro gefördert werden.

Zudem ist die Einrichtung eines Bayerischen Zentrums für Medienkompetenz in der Frühpädagogik (ZMF) in Amberg geplant. Aufgabe des ZMF soll es sein, pädagogische Fachkräfte in der Medienpädagogik von analogen bis hin zu digitalen Medien fortzubilden, die Chancen der Digitalisierung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Kindertageseinrichtungen zu erschließen, Risiken entgegenzuwirken sowie Kinder und junge Menschen zum kompetenten Umgang mit Gefährdungen zu befähigen.

Große Pläne in der Verkehrspolitik

Stichwort Verkehrspolitik: Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind in den höchsten Dringlichkeitsstufen für die Oberpfalz zehn Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 500 Millionen Euro enthalten. Wichtige Projekte sind u. a. der 6-streifige Ausbau der A 3 bei Regensburg (AS Nittendorf bis AS Rosenhof), die Ortsumfahrung Waldsassen/Kondrau (B 299), der zweibahnige Ausbau der B 85 sowie die Ortsumgehungen Neubäu (B 85) und Mühlhausen (B 299). Im Bereich der Staatsstraßen sind bis 2020 insgesamt 31 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 160 Mio. Euro geplant. In den vergangenen zehn Jahren flossen zudem über 200 Millionen Euro zur Förderung des kom-

Schwaben baut am meisten

Des weiteren verwies Herrmann auf die hohe Wohnkostenbelastung in Bayern die sich zur zentralen sozialen Frage entwickelte. Hier seien gemeinsame Anstrengungen aller für mehr Wohnungsbau erforderlich. In diesem Zusammenhang wiederholte der Minister seinen dringenden Appell an Städte und Gemeinden das erforderliche Bauland für den Wohnungsbau bereit zu stellen. Zudem bietet die Staatsregierung mit dem kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm den Städten und Gemeinden ein sehr lukratives Angebot für den Wohnungsbau an. **rm**

Das Europabüro der bayerischen Kommunen – Ihr Partner in Brüssel

Von Christiane Thömmes,
Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel

Das Europabüro der bayerischen Kommunen feiert dieses Jahr am 28. November sein 25-jähriges Bestehen. Die vier kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindefachverband, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirksverband) sowie der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gründeten es 1992 als Antwort auf die zunehmende Betroffenheit der kommunalen Ebene durch Europapolitik- und -recht. Seit 2000 bildet das Europabüro eine Bürogemeinschaft mit den Büros der baden-württembergischen und sächsischen Kommunen, so dass insgesamt fünf Referenten und drei Assistentinnen, die zusätzlich von Praktikanten unterstützt werden, die Interessen der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen und ihrer Verbände in Brüssel wahrnehmen.

Bearbeitet werden alle europapolitischen Themenbereiche, die für Kommunen wichtig sind: vom Wettbewerbsrecht über Energie und Umwelt bis hin zur Digitalisierung. Dabei stehen die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung und des Subsidiaritätsprinzips, insbesondere bei der Daseinsvorsorge, immer im Vordergrund. 2017 beschäftigt sich die Bürogemeinschaft in Anlehnung an das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission schwerpunktmäßig mit der Kohäsionspolitik nach 2020, digitalen Themen, der Revision der Trinkwasserrichtlinie und Sicherheitsbelangen auch mit Bezug auf Migration. Das schließt jedoch die Befassung mit aktuellen Fragestellungen nicht aus. Das Büro berät die bayerischen Kommunen laufend zu EU-Rechts- und Fördermittelthemen und erstellt gemeinsame Positionspapiere sowie Antworten zu laufenden Befragungen der EU-Kommission.

Die Aufgaben des Europabüros der bayerischen Kommunen beschränken sich nicht nur auf die direkte Vertretung der bayerischen kommunalen Interessen gegenüber den EU-Institutionen in Brüssel, sondern beinhalten auch die Mitarbeit in europäischen Netzwerken und Gremien, um sich auszutauschen und gemeinsam mit anderen Gleichgesinnten die EU-Politik im Sinne der Kommunen zu beeinflussen. Ein Beispiel erfolgreicher kommunaler Interessenvertretung des letzten Jahres war die Befassung mit dem Transparenzregister der EU. Die Eintragung darin war zunächst für alle Interessensvertreter fakultativ. Um die Interessenvertretung transparenter zu gestalten, plädierte die Kommission für eine verpflichtende Eintragung von

Lobbyisten in das Register - darunter verstand sie auch die Kommunen und ihre Verbände – nicht jedoch z.B. die Landes- und Bundesverwaltungen und ihre Vertretungen in Brüssel, Kirchen, Parteien. In einer öffentlichen Konsultation sowie in zahlreichen Gesprächen mit den EU-Institutionen setzte sich das Europabüro für eine Gleichbehandlung mit der staatlichen Ebene ein und damit für eine echte Anerkennung als Partner im politischen Mehrebenensystem. Die Forderungen der kommunalen Ebene wurden nun von der Kommission in ihren aktuellen Entwurf einer interinstitutionellen Vereinbarung angenommen und spiegeln sich auch in dem Bericht des zuständigen Berichterstatters im Europäischen Parlament wieder. Damit darf davon ausgegangen werden, dass die Kommunen bei ihrer EU-Arbeit künftig nicht mit privaten Lobbyisten, die Partikularinteressen vertreten, gleichgesetzt werden.

Wichtig für eine erfolgreiche Europaarbeit ist die frühzeitige Information zu EU-Initiativen, Gesetzgebungsverfahren und kommunalrelevanten EuGH-Urteilen. Ein gezieltes Medium dazu ist insbesondere der Newsletter Brüssel Aktuell (für Mitglieder der Trägerverbände). Damit lokale Vertreter und Vertreterinnen wie auch Bürger direkt den Austausch vor Ort in Brüssel pflegen können, vermittelt das Büro Gesprächskontakte bei der Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Ausschuss der Regionen und mit sonstigen Experten. Bei den zahlreichen jährlichen Besuchen von Delegationen und Besuchergruppen stehen auch die Referenten regelmäßig für Vorträge zu kommunalrelevanten EU-Themen zur Verfügung.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt kommunaler Europaarbeit ist die Förderung von Projekten durch europäische Programme und Fonds. Das Europabüro informiert daher laufend über aktuelle Programmaufrufe in seinem Newsletter, berät über verschidene Fördermöglichkeiten und leistet konkrete Hilfestellung bei der Erstellung von Anträgen sowie der Suche nach Projektpartnern. Für die Mitgliedskommunen der kommunalen Spitzenverbände hat das Europabüro ein Fördermittelhandbuch zur laufenden Förderperiode 2014-2020 erstellt, welches im Büro bezogen werden kann.

Für weitere Information zum Europabüro der bayerischen Kommunen laden wir Sie ganz herzlich dazu ein, unter <http://www.ebbk.de/> die aktualisierte Webseite zu besuchen. □

Wohnungspakt Bayern zeigt deutliche Wirkung:

Herrmann fordert mehr Bauland von Kommunen

Die im Rahmen des im Oktober 2015 ins Leben gerufenen „Wohnungspakt Bayern“ erfolgte soziale Wohnraumförderung hat mit der Förderung von 3.700 Mietwohnungen und Wohnplätzen sowie über 1.400 Wohnungen für Selbstnutzer im vergangenen Jahr ein neues Rekordergebnis erzielt. Ebenso wurde mit der Förderung von 1.610 Wohnplätzen für Studierende ein neuer Spitzenwert erreicht.

Für Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann ist dies und der Anstieg der Baufertigstellungen auf fast 54.000 Wohnungen ein klares Zeichen

dafür, dass der Wohnungspakt Bayern den erhofften Aufschwung bringt.

„Unsere wohnungspolitischen Maßnahmen greifen“, erklärte Herrmann anlässlich der jüngst veröffentlichten Statistik zu den Baufertigstellungen in 2016. Hierbei sei die Zahl um 641 auf insgesamt 53.993 Wohnungen gestiegen. Der Hauptanteil von 46.923 Wohnungen betreffe neue Wohngebäude und Wohnheime. Die Wohnungsbaufertigstellungen in neuen Mehrfamilienhäusern haben sich sogar um 4,9% auf 22.466 erhöht.

Besonders gut habe sich die Bautätigkeit in den kreisfreien Städten entwickelt. Dort sei die Zahl der Fertigstellungen um 7% auf 18.834 Wohnungen gestiegen, wobei die acht Großstädte in Bayern einen Anstieg um 13,4% auf 15.340 verzeichneten, führte der Bauminister aus. Regional sei die Steigerung um 21,4% auf 9.152 Wohnungsbaufertigstellungen in Schwaben am höchsten.

Schwaben baut am meisten

Des weiteren verwies Herrmann auf die hohe Wohnkostenbelastung in Bayern die sich zur zentralen sozialen Frage entwickelte. Hier seien gemeinsame Anstrengungen aller für mehr Wohnungsbau erforderlich. In diesem Zusammenhang wiederholte der Minister seinen dringenden Appell an Städte und Gemeinden das erforderliche Bauland für den Wohnungsbau bereit zu stellen. Zudem bietet die Staatsregierung mit dem kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm den Städten und Gemeinden ein sehr lukratives Angebot für den Wohnungsbau an. **rm**

munalen Straßenbaus in die Oberpfalz.

Im Schienenverkehr setzt die Staatsregierung auf Elektrifizierung, verbesserte Barrierefreiheit und den Ausbau grenzüberschreitender Verbindungen nach Tschechien. Alle für die Oberpfalz angemeldeten Projekte wurden im Bundesverkehrswegeplan 2030 und im Bedarfsplan Schiene verankert.

So wurde beispielsweise die Elektrifizierung des sog. Ostkorridors (Hof-Regensburg-Obertraubling) als Vordringlicher Bedarf zur Engpassbeseitigung aufgenommen. Mit Fertigstellung der „Neufahrer Kurve“ wird die Oberpfalz mit dem Flughafen-Express schneller an den Flughäfen München angebunden. Mit einer Taktverdichtung auf der Strecke Schwandorf-Furth im Wald und weiteren Verbesserungen bei der Umsetzung der Barrierefreiheit gestaltet sich der Schienenverkehr in der Oberpfalz noch attraktiver.

Förderung für den ÖPNV

Landkreise und kreisfreie Städte in der Oberpfalz haben als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs im Jahr 2016 ÖPNV-Zuweisungen in Höhe von 4,1 Millionen Euro erhalten. Verkehrsunternehmen erhielten insgesamt 22,2 Millionen Euro, davon 2,8 Millionen Euro für die Anschaffung von 41 barrierefreien Linienbussen. Mit weiteren 1,7 Millionen Euro wurden u.a. zur Stärkung des Nahverkehrs in der Oberpfalz ein Omnibusbetriebshof und ein rechnergestütztes Betriebsleitsystem gefördert.

Museum der Bayerischen Geschichte

Ein zentrales Projekt für die Stärkung der bayerischen Identität und Leuchtturmprojekt der Kulturpolitik ist das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg, das 2018 eingeweiht wird. Darüber hinaus will die Staatsregierung die Generalsa-

Volksbegehrensbericht 2017:

Spitzenreiter Bayern

Die direkte Demokratie wird in Deutschland immer häufiger genutzt. Dies zeigt der aktuelle Volksbegehrensbericht, den der Verein „Mehr Demokratie“ veröffentlichte. 324 durch Bürger ausgelöste Verfahren gab es bisher insgesamt, die meisten davon in Bayern (51), Hamburg (45) und Brandenburg (43). In die zweite Sammelstufe (Volksbegehren) kamen nur 91 Verfahren, die meisten in Bayern (20). Erst in 23 Fällen – davon 6 in Bayern – haben die Bürger auch tatsächlich eine Abstimmung ausgelöst.

Betrachtet man den Zeitraum seit der Einführung der direkten Demokratie im ersten Bundesland 1946, werden vor allem seit den 1990er Jahren kontinuierlich mehr Initiativen gestartet. Im Jahr 2016 wurden zwölf direktdemokratische Verfahren in acht Bundesländern neu eingeleitet. Insgesamt liefen 24 Verfahren.

Zwar ist Bayern laut „Mehr Demokratie“ mit den meisten initiierten Verfahren und Volksbegehren in absoluten Zahlen Spitzenreiter, jedoch wurde es bei der Anzahl der Volksentscheide von Hamburg überholt.

Die gesetzliche Ausgestaltung des Volksbegehrens in Bayern schlägt sich auch in der Statistik nieder: So scheiterten zwölf von 20 Volksbegehren an der Kombination aus hohem Unterschriften-

quorum, kurzer Sammelfrist und der Pflicht zur Amtseintragung. Damit liegt Bayern mit 60 Prozent deutlich über dem bundesweiten Schnitt. Insgesamt scheidet die Hälfte aller Volksbegehren an der notwendigen Unterschriftenhürde. Kommt es, so „Mehr Demokratie“, zum Volksentscheid, seien die Regelungen in Bayern deutlich freundlicher gestaltet – zumindest für einfache Gesetze, entscheidet doch hier die Mehrheit der Abstimmenden. Für Verfassungsänderungen wurde jedoch im Jahr 2000 ein 25-Prozent-Zustimmungsquorum eingeführt. Dennoch war in Bayern bisher kein Volksentscheid ungültig. Der Knackpunkt in Bayern blieben also die Regelungen zum Volksbegehren. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Schneil
83679 Sachsenkam
am 21.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Finauer
85646 Anzing
am 26.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Friedrich Pickel
90619 Trautskirchen
am 23.4.

Bürgermeister Konrad Dobler
86853 Langerringen
am 27.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Krichenbauer
84508 Burgkirchen
am 29.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Klaus Heilinglechner
82515 Wolfraatshausen
am 27.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Eichmann
86316 Friedberg
am 27.4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahresbericht 2017 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Lange Mängelliste

Erneut greift der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) in seinem diesjährigen Jahresbericht eine Reihe von Fällen auf, die für den Landtag bei seiner Entscheidung über die Entlastung der Staatsregierung von Bedeutung sein können. Weiter im Blick hat der ORH die langfristige Schuldentilgung, zu der das von der Staatsregierung selbst gesetzte Ziel von maximal 3 Prozent Mehrausgaben einen wichtigen Beitrag leisten kann, wie Rechnungshofpräsident Christoph Hillenbrand bei der Präsentation des knapp 200 Seiten starken Jahresberichts 2017 feststellte.

Wie bereits in den vergangenen Jahren bescheinigt der ORH der Bayerischen Staatsregierung eine insgesamt geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Er be-

stärkt den Landtag und die Staatsregierung, ihren seit 2012 eingeschlagenen Weg der Schuldentilgung konsequent weiterzuführen. Dies habe bis 2016 zu einem Schuldenabbau von 3,6 Milliarden Euro geführt.



Der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Christoph Hillenbrand, übergibt Landtagspräsidentin Barbara Stamm den ORH-Bericht. Bildarchiv: Bayerischer Landtag

Planungen müssten konsequent auf Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit hin ausgerichtet sein. Die Bewilligungsbehörden hätten dies im Bewilligungsverfahren eingehend zu prüfen.

chen seien zwei auf Bahnsteigniveau führende Rampen errichtet worden, die nicht erforderlich und auch laut Beschilderung für Rollstuhlfahrer ungeeignet sind.

Wirksame Erfolgskontrolle

Das Förderprogramm LEADER für Museen im ländlichen Raum soll deren Attraktivität fördern. „Das gelingt nur teilweise“, moniert der Bayerische Oberste Rechnungshof. Er stellte etwa bei 14 geförderten Museen Öffnungszeiten von unter 100 Tagen oder weniger als 300 Besucher pro Jahr fest. Einige Museen öffneten nur wenige Tage pro Jahr. Im Interesse einer wirksamen Erfolgskontrolle seien geeignete Zielindikatoren erforderlich.

„Wenn Museumsförderung zur Entwicklung des ländlichen Raums beitragen soll, muss sie auf nachhaltige und dauerhafte Projekte abstellen“, so der ORH.

Übersicht über Förderziele und Förderprogramme

Ins Visier genommen haben die Finanzprüfer auch das bayerische Wirtschaftsministerium: 2,6 Milliarden Euro Fördermittel verwaltete das Ministerium zwischen 2009 und 2013. Eine detaillierte Übersicht über die Förderprogramme existierte jedoch nicht. Genauso wenig gab das Ministerium Förderziele vor. „Eine Erfolgskontrolle, ob Fördermittel positiv greifen, ist so nicht möglich“, urteilt der ORH.

Bessere Abstimmungen

Zahlreiche der insgesamt 17 Beiträge zu Einzelfällen befassen sich im Jahresbericht mit Förderungen und Zuwendungsprogrammen. Beispiel: Trotz erheblicher Fördermittel endet die Barrierefreiheit im Bereich der S-Bahn München immer wieder an den Bahnsteigkanten. Der Abstand zum Schienenfahrzeug ist für mobilitätseingeschränkte Menschen an einer Reihe von Bahnhöfen zu groß. Damit die Staatsregierung ihr Ziel, prioritär den Öffentlichen Personennahverkehr bis 2023 barrierefrei zu gestalten, erreichen kann, ist es aus Sicht des ORH notwendig, bauliche Maßnahmen und geeignete technische Lösungen etwa bei den Schienenfahrzeugen eng aufeinander abzustimmen. Beim Neubau eines S-Bahnhofs in Mün-

Eigenvorsorge einfordern

Das Landwirtschaftsministerium wiederum hat im Zuge der staatlichen Soforthilfen für vom Wirbelsturm geschädigte Landwirte Sturmschäden als nicht versicherbar definiert. Damit wurden laut ORH Betroffene, die sich versichert und damit Risikoversorge betrieben hatten, mittelbar benachteiligt. „Das schwächt aber empfindlich das von der Staatsregierung verfolgte Ziel, präventive Eigenvorsorge zu betreiben.“

Unzureichende Prüfungsrechte moniert der ORH im Fall der Landesstelle Glücksspielsucht. Das Gesundheitsministerium schloss Verträge, die ihm als Aufsichtsbehörde kaum eine Kontrolle der Landesstelle ermöglichen. Obwohl die Landesstelle zu 100 % staatlich finanziert wird, hat zudem der ORH selbst bei der

Landesstelle und bei deren Kooperationspartnern kein Prüfungsrecht. Dies führt angesichts der ORH-Aufgabe, die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Staates einschließlich seiner Betriebe und Sondervermögen zu prüfen, zu unerwünschten prüfungsfreien Räumen. Der Rechnungshof empfiehlt deshalb, den Vertrag so zu ändern, dass das Gesundheitsministerium seine Aufsichtsfunktion umfassend wahrnehmen kann. Außerdem sollte ihm ein vertragliches Prüfungsrecht mit dem Ziel von Erhebungen bei den die Landesstelle tragenden Kooperationspartnern eingeräumt werden.

Prüfung der Einzelprojekte

Ihr Augenmerk haben die Finanzprüfer auch auf das Ausgabeverhalten des Staates bei Einzelprojekten gerichtet. So hat der Freistaat in Erlangen für zwei vorhandene und zwei neue Lehrstühle für Biotechnologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) eine gebrauchte Immobilie für 3,2 Millionen Euro erworben. Allerdings wurden die Eignung der Gebäude und der Flächenbedarf nicht im erforderlichen Umfang ermittelt. Nach dem Kauf blieb ein Büro-/Laborgebäude als größtes Gebäude insgesamt acht Jahre ungenutzt. Außerdem ließen sich die dortigen Gebäude nicht wie geplant für 3 Millionen Euro nutzbar machen. Stattdessen wurde ein Neubau für 12,4 Millionen Euro errichtet und dann im Jahr 2016 bezogen. Bei diesem Erwerb wurde das vorgesehene Verfahren nicht eingehalten. So wurden weder der Bedarf noch die Immobilie selbst vor dem Kauf ausreichend auf ihre Eignung geprüft. Dem Haushaltsausschuss des Landtags lagen vor dem Erwerb entscheidungsrelevante Informationen nicht vor.

Im Jahr 2009 hatte das Wissenschaftsministerium gegenüber dem Landtag Einsparungen bei den Zahnkliniken des Universitätsklinikums Regensburg angekündigt. Diese waren aber jedenfalls bis 2015 nicht umgesetzt. Zudem hat sich der Fehlbetrag der Zahnkliniken trotz erheblicher Erlössteigerungen sogar leicht erhöht und betrug im Jahr 2015 4,9 Millionen Euro. Der ORH erneuert daher seine dringende Empfehlung, die Wirtschaftlichkeit der Zahnkliniken zu verbessern und den Fehlbetrag deutlich zu verringern.

Vorgaben nicht eingehalten

Auf 19 Millionen Euro deckelte der Landtag das Budget für das „Haus der Berge“ in Berchtesgaden. Dies galt für den Neubau des Umweltbildungs- und Informationszentrums der Nationalparkverwaltung Berchtesgaden einschließlich seiner Ausstattung. Bis Ende 2016 beliefen sich die Ausgaben auf 22,7 Millionen Euro. Die Schlussrechnung steht noch aus, weitere Ausgaben sind laut ORH zu erwarten. Die strikten Vorgaben des Landtags zu Kostencontrolling und Kostenüberschreitungen seien nicht beachtet worden.

Im Jahr 2011 unterlag München im Wettbewerb um die olympischen Winterspiele 2018. Gescheitert ist nach Auffassung des ORH nicht nur die Bewerbung Münchens als Austragungsort, sondern auch das öffentlich erklärte Ziel, diese überwiegend privat zu finanzieren. Mehr als die Hälfte des Budgets von 33 Millionen Euro hätten letztlich Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist sowie der Freistaat und die bayerischen Kommunen getragen. **DK**

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

kalendarisch hat der Frühling längst begonnen und auch die ersten warmen Tage konnten wir alle genießen. In vielen Kommunen werden derzeit die Freibäder liebevoll herausgeputzt und startklar für die Sommersaison gemacht.

Vorfremde kommt auf und die üblichen Bilder gehen einem durch den Kopf: Die Sonne strahlt vom Himmel, lange Schlangen an den Kassen und am Kiosk, Pommessduft liegt in der Luft, die Eltern sonnen sich auf ihren Handtüchern, die Kinder paddeln vergnügt im Wasser und der Bademeister weist die üblichen pubertierenden Rabauken in ihre Schranken. So kennen wir es seit Jahrzehnten. Doch leider muss ich die heile Freibad-Welt etwas ins rechte Licht rücken.

Obwohl unsere Schwimmbäder an Sonnentagen in der Regel gut besucht und weitreichend beliebt sind, ist mit ihnen kein Geld zu verdienen. Das gleiche gilt für die konventionellen Hallenbäder. Die Eintrittspreise sollen fami-

Förderung für Hallen- und Freibäder notwendig

lienfreundlich niedrig sein, die Kosten für Energie, Instandhaltung und Personal sind aber hoch – zu hoch, als dass die Bäder von einem Privatunternehmer wirtschaftlich betrieben werden könnten. Bei Freibädern lässt sich sogar nur knapp vier Wochen lang pro Jahr so richtig Umsatz machen.

Hoher Sanierungsbedarf

Deshalb sind die meisten Bäder kommunal und viele Städte und Gemeinden stehen immer wieder vor der Frage, ob sich das Defizit aus Hallenbad, Freibad oder beiden noch im nächsten Haushalt darstellen und rechtskonform unterbringen lässt. Hinzu kommt noch, dass viele dieser Einrichtungen von der Bausubstanz her aus den 60er und 70er Jahren stammen und dringendst sanierungsbedürftig sind.

Aus diesen Gründen musste in den letzten Jahren so manches Hallen- oder Freibad von den Kommunen aufgegeben werden, weil die jeweiligen Pflichtaufgaben verständlicherweise nun einmal zuerst finanziell bedient werden müssen.

Dabei sind öffentliche Hallen- und Freibäder aus vielfacher Hinsicht ein Stück Lebensqualität für unsere heimische Bevölkerung. Denn ähnlich wie ein Museum oder eine Parkanlage gehören sie als essentieller Bestandteil zu unserer Erholungs- und Freizeitkultur.

Immer mehr Nichtschwimmer

Zudem bilden sie die Grundlage für den Schwimmunterricht an unseren Schulen. Eine Studie hat aufgezeigt, dass jedes zweite Kind in Deutschland, welches die Grundschule verlässt, nicht oder nicht richtig schwimmen kann.



Woran liegt es? Die einen Grundschulen haben überhaupt keinen Zugang mehr zu einem Schwimmbad. Bei anderen rentiert es sich nicht wegen der weiten Anfahrten, weil dann teilweise letztlich nur rund 30 Minuten von einer Doppelstunde Schwimmunterricht zum Schwimmen genutzt werden können.

Aber es geht ja nicht nur um das Schulschwimmen. Denn ein Hallen- oder Freibad bietet weitaus mehr für die dort ansässige Bevölkerung.

Der hohe Freizeitwert für Kinder und Familien ist unbestritten. Hinzu kommt, dass Schwimmen die Gesundheit fördert und erhält, auch für die älteren Menschen, die sich vielleicht so den einen oder anderen Arztbesuch sparen können – ihrer jeweiligen Krankenkasse übrigens auch.

Darüber hinaus wollen wir ja alle gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land, wollen dem demografischen Wandel entgegen treten und einen anziehenden ländlichen Raum. Möchte eine Region attraktiv sein, gehört ein Hallenbad bzw. ein Freibad einfach dazu – auch aus sozialen Gründen. Über 50 km Anfahrt in ein teures Spaßbad in einer Großstadt kann sich wirklich nicht jeder leisten, schon gar nicht, wenn es um die tägliche Fitness oder den Familienausflug mit Kind und Kegel geht.

Deshalb muss uns allen mit Nachdruck daran gelegen sein, dass wir im Freistaat Bayern derartige öffentliche Bäder flächendeckend vorhalten können. Gerade die vielerorts akut anstehenden Sanierungsmaßnahmen stellen ein großes Problem dar und können von den betroffenen Kommunen nicht geschultert werden. Es gilt aber auch, vorhandene Versorgungslücken in den entsprechenden Regionen durch Neubauten zu schließen.

Bei Entscheidungsträgern „angeklopft“

Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) haben wir dieses – gleich aus mehrfacher Sicht – wichtige Thema auf die Tagesordnung gebracht. Wenngleich wir wissen, dass ein umfassendes Förderprogramm für neue und bestehende Hallen- und Freibäder noch große Überzeugungsarbeit braucht, haben wir bereits bei den ersten wichtigen politischen Entscheidungsträgern auf Landesebene „angeklopft“. Ja, unsere Argumente wurden gehört und es war sogar eine spontane Aufgeschlossenheit spürbar. Ein guter Anfang. Auch mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern wollen wir dazu bald in den Dialog treten.

Denn wir sind als KPV fest davon überzeugt, dass die Hallenbäder und Freibäder ohne Frage zu unserem bayerischen Lebensumfeld gehören und für alle Menschen erreichbar, nutzbar und bezahlbar sein sollten.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender
Landrat im Landkreis Donau-Ries

Kommunale Seniorenpolitik:

Erweiterter „Marktplatz der Generationen“

Den Startschuss für die bayernweite Ausweitung des Programms „Marktplatz der Generationen“ hat Sozialministerin Emilia Müller im Rahmen der Fachtagung „Kommunale Seniorenpolitik“ in Nürnberg gegeben. Wie Müller hervorhob, „wollen ältere Menschen so lange wie möglich in vertrauter Umgebung leben. Wir wollen, dass dies Wirklichkeit wird – in allen Regionen Bayerns.“

Mehr als die Hälfte der bayerischen Gemeinden hat 3.000 Einwohner oder weniger. Gerade für sie ist es Müller zufolge eine Herausforderung, ihre Infrastruktur zukunftsfest zu machen: „Deshalb unterstützen wir sie pragmatisch und individuell. Interessierten Gemeinden bieten wir eine auf die jeweilige Situation zugeschnittene, passgenaue Beratung. Dafür investieren wir jährlich 300.000 Euro“, so die Ministerin. Vor allem gehe es darum, die Nah- und Grundversorgung, die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur so zu gestalten, damit ältere Menschen möglichst lange zu Hause wohnen bleiben können. Auch neue Wohnkonzepte sind Teil des Programms.

Erfolgreich erprobt wurde das Programm bereits in den ausgewählten Modellkommunen Breit-

brunn (Unterfranken), Verwaltungsgemeinschaft Hohenberg an der Eger/Schirnding und Berg (Oberfranken), Burk (Mittelfranken), Bärnau und Waldthurn (Oberpfalz), Mauth (Niederbayern), Todtenweis (Schwaben) und Schechen (Oberbayern). Im Leitfaden „Kleine Gemeinden – demografiefest in die Zukunft“ warten sie mit praxisnahen Informationen, Erfahrungen und Lösungsansätzen auf.

Fünf Handlungsfelder

Die Betrachtung einer Kommune aus seniorenpolitischer Perspektive bedarf eines breit angelegten Handlungskonzeptes, das vielfältige Elemente verknüpft. Die fünf Handlungsfelder Markt, Dienstleistungen und Mobilität, Gesundheit und Pflege, gesellschaftliche Teilhabe und bürger-

schaftliches Engagement sowie selbstbestimmtes Wohnen und neue Wohnformen haben sich dabei als besonders relevant hinsichtlich einer hohen Lebensqualität älterer Menschen erwiesen.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Neben Erfolgsfaktoren wie Entwicklung eines Zukunftsbildes, Wertschätzung und Anerkennung, Akteurskonstellation beachten, gelingende Kooperationen bilden, zirkuläre Projektplanung betreiben oder Traditionen herausbilden gibt es Herausforderungen, die bei der Umsetzung von Maßnahmen zu bewältigen sind. In den Modellgemeinden des „Marktplatzes der Generationen“ waren dies zusammengefasst folgende:

1. Kommunikationsstrukturen betrachten: Kommunikationsstörungen können hinderlich sein, wie z. B. das Fehlen von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, eine wenig wertschätzende und defizitorientierte Kommunikation zwischen Akteuren oder auch fixe Standpunkte, die keinen Verhandlungsspielraum eröffnen.

2. „Die Anderen finden“: Eine große Herausforderung besteht darin, diejenigen zu finden, die (Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunikation in Kommunen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein Gebot der Fairness – und sie muss professionell sein. Kommunale Entscheider finden vielfältige Hilfsangebote. Diese sollten sie nutzen. □

Kommunikation in Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1) schafft die Kommunalpolitik damit häufig vor große Herausforderungen. Die Liste gescheiterter Infrastruktur-Projekte in Bayern ist lang und macht deutlich, wie real Bürgerproteste heute sind und wie weitreichend die Konsequenzen sein können.

Beispielhaftes Scheitern ...

Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Wiederaufbauanlage (WAA) Wackersdorf, eines der politisch umstrittensten Bauprojekte der 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Die geplante Anlage für abgebrannte Brennstäbe aus Kernreaktoren wurde nie fertiggestellt. Die zahlreichen Demonstrationen erstreckten sich laut von Hassel über alle Bevölkerungsgruppen. Der Widerstand gegen die WAA entwickelte sich lawinenartig und Bayerns damaliger Ministerpräsident Franz Josef Strauß habe mit

Erweiterter „Marktplatz“ ...

(Fortsetzung von Seite 3) zum Projekt passen, die interessiert sind und nicht bereits multi-engagiert. Oft finden sich bei neuen Initiativen die „üblichen Verdächtigen“, die bisweilen bis über ihre Belastungsgrenze hinaus engagiert sind. Kluge Wege zu finden, wie andere und bisher wenig engagierte Menschen projektbezogen eingebunden werden können, ist essenziell.

3. Interessen und Interessenlagen einbeziehen: Insbesondere widerstreitende Interessenslagen führen bisweilen zu Pattsituationen, wenn die damit verbundenen Machtspiele wichtiger genommen werden als der Inhalt und die Suche nach einem Ausgleich. Auch fehlendes Interesse, z.B. demonstriert durch nicht zuhören usw., kann die Entwicklung und Umsetzung von Projekten behindern.

4. Neuwahlen, Wechsel in Gremien: Wechsel in Gremien (Gemeinderat, Seniorenbeirat etc.) und Neuwahlen können zeitverzögernd wirken und Ansprüche an das Vorankommen in Projekten strapazieren.

5. Finanzen berücksichtigen: Eine angespannte Haushaltslage in Kommunen, fehlende Investorinnen und Investoren oder geringe Einkommen in der Region sind wesentliche Herausforderungen für viele Kommunen in allen Phasen der Projektarbeit. Das beginnt schon bei Planung und Konzeptarbeit und wird spätestens bei der konkreten Umsetzung besonders brisant.

Ab sofort können sich weitere kleine Gemeinden bis 3.000 Einwohner oder größere Gemeinden mit abgeschlossenen Ortsteilen bis 3.000 Einwohner am Interessensbekundungsverfahren beteiligen. Der Bewerbungsschluss für interessierte Gemeinden ist der 30. Juni 2017. Die Bewerbungen sind zu richten an das Bayerische Sozialministerium. **DK**

Brachialgewalt versucht, das Projekt durchzusetzen. Ohne Erfolg. Nach Strauß' plötzlichem Tod zog dessen Nachfolger Max Streibl 1989 die Reißleine.

Auch beim geplanten Pumpspeicherkraftwerk Jochberg in den bayerischen Alpen waren in



Gastgeber bei der Veranstaltung im Rosenheimer Landratsamt war Landrat Wolfgang Berthaler. Er berichtete über aktuelle Infrastrukturprojekte aus seiner Region, die Befürworter und Gegner frühzeitig auf den Plan rufen; seien es die rechts und links und in Tirol und in Bayern diskutierten Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel, oder dringend nötige neue Wasserschutzgebiete u.v.m., heutzutage ist immer mit Bürgerengagement zu rechnen. □

der öffentlichen Wahrnehmung eher die Gegner des Projektes präsent. Im September 2014 wurde bekannt, dass die Bayerische Staatsregierung das Projekt aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiterverfolgen wird. Innerhalb kürzester Zeit sei das Kraftwerk schlichtweg „totgeredet“ worden. Nicht nur ein tragischer Unglücksfall, sondern nach Aussage des damaligen Oberbürgermeisters Wolfgang Heitmeier eben auch ein „Kommunikationsfiasco“ war der Einsturz der Bad Reichenhaller Eishalle zu Beginn des Jahres 2006, bei dem 15 Menschen ihr Leben ließen. Einer der dunkelsten Tage in der Geschichte der Stadt.

... und geplantes Gelingen

Mit fachlich überzeugender Kommunikation konnte dagegen in Garching bei München gepunktet werden. Der Forschungsreaktor München (FRM) wurde 1957 als erste kerntechnische Anlage in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb genommen. Ab Mitte der 1980er Jahre gab es Planungen, das „Atom-Ei“ in seiner Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Der Wissenschaftsrat empfahl 1992 jedoch den Neubau eines leistungsfähigeren Forschungsreaktors. Die Abschaltung des FRM erfolgte im Jahr 2000, vier Jahre später konnte der FRM II schließlich die ersten Neutronen liefern.

Obwohl sich auch das Projekt in Garching lautstarken und zum

Teil unreflektierten Protesten ausgesetzt sah, fand man im Gegensatz zu Wackersdorf eine Lösung. Die TU erkannte die Notwendigkeit einer professionellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Konkret lautete die Losung, mit den Menschen permanent zu kommunizieren und die Wissenschaftler für diese Kommunikation gezielt zu schulen. Die neu eingerichtete Pressestelle suchte und pflegte fortan täglich den Kontakt mit der Bevölkerung und den Medienvertretern.

Um einen gemeinsamen und für alle gangbaren Weg zu finden, wurden regelmäßig sog. Nachbarschaftszeitungen publiziert, die die Bevölkerung umfassend informierten. „Nur wenn es mir gelingt, Vertrauen aufzubauen, kann ich erfolgreich sein. Auf alles reagieren, alles erklären, nichts verheimlichen und immer bei der Wahrheit bleiben – so muss die Devise lauten“, hob Anne-Marie von Hassel hervor.

Auch 13 Jahre später wird dieses Ansinnen konsequent weiterverfolgt: Erst kürzlich wurde eine neue Broschüre mit nützlichen Informationen zum Sicherheitskonzept des FRM II verteilt.

Apropos Pressearbeit: Die GZ-Chefredakteurin hatte auch „gute und weniger gute Beispiele“ für Internetauftritte kommunaler Ämter und deren Pressestellen im Gepäck. Weil hervorragend organisiert und inhaltlich bestens ausgestattet, erhielten München und Regensburg Bestnoten.

Für Profis absehbare Kommunikationsdesaster

Als Produzent des Regionalmagazins TV Bayern live ließ Uwe Brückner im Anschluss



Uwe Brückner erlebt bei TV Bayern live täglich professionelle Pressearbeit und (vermeidbare!) dilettantische Kommunikationsdesaster. □

„Kommunikationsdesaster“ aus dem Archiv filmisch Revue passieren. So ist der geplante Neubau eines Verkehrslandeplatzes bei Coburg in weite Ferne gerückt. Politischer Widerstand erhebt sich zudem gegen eine dritte Startbahn am Flughafen München sowie den geplanten Bau von Wasserkraftwerken an der Iller. Hier sind Defizite in der Kommunikation und das Gefühl mangelnder Einbindung in die Projekte Hauptursachen für eine Verweigerungshaltung auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger.

Erfolge mit guter Öffentlichkeitsarbeit

In Pfaffenhofen dagegen führte eine zielgerichtete dauerhafte Kommunikation zur erfolgreichen Umsetzung eines zukunfts-trächtigen Infrastrukturprojekts: Die Wählerinnen und Wähler stimmten in einem Bürgerentscheid für einen Windpark – und damit auch dafür, dass ihre Stadt sich in Zukunft selbst mit Strom versorgen kann. Die Energieautarkie ist das große Ziel der Stadtratsmehrheit und der eigens gegründeten Bürger-Energie-Genossenschaft BEG.

Das TV Bayern Regionalfernsehen setzt sich Uwe Brückner zufolge aus 16 lokalen Fernseh-



Dr. Andreas Bachmeier, Vorstand und Partner der Engel & Zimmermann AG: „Die Bürger frühzeitig und eng in Projekte einbinden.“ □

sendern zusammen, die „in der Regel eine Zweitmeinung darstellen“. Trotz des Umstandes, dass Medien einer Region bzw. eines Wirtschaftsraums „häufig in einer Hand liegen“ und es mitunter schwierig ist, dort etwas politisch zu bewegen, „empfehlen sich die lokalen Fernsehsender doch immer wieder als Transporteur von Diskussionen“.

Im Gegensatz zu früher sei Kommunikation eine Dialogform – vorbei die Zeiten des „stummen Lesers“, so Brückner. Inzwischen seien die Bürger selbst Teil der Medien: Sie publizierten, suchten sich Interessensgruppen und bloggen. Mit dieser „anderen Öffentlichkeit“ in Form vieler kleiner bürgerlicher privater Medien müssten Kommunalpolitiker zum Beispiel in Form von Diskussionsforen ins Gespräch kommen.

Einbahnstraßen-Kommunikation ist passé

„Eine Informationsveranstaltung in einer kommunalen Turnhalle mit dem Landrat als Redner kann nichts bewirken. Das ist Einbahnstraßen-Kommunikation!“, erklärte Brückner. Das umgekehrte Modell erachtet der Journalist als sinnvoller: „Lassen Sie den Landrat Fragen an die Bürger stellen. Die Leute wollen nicht mehr zuhören, sondern sich gleichberechtigt äußern. Geben Sie vielen Menschen immer wieder die Möglichkeit dazu!“

Als weiteres „kommunikatives Erschwernis“ bezeichnete Brückner die Tatsache, dass volkswirtschaftliche und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge kaum im Fernsehen diskutiert werden. Wie aber soll sich Verständnis beim nicht geschulten Bürger, dem wirtschaftliche Vokabularien fremd sind, entwickeln? „Als TV Bayern live sehen wir eine Chance, in diese Lücke zu stoßen – und zwar mit fundierter Berichterstattung“, so der Produzent.

Wie man sich idealerweise verhält

Können wichtige und richtige Infrastrukturprojekte und Unternehmensansiedlungen in der heutigen Zeit überhaupt noch realisiert werden? Und sind egoistische Motive tatsächlich stärker in der Außenwahrnehmung als der Sinn für das Gemeinwohl? Wie sich Kommunen und Vorhabenträger im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit idealerweise verhalten, um die Akzeptanz für ihre Projekte zu sichern, darüber informierte Dr. Andreas Bachmeier, Vorstand und Partner Engel & Zimmermann AG.

Allein im zweiten Halbjahr 2016 gingen gleich drei Bürgerentscheide in Bayern zum Nachteil der Vorhabenträger aus, wie Bachmeier aufzeigte. Die Motive für die Ablehnung von derlei Projekten sind vielschichtig: Neben alten Bekannten wie dem Sankt-Florian-Prinzip und Sorgen um Umweltfolgen sowie der Angst vor hohen Kosten sieht man sich

heute auch mit einem generellen Vertrauensverlust gegenüber Politik und Vorhabenträgern konfrontiert.

Beim Bürgerentscheid in Schliersee setzte sich das Bürgerbegehren gegen das Ratsbegehren durch. Somit darf sich das Unternehmen sixtus nicht am Schliersee Ortsrand mitten in einem Landschaftsschutzgebiet ansiedeln. Ebenso gescheitert ist der Umzug des Schlachthofs München in die Gemeinde Aschheim. Und auch aus der Ansiedlung eines Transgourmet Food Logistikers in Freising wurde nichts. Das Unternehmen sagte der Domstadt ab – noch vor dem Bürgerentscheid.

Das Partizipationsbedürfnis der Bevölkerung steigt

Ein neuer Trend? „Ja und nein“, meinte Bachmeier. Fakt sei: „Das Partizipationsbedürfnis der Bevölkerung steigt. Der Protest beginnt und organisiert sich online. Wohnen und wirtschaften gehen auf Distanz.“

Ein erfolgreicher Bürgerdialog müsse deshalb frühzeitig beginnen, riet Bachmeier. „Die frühzeitige, enge Einbindung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist entscheidend für den Erfolg eines Projektes.“ Brodelt die „Gerichteküche“ bereits, sei es meist schon zu spät, um argumentativ auf Vorbehalte, Ängste und Sorgen – seien sie auch unbegründet – zu reagieren. Mit dem Start des Projekts müssten auch die Kommunikationsaktivitäten beginnen.

Im Projektlauf sollten Kommunen und Unternehmen soweit wie möglich flexibel agieren, meinte der Kommunikations-experte. Dialogbereitschaft und ernsthafte Bemühungen, eine für möglichst viele Beteiligte zufriedenstellende Lösung zu finden, könne negative Reaktionen und

Dialog für einen möglichen Nationalpark:

Verbandesgespräch in Burglauer

Der Dialog für einen möglichen Nationalpark in der Rhön geht weiter. Das ist das Ergebnis eines großen Verbandesgesprächs, das auf Einladung der Bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf gemeinsam mit den Landräten Thomas Habermann (Landkreis Rhön-Grabfeld) und Thomas Bold (Landkreis Bad Kissingen) in Burglauer stattgefunden hat.

„Der Dialog mit der Region ist für uns entscheidend. Ein Nationalpark ist für die Menschen da. Jede Meinung ist uns wichtig. Das war heute ein gutes und sachliches Gespräch. Wir werden weiter informieren, offene Fragen klären und Chancen und Perspektiven aufzeigen. Eine Entscheidung fällt mit der Region. Wir wollen bis zur Sommerpause den Kandidaten für den dritten Nationalpark finden“, so Scharf. Bei dem Verbandesgespräch ging es um die Auswirkungen eines möglichen Nationalparks und die damit verbundenen Chancen für die Rhön. Im Mittelpunkt der Diskussion standen insbesondere wichtige Themen von Tourismus bis hin zu jagdlichen Fragen. Umweltministerin Scharf informierte unter anderem darüber, dass es in einem Nationalpark ein konsequentes tierschutzgerechtes Wildtiermanagement gibt. Hier würde für die Rhön im weiteren Verfahren gemeinsam eine individuelle Lösung erarbeitet werden.

Ergebnisoffener Dialog

Landrat Habermann betonte, „der Dialogprozess soll auch nach diesem Treffen ergebnisoffen weitergeführt werden. Erst wenn alle Punkte pro und contra sauber abgewogen wurden, kann eine Entscheidung zusammen mit der Bevölkerung vor Ort getroffen werden.“ Landrat Thomas Bold erklärte: „Ich bedanke mich für die sachliche Diskussion bei

Aversionen von Anwohnern und Bürgern gegenüber dem Projekt vermeiden.“

Die Dialogverantwortung liege beim Unternehmen. Dialogangebote an die Bürgerinnen und Bürger müssten kontinuierlich gemacht werden; es gelte, den Informationsfluss konstant zu halten. Zudem seien Argumente und Informationen stetig auf allen Kommunikationskanälen darzulegen.

Bei Debatten zu relevanten Projekten richteten sich Politiker aus Land und Bund gerne nach der Mehrheitsstimmung und entschieden nach der gefühlten Popularität. Dies habe Auswirkungen auf den Projektlauf, urteilte Bachmeier, „denn ohne politische Rückendeckung werden Projekte verzögert oder ganz gestoppt“. Außerdem sollten sich Projekt und Projektkommunikation auf Augenhöhe begegnen.

Den Argumenten ein Gesicht geben

Um die öffentliche Akzeptanz zu fördern, muss den Argumenten laut Bachmeier ein Gesicht gegeben werden, indem man die Projektträger personalisiert in Erscheinung treten lässt. „Verstecken“ sich die Verantwortlichen, könne dies dazu führen, dass das Unternehmen eher an Glaubwürdigkeit verliert und die ohnehin knappe Ressource Vertrauen verspielt. Der persönliche Kontakt bestimme letztlich über das Ansehen des Unternehmens in der Region.

Weitere Informationen zur Serie „Kommunikationen gibt es auf unserer Homepage www.gemeindezeitung.de. Die letzte Veranstaltung unserer ersten Serie findet am 26. April 2017 im ITC1 Deggendorf – Innovations Technologie Campus, Ulrichsbergerstraße 17 statt. Anmeldungen sind noch möglich. **DK**

den Interessenvertretern von Land-, Forstwirtschaft, Jagd und Naturschutz. Es ist wichtig, dass die nun aufgeworfenen Fragen im Ministerium abgearbeitet werden und der Prozess um einen möglichen Nationalpark fortgeführt wird. „

Daneben wurde das Angebot erneuert, im Rahmen des regionalen Dialogs Mitarbeiter des Umweltministeriums in die Region einzuladen um in Gemeinderats-sitzungen oder Bürgerversammlungen über einen möglichen Nationalpark in der Rhön zu informieren. Zusätzlich soll eine Studie die Auswirkungen eines möglichen Nationalparks unter anderem auf die Wirtschaft und den Tourismus untersuchen.

An dem Verbandesgespräch in Burglauer haben rund 50 Vertreter der relevanten Verbände und Interessensvertreter aus den Bereichen Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Wirtschaft, Jagd und Holzwirtschaft teilgenommen. Das Verbandesgespräch knüpfte an ein Gespräch von Umweltministerin Scharf mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus der Rhön, den Landräten Thomas Habermann und Thomas Bold sowie regionalen Mandatsträgern an, das am 15. März in der Rhön stattfand.

Neben dem Dialog mit der Rhön finden in Bayern weitere Gespräche mit naturschutzfachlich geeigneten und interessierten Regionen statt.

Infos: www.np3.bayern.de □

Stadtentwicklung Donauwörth:

erdgas schwaben eröffnet neue Stromladesäule

Armin Neudert, Oberbürgermeister von Donauwörth, hat gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises Donau-Ries, Stefan Rößle und Helmut Kaumeier, erdgas schwaben, die neue Ladesäule für Elektroautos von erdgas schwaben in Donauwörth in Betrieb genommen. Zu finden ist sie in Fußwegnähe zur Riedinsel, der Reichsstraße und dem Bahnhof direkt vor erdgas schwaben in der Gartenstraße 18.

„Für die Donauwörther bedeutet das noch mehr Lebensqualität“, sagte Oberbürgermeister Neudert. „Elektroautos fahren leise und emissionsfrei. Das entlastet alle Menschen, die in unserer Stadt leben, arbeiten und wohnen. Ich freue mich deshalb sehr, dass Donauwörth hier mit erdgas schwaben eng zusammenarbeitet – für mehr Klimaschutz und moderne Stadtentwicklung.“

Die Ladesäule von erdgas schwaben in der Gartenstraße 18 liefert Strom aus 100 Prozent Wasserkraft. Die beiden Ladepunkte haben eine Leistung von jeweils 22 Kilowatt (kW). Das bedeutet einmal aufladen, während wir einkaufen oder Freunde besuchen.

„Wir müssen die Weichen in Richtung Energiewende stellen. Dem Fahren mit Strom gehört ganz klar die Zukunft“, sagte Landrat Stefan Rößle. „Dass unsere Bürgerinnen und Bürger an der neuen Ladesäule Strom aus 100 Prozent Wasserkraft tanken,

ist für die Region ein weiterer Schritt zu Umwelt- und Klimaschutz.“

Für Helmut Kaumeier rücken Ladeflösungen, die ein schnelles Laden und damit eine schnelle Weiterfahrt erlauben, immer stärker in den Fokus. Während die vollständige Aufladung von Elektrofahrzeugen oft noch mehrere Stunden dauert, sind dank der Entwicklung bei der Schnellladetechnik in Zukunft nur noch wenige Minuten erforderlich.

„Schon bald wird der E-Mobilist aber eine Ladeleistung von bis zu 350 kW nutzen können, so dass die Batterie für eine Reichweite von 400 km in zirka 20 Minuten geladen ist“, so Kaumeier. Moderne Ladesysteme werden so den Weg für eine alltagstaugliche und einfache Schnellladung von Elektrofahrzeugen ebnen „und bezahlt wird per App oder Karte“; die Karte kostet 6,99 Euro pro Monat, und die Ladestunde 1,99 Euro. Schönes Leben in Donauwörth. □



Ganz in der Nähe von Riedinsel, Reichsstraße und Bahnhof steht die neue Elektroladesäule von erdgas schwaben. Bei der offiziellen Eröffnung waren Moritz Leiter, schwaben netz, Helmut Kaumeier, erdgas schwaben, Armin Neudert, Oberbürgermeister von Donauwörth, und Landrat Stefan Rößle (v. l.) dabei. □

Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Die Bayerische Staatsregierung hat in seiner Kabinettsitzung die Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen beschlossen. Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Mit der Verordnung schaffen wir als eines der ersten Bundesländer die Voraussetzungen, dass sich Photovoltaik-Projekte auf Acker- und Grünlandflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten an den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur beteiligen können. Damit erhöhen wir die Wettbewerbschancen Bayerns in den Ausschreibungen und sichern den weiteren Ausbau von Freiflächenanlagen in Bayern.“

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2017 räumt den Ländern erstmals die Möglichkeit ein, die Flächenkulisse für die Errichtung von Solaranlagen um Acker- und Grünlandflächen zu erweitern. Bayern hatte die Länderöffnungsklausel bei den Verhandlungen über das EEG 2017 durchgesetzt. Ohne die Erweiterung der Flächenkulisse wären Photovoltaik-Freiflächenanlagen nach dem EEG 2017 nur auf versiegelten Flächen, Konversionsflächen, Seitenrandstreifen (110 Meter) entlang Autobahnen und Schienenwegen und Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben förderfähig.

Erhöhte Wettbewerbschancen

Welche Photovoltaik-Freiflächenanlagen konkret gefördert werden, bestimmt sich seit dem Frühjahr 2015 nach dem Ausgang eines wettbewerblichen Ausschreibungsverfahrens, das die Bundesnetzagentur durchführt. „Bereits an der zweiten Ausschreibungsrunde 2017 mit dem Gebotstermin 1. Juni 2017 können nun auch bayerische Projekte auf Acker- und Grünlandflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten teilnehmen“, erklärte die Ministerin. □

Erfahrungswerte

Auf den geeigneten Flächen dieser Kategorien wurden in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Umfang Photovoltaikanlagen errichtet. Geeignete und kostengünstige Flächen unter dieser Kulisse werden in Bayern mittlerweile knapp. „Die

bisherigen Ausschreibungen für Photovoltaik-Anlagen haben gezeigt: Bei der aktuell beschränkten Gebietskulisse erfolgen Zuschläge vor allem an Anlagen auf Konversionsflächen in Ostdeutschland, die besonders wettbewerbsfähige Angebote abgeben können. Das wollen wir mit der Verordnung ändern“, so Aigner weiter.



Offizieller Spatenstich für das gas&glas-Projekt von erdgas schwaben in Erkheim-Schlegelsberg: Franz-Josef Pschierer, Staatssekretär, Christian Seeberger, 1. Bürgermeister Erkheim, Marlene Preißinger, stellvertretende Landrätin Unterallgäu, Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, Klaus Holetschek, Landtagsabgeordneter (v. l.). □

Spatenstich für die Zukunft:

Schlegelsberg startet mit gas & glas von erdgas schwaben

Wer will schon warten, bis sich die Internetseite aufbaut? Filme streamen unmöglich, weil die Daten zu langsam kommen? All das gehört für die Menschen in Erkheim-Schlegelsberg bald zur Vergangenheit. Der Ort bekommt von erdgas schwaben gleichzeitig mit den Erdgasleitungen schnelles Internet via Glasfaser in jedes Haus – ein großer Schritt für eine kleine Gemeinde. Rund 1,2 Millionen Euro investiert erdgas schwaben mit seiner 100prozentigen Tochter schwaben netz in Schlegelsberg.

Mit gas&glas von erdgas schwaben sichert sich Schlegelsberg nicht nur die klimaschonende Energie Erdgas, sondern auch Highspeed-Internet. Beim feierlichen Spatenstich freute sich Christian Seeberger, 1. Bürgermeister in Erkheim, dass sich so viele Schlegelsberger für gas & glas entschieden haben: „Ich bin sehr stolz darauf, dass es uns zusammen gelungen ist, dieses Projekt zu realisieren. Schlegelsberg ist damit fit für die Zukunft und bleibt interessant für Wohnbebauung und die Ansiedelung von Industrie.“

Nachhaltige Infrastruktur

Mehr als drei Viertel aller Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer im Ortsteil Schlegelsberg nutzen ihre Chance. Sie lassen ihre Häuser an das Erdgasnetz anschließen und bekommen parallel dazu die

schnelle Internetverbindung. Dafür verlegt erdgas schwaben je vier Kilometer Erdgas-Leitungen und Leerrohre für Glasfaserkabel.

Die Schlegelsberger hat das Konzept schnell überzeugt, denn mit gas & glas werden in einer Baumaßnahme zwei nachhaltige Infrastruktursysteme geschaffen. „Die Bürgerinnen und Bürger haben sich für eine umwelt- und klimaschonende Energieversorgung entschieden, denn ohne Erdgas wird es keine Energiewende geben“, sagt Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben.

Jeder Einwohner von Schlegelsberg verursacht damit in Zukunft nur noch 4,5 Tonnen CO₂ im Jahr, das entspricht der Hälfte des bundesweiten Durchschnitts. Damit verkleinert sich der ökologische Fußabdruck der Schlegelsberger um 14 Prozent. □

erdgas schwaben kauft Wasserkraft

Vor kurzem unterzeichnete Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer des regionalen Energieversorgers erdgas schwaben, die Kaufverträge für vier Wasserkraftwerke. Bisher gehörten die Kraftwerke in Schongau und Ettringen dem Biofore-Unternehmen UPM.

Mit den Kraftwerken, die Wasser des Lechs beziehungsweise der Wertach für die Energiegewinnung nutzen, baut erdgas schwaben sein Geschäftsfeld regenerative Energie-Erzeugung aus.

Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben: „Ich freue mich sehr, dass wir die Möglichkeit bekommen haben, die Wasserkraftwerke zu erwerben. Sie passen genau in unsere Strategie. Denn wir übernehmen Verantwortung für unsere Heimat und künftige Generationen. Mit dem Einsatz regenerativer Energien wie Wasserkraft setzen wir ein Zeichen für unser Klima und betreiben aktiven Klimaschutz.“ Die Laufwasserkraftwerke erzeugen im Jahr 65 000 MWh, das heißt damit können gut 22 000 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Regenerative Energien spielen im Portfolio von erdgas schwaben eine große Rolle. Neben Strom aus 100 Prozent Wasserkraft bietet erdgas schwaben mit seiner 100prozentigen Tochtergesellschaft schwaben regenerativ auch Bio-Erdgas an. In vier Bio-Erdgas-Anlagen werden rund 200 Millionen kWh (Kilowattstunden) pro Jahr ins vorhandene Erdgas-Netz eingespeist. Darüber hinaus erzeugt erdgas schwaben in einem Biomasse-Heizkraftwerk Strom und Wärme. □

Drei Institutionen – ein gemeinsames Magazin

Die Stadt Kelheim, die STADTWERKE KELHEIM GmbH & Co KG (SWK) und die KELDORADO Bäderbetriebe GmbH (KELDORADO) bringen ab sofort ein gemeinsames Bürger- bzw. Kundeninformationsmagazin heraus.

Viermal im Jahr kommt das Magazin „Unser Kelheim“ kostenfrei zu den Bürgerinnen und Bürgern in Kelheim, Ihrlerstein und Saal a.d. Donau nach Hause. Die erste Ausgabe wurde am 1. April 2017 verteilt.

Das Magazin informiert über Neuigkeiten aus der Stadt Kelheim, von der SWK und aus dem KELDORADO. Im Serviceteil erwartet die Leserinnen und Leser zudem das Lieblingsrezept aus Kelheim, ein Gewinnspiel mit regionalen Preisen und eine Veranstaltungübersicht – übrigens auch mit Veranstaltungen aus Ihrlerstein und Saal.

Die Bürgerinformation „Unser Kelheim“ gibt es bereits seit Anfang 2016, zunächst als reines Magazin der Stadt Kelheim. „Die

Arbeit zwischen Stadt, SWK und KELDORADO war naturgemäß schon immer eng. Es macht deshalb Sinn, den Bürgerinnen und Bürgern ein gemeinsames Informationspaket zu bieten“, erklärt Bürgermeister Horst Hartmann die Entstehungsgeschichte des gemeinsamen Magazins.

Bereits seit zehn Jahren veröffentlicht die SWK ihr Kundenmagazin „SWK-PowerInfo“. „Nach dieser erfolgreichen Dekade war es an der Zeit, unser Kundenmagazin zu überarbeiten, moderner und frischer zu gestalten. In diesem Zusammenhang hat sich die Zusammenarbeit mit der Stadt Kelheim und dem KELDORADO angeboten“, betont SWK-Geschäftsführer Christian Kutschker. □

Der individuellste Energiemix

Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen -
unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Manfred Dattler
ehemaliger Geschäftsführer
erdgas schwaben

www.erdgas-schwaben.de

10. Energietage Fürstfeldbruck:

Innovative Lösungen

Neue Rekordzahlen bei den Energietagen Fürstfeldbruck 2017: Über 80 Aussteller präsentierten im Kloster Fürstfeld die neuesten Entwicklungen der Energie- und Bautechnik. Partner wie Ziel?21, Energie Südbayern sowie Unternehmen für Klimaschutzmanagement und Vollholzwandelsysteme waren auf der Messe vertreten und stellten den insgesamt gut 3.900 Besuchern ihre neuesten Ideen vor.

ZIEL 21 (Zentrum innovativer Energien im Landkreis FFB) präsentierte sich wieder mit der Vorstellung seiner kostenlosen und unverbindlichen Beratungspakete bzw. seinem Beratungskonzept. Darüber hinaus konnten sich die Besucher am Messestand über die zahlreichen Möglichkeiten der Energieeinsparung informieren.

Zudem bot ZIEL 21 in Zusammenarbeit mit seinen Energieexperten ein attraktives Vortragsprogramm über die aktuellsten Fördermittelprogramme und Zuschüsse, Potentiale der Erneuerbaren Energien im Landkreis, LED und Schimmelvermeidung an. Traditionell wurden auch wieder mit den Kindern solar betrie-

bene Windräder gebastelt, die sehr eindrucksvoll die Einfachheit der solaren Energiegewinnung veranschaulichten und somit die nächste Generation spielerisch von der Energiewende überzeugen.

Die Energie Südbayern GmbH als regional führender und überregional agierender Energiedienstleister informierte über die Unternehmensbereiche Energielieferung, Energiehandel, Betrieb von Energienetzen und Energieerzeugung. Als Premiumpartner der Energietage berichtete die ESB über kommunale Klimaprojekte und Lösungen, die für jeden Verbraucher interessant sind.

Von Beginn an sind die Stadtwerke Fürstfeldbruck ein wichtiger Förderer der Energietage und boten in diesem Jahr wieder ein breites Angebot für nachhaltige, grüne Energie aus der Heimat. Sie informierten über den Fortschritt bei Windkraft, Wasserkraft, Photovoltaik und Solar. Ebenso waren auch die Stadtwerke Olching vertreten, die als regionaler Versorger eine wichtige Rolle spielen. Um die Fotovoltaik-Stromproduktion möglichst effizient zu nutzen, umfasst ihr Angebot eine umfangreiche Spei-

cherkomponente. Die Stadtwerke bieten herstellerunabhängig eine kostenlose Beratung und übernehmen den Aufbau, die Installation und auf Wunsch auch die Wartung der Anlage. Je nach Bedarf und Budget ermittelt ein Experte eine auf den Kunden zugeschnittene Anlage und ein passendes Speichersystem.

Innovative Lösungen sind ein wichtiger Energiefaktor beim Bauen – ob Renovierung oder Neubau. Die bayerische Architektenkammer beriet zu Neubau, Kauf/Verkauf, Sanierung und Renovierung und vermittelte kompetente Kontakte zu den besten Architekten in Bayern.

E-Mobilität

Der Parcours für E-Mobilität machte alternative Antriebe erlebbar, und das mit gleich mehreren Fortbewegungsmitteln: So zeigte TESLA Motors das Modell X mit hinten öffnenden Flügeltüren und bot die Möglichkeit, einen Tesla für einen Tag kostenfrei zu gewinnen. Das Team von Projekt-E lud jeden E-Mobilitätsfan zu unterschiedlichen Elektrolässen ein und zeigte aktuelle Elektromodelle.

Um das Thema Elektromobilität, alternative Antriebe, Nutzung von Photovoltaik und anderen Lösungen für Endverbraucher drehten sich schließlich die Vorträge im Energietage-Forum. **DK**



V. l.: Jörg Hempel (Nordex Deutschland), Gisela Wendling-Lenz (OSTWIND AG), Dr. Rolf Bungart (OSTWIND-Gruppe), Reinhard Strobl (Bayer. Staatsforsten), Jörg Zinner (OSTWIND-Gruppe), Josef Knittl (Firmengruppe MAX BÖGL), Landrat Anton Knapp (Landkreis Eichstätt), Bürgermeister Ludwig Mayinger (Gemeinde Schernfeld). **□**

Spatenstich für Windpark Workerszeller Forst

Mit einem feierlichen Spatenstich im Beisein zahlreicher Gäste aus Politik, Behörden und Wirtschaft haben die OSTWIND-Gruppe und die Max Bögl OSTWIND GmbH (MBO) den Bau des neuen Windparks Workerszeller Forst im Landkreis Eichstätt, Gemeinde Schernfeld, offiziell eingeleitet. Das Vorhaben mit fünf Windenergieanlagen rundet ein landkreis- und bezirksübergreifendes Großprojekt auf oberbayerischer Seite ab.

Wie Dr. Rolf Bungart, Bernd Kiermeier und Jörg Zinner von der OSTWIND-Unternehmensleitung darlegten, umfasst der neue Wald-Windpark Workerszeller Forst fünf Nordex-N131-Anlagen mit einer Leistung von jeweils 3,3 Megawatt (MW) und wird pro Jahr rund 33,5 Millionen Kilowattstunden Windstrom erzeugen. Zusammen mit dem benachbarten Windpark Reichertschüll im mittelfränkischen Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen (Gemeinde Raitenbuch) werden ab Herbst 2017 insgesamt 16 Windenergieanlagen rund 36.000 Haushalte mit klimafreundlichem Strom versorgen, was dem rechnerischen Bedarf von zwei Dritteln aller Haushalte im Landkreis Eichstätt entspricht.

OSTWIND-Geschäftsführer Bungart sprach von einem „Vorzugsprojekt“ für die Region und Wald zwei ideale Partner im Zusammenspiel von erneuerbaren Energien und Klimaschutz sind. Die Planung des Windparks Workerszeller Forst belege darüber hinaus aber auch eindrucksvoll, „dass es möglich ist, den Wald für die Windkraft zu nutzen, ohne dass die Belange des Natur- und Artenschutzes zu kurz kommen“. Mit dem Bau des Windparks einher gehe nämlich ein umfangreiches Begleitprogramm an ökologischen Ausgleichsmaßnahmen und Ersatzzahlungen – „in einer Komplexität, wie wir sie so noch selten bei einem Projekt hatten“, stellte Bungart fest.

Pro Anlage wurden rund 200.000 Euro in entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen investiert. Daneben ist das Projekt im Workerszeller Forst Bungart zufolge von Beginn an mit der Ambition und dem Versprechen angetreten, die benachbarten Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot zu holen und an der regionalen Wertschöpfung teilhaben zu lassen.

Angesichts der Komplexität des Genehmigungsverfahrens dankte der OSTWIND-Geschäftsführer dem Eichstätter Landrat Anton Knapp, „für den Mut, im Spannungsfeld von Energiewende und Naturschutz die richtigen Entscheidungen zu treffen“. Zu würdigen sei auch die konstruktive Vorgehensweise der Regierung von Oberbayern. Die Gemeinde Schernfeld mit Bürgermeister Ludwig Mayinger habe das Projekt ebenfalls von Anfang an unterstützt – „verbunden mit der klaren Ansage, dass sich die Gemeinderäte und die Bürgerinnen und Bürgerinnen daran beteiligen können“.

„Aufgrund der 10H-Regelung wird diese Maßnahme vorerst auch das letzte Vorhaben dieser Dimension im Freistaat sein“, hob Landkreischef Knapp hervor.

Nachdem im Sommer vergangenen Jahres der Startschuss für das Gemeinschaftsprojekt mit dem Spatenstich im Raitenbucher Forst gesetzt worden sei, „als zehn Windkraftanlagen von meinem Landratskollegen Gerhard Wägemann genehmigt und damit der Weg für den Wald-Windpark Reichertschüll mit 33 Megawatt Leistung geebnet wurde“, könne man sich nun über die Fortsetzung dieser Maßnahme auf dem Gebiet des Landkreises Eichstätt freuen.

Der Windpark, so Knapp, habe unter anderem vom Umdenken in Sachen regenerativer Energien in weiten Teilen der Bevölkerung profitiert. Dass auch der Naturschutz nicht zu kurz komme, hätten die Verantwortlichen sowohl auf der Suche nach einem Standort für den Windpark als auch im guten Zusammenspiel zwischen den Projektanten mit der Unteren Naturschutzbehörde bewiesen.

In der Gemeinde Schernfeld und auch im angrenzenden Gemeindegebiet im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen gibt es laut Landrat sehr gute Standorte für Windkraftanlagen, die jetzt genutzt werden seien. Knapp nannte hier eine ausreichende Höhenlage und ein gutes Windaufkommen, das auch im Bayerischen Energieatlas dokumentiert ist.

Wie Knapp bemerkte, „produzieren heute bald 24.000 Windkraftanlagen in ganz Deutschland preiswert sauberen Strom. Windenergie an Land hat als preiswerteste Technologie auch künftig ein großes Potenzial und leistet einen wichtigen Beitrag für die regionale Wertschöpfung vor Ort. Als Leistungsträger der Energiewende wird die Windenergie in Deutschland immer mehr zu einem starken Pfeiler der deutschen Volkswirtschaft. Der Exportanteil deutscher Anlagenhersteller liegt bei 67 Prozent.“

Erneuerbare Energien seien Klimaschützer Nummer eins in Deutschland. Eine frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung der Bevölkerung ist aus Sicht des Landkreischefs gleichermaßen für Windparkplaner wie für Planungs- und Genehmigungsbehörden geboten. „Denn bei Auswahl und Entwicklung von Standorten für Windenergieanlagen müssen die unterschiedlichen Ansprüche wie Anwohnerinteressen, Klimaschutz, Natur- und Artenschutz, aber auch die jeweiligen Kosten angemessen berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Dies hier ist meiner Ansicht nach im Workerszeller Forst gut gelungen. Der Windpark ist aufgrund seiner einzigartigen Lage mitten in einem großen geschlossenen Waldgebiet für die Nutzung der Windkraft prädestiniert.“ **DK**

Stadtwerke Fürstfeldbruck sind TOP-Lokalversorger

Das Energieverbraucherportal hat die Stadtwerke Fürstfeldbruck erneut zum TOP-Lokalversorger gekürt. Damit wurde das Energieversorgungsunternehmen auch bei der dritten Teilnahme in Folge mit dem von der Stiftung Warentest empfohlenen Verbrauchssiegel prämiert.

„Die Auszeichnung ist ein Beleg für unsere kundennahe Arbeit und für unser Angebot an Produkten mit einem ausgezeichneten Preis-Leistungs-Verhältnis. Darüber hinaus zeigt es, dass wir unserer Verantwortung als regionaler Energieversorger gerecht werden. Insbesondere unser Engagement für die Region und die Umwelt wurde honoriert. Das ist ein Grund zur Freude und Ansporn zugleich, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen“, freute sich Enno W. Steffens, Geschäftsführer der Stadtwerke Fürstfeldbruck. „Seit vielen Jahren setzen die Stadtwerke auf eine ökologische Erzeugung von Energie – besonders im Bereich Wind- und Wasserkraft in der Region. Das bewährt sich“, betonte Berthold Reiß, Leiter Geschäftskunden der Stadtwerke FFB.DK

Kraftwerk Irsching 5:

Vorläufige Stilllegung beantragt

Aufgrund der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive für das hochmoderne Kraftwerk Irsching 5 hat die Betreibergesellschaft Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) mit Wirkung zum 1. April 2018 bereits zum zweiten Mal die vorläufige Stilllegung für das Kraftwerk angezeigt. An dem Kraftwerk Irsching 5 ist die N-ERGIE mit 25,2 Prozent beteiligt.

Allein für das Jahr 2016 weist die GKI voraussichtlich einen zweistelligen Millionenverlust aus. Um die Betriebsbereitschaft aufrechtzuerhalten, waren die Gesellschafter gezwungen, nochmals über 20 Mio. Euro in die Gesellschaft einzulegen. Da insbesondere für die kommunalen Gesellschafter die Verluste aus dem laufenden Betrieb nicht mehr zumutbar sind, kann auch eine endgültige Stilllegung nicht mehr ausgeschlossen werden.

Lediglich an zwei Tagen im gesamten Jahr 2016 setzte der Übertragungsnetzbetreiber TenneT das Kraftwerk für die Netzstabilisierung ein. Dennoch planen die Übertragungsnetzbetreiber den Zubau weiterer eigener Gaskraftwerke für die zusätzliche Sicherung der Netzstabilität. Bis 2025 soll in Süddeutschland eine Gesamtkapazität von 2.000 Megawatt aufgebaut werden.

Ungleichbehandlung beenden

„Für die eigene Errichtung und den Betrieb dieser zusätzlichen Reservekraftwerke erhalten die Übertragungsnetzbetreiber die vollen Kosten komplett. Diese dürfen sie auf die Netzentgelte umlegen und bekommen dies gemäß StromNEV zudem attraktiv verzinst. Im Gegensatz dazu wird das Kraftwerk Irsching 5, das für die Netzstabilisierung anektiert wurde, nicht ausreichend vergütet.“

Die Folge: Die Eigner tragen den größten Teil der Kosten ohne Ausgleichsmöglichkeiten“, erklärt Josef Hasler, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE Aktiengesellschaft. „Diese Ungleichbehandlung durch die aktuelle Gesetzeslage und die angewandte Regu-

lierung muss beendet werden“, fordert er.

Besonders schwerwiegend ist aus Sicht Haslers, dass die Übertragungsnetzbetreiber die geplanten Kraftwerke nur für einen Übergangszeitraum errichten wollen – das Übertragungsnetz also dennoch weiter ausgebaut wird. Dies bedeute doppelte Investition auf Kosten der Stromkunden.

Für Hasler ist deshalb eine wettbewerbliche Ausschreibung der erforderlichen Netzreserveleistung unverzichtbar. Dabei sollte der Anlageneinsatz transparent unter Marktregeln erfolgen, zum Beispiel analog dem Regelenergiemarkt. Dies würde zum einen Kosteneffizienz gewährleisten. Zum anderen hätten die Kraftwerke dann auch die Chance die erforderlichen Erlöse für eine Amortisation der Investitionen zu erzielen. Deshalb fordern die Eigentümer von Irsching 5 für die Phase des Reservebetriebs eine angemessene Vergütung für die Vorhaltung und die erfolgten Einsätze im Auftrag des Übertragungsnetzbetreibers TenneT – und zwar für die vergangenen Jahre sowie für die Zukunft.

Die Eigentümer wollen nicht weiterhin schlechter gestellt werden als die Betreiber nicht systemrelevanter Kraftwerke oder als die Übertragungsnetzbetreiber mit den geplanten selbst errichteten Kraftwerken.

Eine angemessene Vergütung sollte nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben mindestens die Deckung sämtlicher anfallender Kosten umfassen. Hierzu sind bereits Klagen vor dem Landgericht Düsseldorf für die Phase zwischen dem 1. April 2013 bis 1. April 2016 und dem Landgericht Bayreuth für eine angemessene Vergütung ab dem 1. April 2016 anhängig. **□**



V. l.: IBC Solar-Vorstandsvorsitzender Udo Möhrstedt, die Raiba-Vorstände Hans Ulrich Fuchs und Andy Schindhelm, Bürgermeister Bernd Rebhan, Regierungsvizepräsident Thomas Engel, Bürgermeister a.D. Herbert Schneider und Projektentwickler Oliver Partheymüller. **□**

Spatenstich für die Energiewende in Küps

Voller Freude sticht Bernd Rebhan in den Boden und wirbelt mit dem Spaten die Erde durch die Luft. Der Küpser Bürgermeister gab damit - gemeinsam mit Regierungsvizepräsident Thomas Engel, Verantwortlichen der IBC Solar AG und der Raiffeisenbank Küps-Mitwitz-Stockheim - den symbolischen Startschuss für den Bau des neuen Solarparks in Tüschnitz Richtung Johannisthal entlang der Bahnlinie Küps.

Das Projekt mit einer Nennleistung von 3,5 Megawatt wird im Rahmen eines bundesweiten Ausschreibungsverfahrens für Solarparks auf sog. 110-m-Randstreifen entlang von Schienenwegen errichtet. Bürger des Marktes Küps und der umliegenden Gemeinden haben die Möglichkeit, sich über die örtliche Raiffeisenbank finanziell am Solarpark zu beteiligen und damit gute Renditen zu erzielen.

Entlang der Bahnstrecke Lichtenfels-Kronach wird der Solarpark Küps jährlich etwa 3.605.000 Kilowattstunden Solarstrom produzieren. Dieser wird regional verbraucht und sichert dem Markt Küps sowie den benachbarten Orten eine grüne Energieversorgung für rund 900 Haushalte pro Jahr. Die Fertigstellung des Projekts ist für Sommer 2017 vorgesehen.

Ausschlaggebend für den Erfolg des Gebots im Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur war die ideale Lage des mehr als sechs Hektar großen Standorts in der Nähe eines Netzverknüpfungspunktes. Dadurch kann der Solarstrom zu sehr günstigen Kosten erzeugt

und direkt in das Versorgungsnetz des Bayernwerks eingespeist werden. Durch die Anmeldung als Gewerbebetrieb erzielt der Markt Gewerbesteuererinnahmen.

Win-win-Situation

Laut Bürgermeister Bernd Rebhan wird in Küps die Energiewende bereits in verschiedenen Projekten vorangetrieben - so durch Windräder, eine Biogas- sowie Hackschnitzelanlage und nunmehr mit dieser großen Anlage, die der Marktgemeinderat mehrheitlich unterstützt habe. Für ein Projekt in einer solchen Größenordnung bedürfte es starker Partner. Diese wisse man mit der erfahrenen IBC Solar AG - ein weltweit führendes Systemhaus für Photovoltaik und Energiespeicher - ebenso an der Seite wie auch mit der Raiffeisenbank Küps-Mitwitz-Stockheim als örtlichen Partner.

„Das Projekt ist eine Win-win-Situation für alle“, betonte das Gemeindecbeurhaupt. Dies sei auch der ausschlaggebende Punkt gewesen, warum man das Vorhaben befürwortete. **□**

Bayernwerk Natur:

Zukunftsmusik im Werksviertel München

Im neuen Werksviertel am Münchner Ostbahnhof versucht man das Thema Stadt ganzheitlich und nachhaltig zu denken. Derzeit entsteht ein innovatives urbanes Areal, das Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten bietet. Auch bei der Versorgung mit Strom und Wärme geht man neue Wege und ergänzt die zentrale Energieversorgung durch die Stadtwerke München mit einem eigenen Blockheizkraftwerk (BHKW), das in Zusammenarbeit mit der Bayernwerk Natur GmbH, einem Tochterunternehmen der Bayernwerk AG, betrieben wird. Dieses und andere lokale Energiekonzepte stellte Bayernwerk Natur jüngst in einem Pressegespräch vor.

Die OTEC, Eigentümergesellschaft für die zentralen Flächen des ehemaligen Münchner Werksgeländes der Firma Pfanni, hat die Bayernwerk Natur als Projektpartner zur Umsetzung eines innovativen Energiekonzepts ausgewählt. Mit dem hoch effizienten Energiekonzept wird Strom, Wärme und Kälte erzeugt. Ziel ist es, bis zu 80 Prozent des benötigten Stroms selbst zu erzeugen und direkt an die Bewohner des Werksviertels zu liefern. Mit dem Energiekonzept kann sich das Werksviertel somit weitgehend autark versorgen. Der Investitionsbedarf für den Aufbau des Energiesystems liegt bis zum Jahr 2019 bei rund 6,4 Millionen Euro.

Leben und Arbeiten in neuer Atmosphäre

Auf dem ehemaligen Gewerbe- und Industrieareal entsteht auf rund 40 Hektar ein neues Stadtviertel zum Wohnen und Arbeiten, für Freizeit und Kultur. Circa 1.300 Wohnungen entstehen im Werksviertel neu, 7.000 Arbeitsplätze werden geschaffen, es entstehen 30.000 qm Einzelhandelsfläche sowie fünf Hotels mit zusammen 1700 Betten. Hinzu kommen neue Parkanlagen, Kindertagesstätten, eine Grundschule und neue Zufahrtsstraßen. Insgesamt soll mit dem Werksviertel ein Ort geschaffen werden, an dem Menschen aus allen Gesellschaftsschichten in einer vollkommenen neuen Atmosphäre leben und wohnen, arbeiten und unterhalten werden.

Wie Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel betonte, „hat die Energiezukunft für uns in allen Bereichen begonnen. Die alte großteilige Energiewelt mit den statischen Segmenten Erzeugung, Netz und Verbrauch ist schon lange Geschichte. Die neue Energiewelt wird immer kleinteiliger.“ Eine wachsende Heraus-

„Earth Hour“ 2017:

Weltweiter Teilnahmerecord

7.000 Städte, 184 Länder: Die WWF Earth Hour, größte Klimaschutzaktion der Welt, brach in diesem Jahr alle Rekorde. Millionen Menschen schalteten jeweils um 20.30 Uhr für eine Stunde die Lichter aus und verdunkelten ihr Wahrzeichen: das Opernhaus in Sydney, den Burj Khalifa Wolkenkratzer in Dubai, den Moskauer Kreml, die Pyramiden von Gizeh, die Akropolis, den Petersdom, das Empire State Building – und in Deutschland traditionell das Brandenburger Tor.

Auch in Deutschland gab es dieses Jahr einen Rekord mit 323 teilnehmenden Städten – 80 mehr als im vergangenen Jahr. In zehn deutschen Städten formten jeweils tausend LED-Kerzen eine Erde mit fünf Metern Durchmesser. In Bayern nahmen 59 Städte und Gemeinden, unter anderem München, Nürnberg, Würzburg, Regensburg, Passau, Bayreuth und Landshut, an der Aktion der Umweltorganisation WWF teil.

In München blieben unter anderem das Rathaus, die Frauenkirche und die Allianz Arena dunkel. Auch Nürnberg schaltete sein Rathaus ab, außerdem waren die Kaiserburg, die Stadtmauer und zahlreiche weitere Gebäude nicht beleuchtet. In Würzburg ging unter anderem der Dom vom Netz.

forderung werde in der Steuerung lokaler Energieflüsse liegen.

Die Entwicklung innovativer Energienetze und neuer lokaler Energiekonzepte gehe Hand in Hand, so Gotzel. „In der Bayernwerk-Gruppe können wir beides bestens abbilden.“ Die Zukunft sieht der Bayernwerk-Chef in lokalen Energiekonzepten wie dem Münchner Werksviertel. Die Bayernwerk Natur sei für derartige Lösungen zu einer erfolgreichen Entwicklungsschmiede geworden.

Meilenstein

Ein Meilenstein für die heutige Bayernwerk Natur GmbH war laut Bayernwerk Natur-Geschäftsführer Werner Dehmel die sogenannte Biogasoffensive des Unternehmens im Jahr 2005. „Im Rahmen dieser Offensive haben wir hochmoderne Biogasanlagen entwickelt und erstmals die Bioerdgastechnologie eingeführt“, beschrieb Dehmel. Heute sei das Unternehmen in nahezu allen Energietechnologien unterwegs. Von Bioenergie über Wind, Kleinwasserkraft, Erdgas, Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerke bis hin zur Geothermie.

Aktuelle Energieprojekte

Zu den Kunden des Unternehmens gehören laut Dehmel sowohl Privat-, als auch Industrie- und Gewerbetunden. Beispiele für aktuelle Energieprojekte der Bayernwerk Natur seien Konzepte für Krankenhäuser wie in Coburg, neue Energieanlagen für die US-Army in Grafenwöhr, Hohenfels und Vilseck, eine Industrieanlage für das Molkereunternehmen Meggle, eine Bürgerwindanlage in Gerolsbach, eine Nahwärmeversorgung in Roding oder eine Kleinwasserkraftanlage in Baierbrunn. „Auch in Farchet wollen wir gemeinsam mit der

Bayreuth machte aus der Stunde eine ganze Nacht und ließ am Festspielhaus alle Lichter aus. In Landshut wurden die Beleuchtung der Burg Trausnitz, Martinskirche, Stadtresidenz, Jesuiten- und Sebastianikirche, des Rathauses, des Ländtors, der Hl. Geistkirche, des Maxwehrs und des Stadtwerke-Verwaltungsgebäudes ausgeschaltet.

Bewusst Zeichen setzen

„Das Tolle an der Aktion ist, dass jeder mitmachen kann. Jeder Einzelne kann ein Zeichen für den bewussten Umgang mit Energie und der Umwelt setzen, indem er einfach zuhause für eine Stunde die Lichter ausschaltet“, betonte die Klimaschutzmanagerin der Stadt Landshut, Stella Haun. Das

Stadt Bad Tölz eine 1.000 kW-Kleinwasserkraftanlage errichten. Dazu laufen aktuell die Abstimmungen mit den Genehmigungsbehörden“, teilte Dehmel mit.

Ebenfalls im Portfolio befindet sich die Geothermie zur Nutzung der Erdwärme. Dies gelte sowohl für Wärmepumpenanlagen als auch für die Tiefengeothermie. Neben Geothermieanlagen in Poing, Garching und Simbach im Bereich der Tiefengeothermie arbeite Bayernwerk Natur aktuell mit der Kommune an einem neuen Geothermie-Projekt „innerhalb unseres Fernwärme-Engagements in Puchheim“.

„Durch unseren breiten Technikmix sind wir in der Lage, für jeden Kunden an jedem Ort das passende Energiekonzept anzubieten“, erläuterte der Geschäftsführer. Rund 180 dezentrale Anlagen in den bayerischen Regionen betreibt die Bayernwerk Natur heute.

Die Vision umsetzen

„Was die Energieversorgung von morgen betrifft, wird sie im Werksviertel heute schon erlebbar“, stellte Geschäftsführer Dr. Alexander Fenzl fest und ergänzte: „Das gilt für die innovative Technologie an sich. Das gilt aber vorrangig für die zukunftsgeordnete Philosophie, ein Energiekonzept in die visionäre Entwicklung eines Lebensraumes einzubinden. Hierbei sind wir gemeinsam mit unserem Partner dafür verantwortlich, die energiewirtschaftlichen Aspekte einzubringen. Derartige Ansätze werden die Energiezukunft mehr und mehr prägen: Im kommunalen Rahmen werden sich Energiesysteme an das Zusammenleben der Menschen anpassen: effizient und nachhaltig.“

Fenzl zufolge „muss auch für uns das Anliegen sein, die Vision des Werksviertels umzusetzen. Wir dürfen nicht nur die eigene Technik sehen, sondern brauchen den Blick und die Begeisterung für das Ganze. Wir liefern deshalb nicht einzelne Komponenten, sondern bieten unseren Kunden ein Gesamtsystem und optimieren dieses. Wir bieten alles aus einer Hand. Ob dies Erzeugungs- oder Netzkomponenten sind oder beispielsweise

auch eine Ladeinfrastruktur.“

Nach Fenzls Worten führen die völlige Umstrukturierung des Energieträgermixes, die tiefgreifende Veränderung der Infrastrukturen (Netze, Anlagen, Speicher, Gebäude), die zunehmende Bildung dezentraler Netzstrukturen (u. a. Arealnetze), neue Eigentümer (Kunden und Bürger) in der dezentralen Energieerzeugung, die Vernetzung von Strom und Wärme sowie eine massive Effizienzsteigerung zu einem „fundamentalen Umbruch bei Geschäftsmodellen und Branchenstrukturen in Deutschland“.

Dezentrale Erzeugung und Wärme blieben freilich Kern des Geschäfts, so Fenzl. „Wir müssen aber flexibel sein, was den Einsatz der jeweiligen Technologien betrifft. Die Wahl der Technologie hängt nicht nur vom Kundenwunsch, sondern auch von aktuellen gesetzlichen Vorgaben und Regelungen ab.“

Erweitertes Technikportfolio

So habe die Bayernwerk Natur GmbH ihr Technikportfolio vor wenigen Jahren um Windanlagen erweitert. Allerdings gestalte sich der Ausbau der Windkraft in Bayern aufgrund der 10H-Regelung schwierig. Was den Ausbau der ökologisch verträglichen Kleinwasserkraft betrifft, sehe das Unternehmen durchaus noch Potential. Gleiches gelte für den Wärmemarkt, „da die Energieversorgung lokaler Einheiten künftig Strom und Wärme umfassen wird“. Je höher der Einsatz regenerativer Energie ausfällt, umso interessanter werde der Einsatz von Strom zur Wärmezeugung. „Hier spielen sich Effizienz, Anlagenkonzept und Energienutzung in die Hände“, hob der Geschäftsführer hervor.



Am Münchner Ostbahnhof entsteht ein innovatives urbanes Areal. Auch bei der Versorgung mit Strom und Wärme geht man dort neue Wege. Bild: OTEC GmbH & Co. KG

Was die politischen Rahmenbedingungen für regenerative Erzeugung betrifft, begrüße der Energieversorger den Plan der Bundesregierung, dass künftig auch Mieter von dem Solarstrom profitieren können, der auf dem Dach eines Wohngebäudes erzeugt wird. Dies könne für weitere Quartierslösungen ein interessanter Baustein sein.

Für breiten Energiemix

Fenzl vertrat die Auffassung, „dass die Energiewende in Bayern nur gelingen wird, wenn wir einen breiten erneuerbaren Energiemix möglich machen. Bei der umweltverträglichen Ausweitung der Flächenkulisse für PV-Anlagen ist die Staatsregierung den richtigen Weg gegangen. Nun sollten aber auch die Bremsen bei der Windenergie und beim Ausbau der ökologischen Wasserkraft gelöst werden.“

Die Energiewende sei kein rein technologisches, sondern ebenso

ein gesellschaftliches Thema. Die Menschen müssten ihre Möglichkeiten kennen und erkennen. „Deshalb bringen wir Menschen, Unternehmen und Kommunen zum Austausch darüber in sogenannten Effizienznetzwerken zusammen. Dort können sich die Teilnehmer über ihre Maßnahmen und Erfahrungen zur Energieeinsparung austauschen“, hob Fenzl hervor. Da für immer mehr Firmen Energieeffizienz zu einem Wettbewerbsfaktor wird, übernehme die Bayernwerk Natur in Zusammenarbeit mit den regionalen IHKs eine Rolle als Netzwerkkträger.

„Der lokale Zusammenschluss vorhandener Erzeugungsanlagen zu einem lokalen Strommarkt ist ein Zukunftsmodell, dem wir uns als innovativer Problemlöser künftig verstärkt widmen“, erklärte der Geschäftsführer. Schließlich benötigten alle Systeme – auch kommende lokale Strommärkte – Versorgungssicherheit durch Anbindung an eine stabile und verlässliche Infrastruktur. **DK**



Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger, Schulen
und Vereine!

Sie engagieren sich in den Bereichen Energieeffizienz oder Ökologie und geben damit einen Impuls für die Energiezukunft in Ihrer Region oder Ihrem persönlichen Umfeld?
Dann bewerben Sie sich für den Bürgerenergiepreis.

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

LEW-Bilanzpressekonferenz:

Die Energiezukunft ist grün und dezentral

Erstmals in der LEW-Unternehmensgeschichte wurden mehr als 100 Millionen Euro in die Energiezukunft investiert. Den Großteil setzten die Lechwerke dabei für Ausbau und Erneuerung des Stromverteilnetzes in der Region ein. „Nachhaltig und zukunftsicher leben – darum geht es beim Umbau unseres Energiesystems“, unterstrich LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher bei der Bilanzpressekonferenz in Augsburg. „Als führendes Energieunternehmen der Region gestalten wir diese Energiezukunft gemeinsam mit Kunden, Partnern und Bürgern.“

In einem von intensivem Wettbewerb gekennzeichneten Markt konnte das Unternehmen im vergangenen Jahr den Absatz von Strom und Gas deutlich steigern. Mit 25,9 Prozent im Strombereich und 43,5 Prozent im Gasbereich lag er deutlich über dem des Vorjahres. Volumenzuwächse waren vor allem bei Geschäftskunden und im Bereich Energieversorgungsunternehmen/Energiehandel zu verzeichnen.

Als „gewaltiges Vorhaben“ nannte Vorstandsmitglied Norbert Schürmann die Energiewende. Setze man an den richtigen Punkten an, könne sie freilich eine Erfolgsgeschichte werden. Die Ausgangsposition der Region sei gut: So liege der rechnerische Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch im LEW-Netz bei mehr als 60 Prozent und damit fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Stützpfiler Wasserkraft

„Wichtige Stütze der Erneuerbaren in Bayern“ ist aus Schürmanns Sicht die traditionell starke Wasserkraft. Die Tochtergesellschaft BEW, gegründet 1898, zähle zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern im Freistaat und sei einer der größten Ökostromproduzenten in der Region, denn: „Naturschutz, Klimaschutz und Wasserkraft gehören für uns untrennbar zusammen“, so der LEW-Vorstand. Insgesamt sei 2016 ein durchschnittliches Wasserjahr gewesen – in den 36 von der BEW betriebenen Kraftwerken wurden insgesamt 858 GWh erzeugt, knapp 10 Prozent mehr als 2015.

Wie Schürmann weiter ausführte, fördere die EU aktuell zwei Projekte an Iller und Donau. ISOBEL (Integrated Solutions für

Bed Load Management) ist ein EU-gefördertes Pilotprojekt mit europaweitem Vorbildcharakter. Ziel ist es, auf einem 25 Kilometer langen Illerabschnitt zwischen Altusried und Lautrach geeignete Gewässerstrukturen für Fische und Kleinlebewesen zu schaffen.



Dr. Markus Litpher (l.) und Norbert Schürmann.

Dies soll durch neue Verfahren im sogenannten Geschiebemanagement geschehen. Das Projekt, eine weitere Maßnahme im Rahmen der Iller-Strategie 2020, soll Handlungsempfehlungen für ganz Europa liefern. Daneben wird auch das INADAR-Projekt zur ökologischen Dammsanierung an der Donau aus dem Life-Programm der EU unterstützt.

Beim ökologischen Betrieb der Wasserkraftwerke habe die BEW 2016 weitere Akzente gesetzt, erläuterte Schürmann. Dabei werde angesichts niedriger Börsenpreise der wirtschaftliche Betrieb der großen Wasserkraftwerke, die ihren erzeugten Strom frei auf dem Markt verkaufen, immer

schwieriger. Gesetzlich garantierte Erlöse gebe es für die 71.130 nach dem EEG geförderten Anlagen im LEW-Netz, die 2016 rund 3,3 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugten. Das entspricht rein rechnerisch dem Stromverbrauch von mehr als 900.000 Haushalten.

Zusätzliche erneuerbare Energien wie Photovoltaik und Biogas prägen die Region. Laut Schürmann hat die LEW für alle Kundengruppen Angebote zur eigenen Stromerzeugung: Privatkunden können über ein eigenes Portal Photovoltaikanlagen planen und bestellen. Auch für Gewerbetreibende und Unternehmen bietet das Unternehmen individuelle Lösungen, die je nach Kundenwunsch Planung, Installation oder auch die Betriebsführung umfassen.

LEW Flex-Kraftwerk

Als Partner für die Betreiber von Biogasanlagen fungiert das LEW Flex-Kraftwerk. Es bündelt gleichartige Anlagen in kleineren Leistungsbereichen, um damit am Markt für Regenergie teilzunehmen und zusätzlich Rendite zu erwirtschaften. Mittlerweile umfasst der von LEW vermarktete Regenergie-Pool Anlagen mit einer Gesamtleistung von 700 MW.

Für Vorstand Litpher ist „das starke Verteilnetz Rückgrat der Energiewende“, würden hier doch weit mehr als 90 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien eingespeist. Mittlerweile erreichten die an das LEW-Netz angeschlossenen EEG-Anlagen eine Gesamtleistung von mehr als zwei Gigawatt. Dies liege nun über der historischen Netzhöchstlast. Insgesamt wurde 2016 an 145 Tagen aufgrund eines zeitweiligen Überangebots Strom aus dem LEW-Netz in das nationale Übertragungsnetz zurückgespeist. Zu anderen Zeiten wurde Strom aus dem Übertragungsnetz bezogen.

Lebensadern der Energiezukunft

„Stromleitungen sind Lebensadern der Energiezukunft“, weshalb LEW enorme Summen in das regionale Verteilnetz investiere, so Litpher. Stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorausgesetzt, plane der Energieversorger für die Jahre 2017 bis 2019 Investitionen in Höhe von insgesamt rund 250 Millionen Euro.

Mit Blick auf die Erzeugung und Speicherung von Strom wies Norbert Schürmann darauf hin, dass im LEW-Netz mittlerweile rund 40 Prozent der neu installierten Photovoltaikanlagen mit einem Batteriespeicher kombiniert sind. Ende 2016 waren bereits rund 1.540 Batteriespeicher mit einer durchschnittlichen Kapazität von 5,9 kWh an das LEW-Netz angeschlossen. LEW habe sich hier mit eigenen Angeboten erfolgreich im Markt positioniert. Entsprechende Lösungen würden zunehmend auch von Unternehmen nachgefragt. Zukunftsthema sei die Kombination aus PV-Anlage, Batteriespeicher und Wärmepumpe.

„Dezentral geht nur digital. Die Digitalisierung ist ein wichtiger Schlüssel, um das hochkomplexe, dezentrale Energiesystem der Zukunft effizient zu managen“, betonte Markus Litpher. Die LEW nutze digitale Technologien zur Entwicklung neuer Angebote für Kunden, zur Optimierung von Prozessen und Kundenschnittstellen und treibe die Digitalisierung in allen Unternehmensbereichen voran.

Voraussetzung dafür, dass sich

das Potenzial digitaler Technologie voll entfalten kann, ist ein leistungsstarkes Kommunikationsnetz. Das Datennetz des LEW-Tochterunternehmens LEW Tel-Net, größter regionaler Telekommunikationsnetzbetreiber zwischen Schongau und Donauwörth, umfasse mittlerweile eine Länge von mehr als 3.500 Kilometern. Mehr als 60.000 Haushalte, Gewerbetreibende und Betriebe sind an dieses Netz angeschlossen.

Wie Litpher zudem bemerkte, haben acht Netzbetreiber aus Bayern und Baden-Württemberg, darunter die LEW, die MeteringSüd GmbH & Co. KG gegründet, das als Gateway Administrator mit hoher Qualität und Compliance bei Datensicherheit und –verwaltung zur Einführung intelligenter Messsysteme punkten will.

Erfolgsfaktor

Wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der Energiewende ist nach Darstellung der Lechwerke die Kopplung der Bereiche Strom, Wärme und Verkehr. Schürmann zufolge gehen zwei Drittel des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen auf den Wärme- und Verkehrsbereich zurück. „Das heißt: Wir werden die klimapolitischen Ziele nur erreichen, wenn wir die Potenziale in allen Energiesektoren erschließen. Strom aus regenerativer Erzeugung ist der dominierende Energieträger der Zukunft.“ Mit der Wärmepumpe unterstütze LEW seit langem ein stromgeführtes Heizsystem, das rund drei Viertel der Energie aus der Umwelt bezieht.

Elektromobilität nimmt Fahrt auf

Deutlich Fahrt nimmt nach Schürmanns Worten die Elektromobilität in der Region auf: 2016 wurden insgesamt rund 17.400 Ladevorgänge den LEW-Ladesäulen registriert, ein Zuwachs von mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. LEW hat im Bereich Elektromobilität ein Produktportfolio aufgebaut und vermarktet Stromangebote und Ladelösungen an verschiedene Zielgruppen.

„Elektromobilität ist Energiezukunft auf der Straße und in jeder Hinsicht sinnvoll: Sie ist leise, lokal emissionsfrei und hilft, die Feinstaubbelastung zu reduzieren. Unser Ziel ist klar: Die Region soll Vorreiter bei der Elektromobilität werden.“ Sein Hauptziel habe nun das auf drei Jahre angelegte Forschungsvorhaben ePlanB erreicht: Gemeinsam mit den Projektpartnern entwickelte LEW ein intelligentes Lademanagement, das die Batterien von geparkten Elektroautos dann auflädt, wenn die heimischen PV-Anlagen viel Strom in das Netz einspeisen.

Wie ein umfassendes, intelligentes Energiesystem aussehen kann, haben LEW und innogy beispielhaft in dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt Smart Operator gezeigt. Das deutschlandweit einmalige Pilotprojekt in der Siedlung Wertachau, einem Ortsteil der Stadt Schwabmünchen, wurde zum 31. Dezember 2016 abgeschlossen, im Sommer 2017 sollen die Ergebnisse präsentiert werden.

Zweieinhalb Jahre lang steuerte eine intelligente Einheit, der Smart Operator, zentrale Komponenten im Ortsnetz sowie intelligente Geräte in den Haushalten über eine eigens dafür ausgebaute Infrastruktur. Ziel des Projekts: Verbrauch und die lokale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien besser aufeinander abstimmen – so können Stromnetze in Ortschaften besser genutzt werden. In der Perspektive kann intelligente Technologie damit einen Beitrag leisten, um Netzausbau zu begrenzen. **DK**



100. Kinderuni von 3maE und der Hochschule Augsburg

Wie funktioniert eine Glühbirne? Was passiert bei einem Blitzschlag? Wie kommt der Strom in die Steckdose? Antworten auf diese und viele weitere Fragen rund um die Themen Energie und Elektrizität gibt es bei der LEW-Kinderuni. Seit 2008 Jahren veranstaltet 3maE, die Bildungsinitiative der Lechwerke, in Zusammenarbeit mit der Hochschule Augsburg die Veranstaltungsreihe für Grundschüler der 3. und 4. Klasse. Kürzlich fand im LEW-Hochspannungssaal der Hochschule Augsburg nun die 100. Vorlesung statt.

In der rund 90-minütigen Veranstaltung werden von Prof. Dr.-Ing. Michael Finkel, Professor für Elektrotechnik an der Hochschule Augsburg, spannende Phänomene rund um das Thema Elektrizität kindgerecht erklärt. Die Vorlesung ist dabei mit vielen interaktiven Experimenten besonders anschaulich gestaltet. Auch für die Fragen der kleinen Entdecker bleibt ausreichend Zeit. **□**



Der 220-Tonnen-Autokran im Einsatz.

Öko-Bahnstromkraftwerk Ingolstadt der DWK:

Arbeiten zur Sedimentverlagerung ruhen

Vor wenigen Wochen ließen Rhein-Main-Donau AG und Uniper Kraftwerke GmbH die rund 31 Tonnen schwere Klappschute „Klapp 70“ und das dazugehörige 250-PS-Schubboot mit über fünf Tonnen Gewicht aus dem Stauraum herausheben.

Wichtigstes Hilfsmittel dazu war ein 220-Tonnen-Autokran, der die rund 19 Meter lange und rund 5 Meter breite Klappschute sowie das dazugehörige rund 7,5 Meter lange und 2,5 Meter breite Schubboot auf Höhe des Kraftwerks vor dem Turbineneinlaufbereich von der Betriebsbrücke aus aus dem Stauraum hievte und auf Tieflader verlad. Zuvor wurde das Schubboot allerdings mit dem Autokran wieder in den Stausee eingesetzt, um die Klappschute vor das Kraftwerk zu bugsieren.

Hintergrund ist, dass die Arbeiten zur Sedimentverlagerung im Stauraum des Öko-Bahnstromkraftwerks Ingolstadt aus Naturschutzgründen bis Herbst 2017 ruhen müssen. Dann sollen vor dem Nordufer des Stauraums beim Ruder- und beim Segelverein die oberen Sedimentschichten, die sich in den vergangenen zehn Jahren am Nordufer des Ingolstädter Stausees abgelagert haben, um bis zu 70 Zentimeter weiter abgetragen werden.

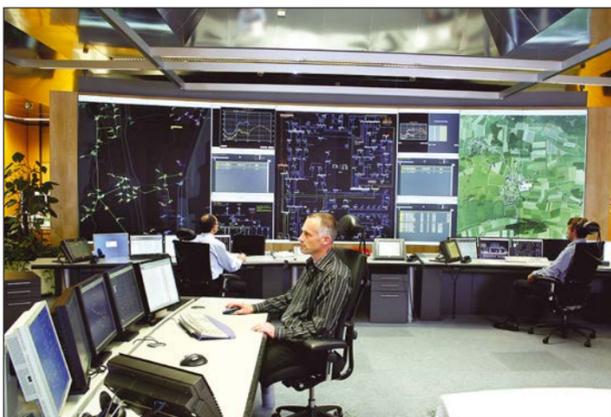
Rund 6.000 der notwendigen 15.000 Kubikmeter sandige Sedimente konnten seit November 2016 bis Januar 2017 in die Strömungsrinne der Donau auf Sedimentdepots unter Wasser verlagert werden, von denen das Material natürlich und umweltgerecht mit dem Hochwasserabfluss in das Unterwasser mobilisiert und weiter transportiert wird. Die Mengenbilanz des Materials im Fluss wurde durch die Verlagerung nicht verändert; auch blei-

ben so während der Lagerzeit mögliche Laichgebiete auf der kiesigen Flusssohle weitestgehend unverändert.

Im Vorfeld der Arbeiten hatte bis Mitte Oktober 2016 ein Mähboot auf der Nordseite des Ingolstädter Stauraums seine stillen Bahnen gezogen und den Untergrund bis in 2,20 Meter Wassertiefe vom dichten Grasbewuchs befreit. Das Mähgut wurde über die Rechenreinigungsmaschine des Kraftwerks und ein zertifiziertes Entsorgungsunternehmen ordnungsgemäß entsorgt.

Die rechten Ufer- und Biotopbereiche sowie die Vogelschutzinsel waren von der Maßnahme nicht berührt. Die Kosten für die im Rahmen der behördlich festgelegten Unterhaltspflicht notwendigen Sedimentverlagerungen belaufen sich auf rund 400.000 Euro.

Wegen der strengen Frostperiode im Januar 2017 mit entsprechend starker Eisbildung im Stauraum wurden die Arbeiten zur Sedimentverlagerung unterbrochen. Leider schlugen die Schwimmpons, auf denen der GPS-gesteuerte 18-Tonnen-Bagger montiert war, leck, so dass die Arbeiten, die aus ökologischen Gründen bis spätestens Ende Februar hätten beendet werden müssen, nicht mehr rechtzeitig fertigzustellen waren. Daher wurden die noch nicht fertiggestellten Umlagerungsarbeiten vor dem Ruder- und Segelverein auf den Herbst/Winter 2017 verschoben. **□**



LEW-Veranstaltungsreihe „Offene Türen“ startet wieder

Welchen Zweck haben Fischtreppen und Fischwanderhilfen? Wie funktioniert ein Wasserkraftwerk? – Auf diese und viele weitere Fragen gibt es auch in diesem Jahr Antworten bei den „Offenen Türen“ der Lechwerke (LEW). Bis Ende Oktober werden insgesamt 14 Veranstaltungen in der Region angeboten. Dabei wartet auf die Besucher ein vielfältiges Programm mit Aktionen und Führungen rund um die Themen Energie, Natur und Umwelt sowie neue Technologien.

Dieses Jahr können Interessierte z. B. einen Blick in die LEW-Netzleitstelle in Augsburg und das LEW Technologiezentrum in Königsbrunn werfen. Wer sehen möchte, wie die Stromversorgung in Bayerisch-Schwaben vor mehr als 90 Jahren aussah, ist bei der Veranstaltung „Wege der Energieentwicklung“ in der LEW Energiewelt richtig: Dort wird ein Stummfilm aus dem Jahr 1926 gezeigt. Und auch die kleinen Besucher kommen nicht zu kurz: Bei der Veranstaltung „Energie für Kinder – Wasserkraft leicht gemacht“ können Kinder zusammen mit dem Naturlehrer Harald Harazit im Lechmuseum in Langweid mithilfe verschiedener Experimente und Spiele spannenden Fragen rund um das Thema Wasser nachgehen. **□**

Vorreiter oder Alleingang

Debatte beim Energiedialog Schwaben 2017 über Deutschlands Weg in der Energiewende

Augsburg. „Wir können fünfmal so viel Wohlstand aus einer Kilowattstunde herausholen wie derzeit. Energieeffizienz ist ein Schlüssel, um unsere Klimaziele zu erreichen.“ Das hat der Klimaexperte und Co-Präsident des Club of Rome, Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, in seiner Keynote beim 4. Energiedialog Schwaben betont. Mehr als 350 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden sowie Bürger aus der Region waren der Einladung zum Dialog nach Augsburg gefolgt.

Die diesjährige Leitfrage lautete: „Klimaschutz durch Energiewende – Wie sinnvoll ist der deutsche Alleingang?“ Die gemeinsame Veranstaltung von IHK und HWK Schwaben sowie Allgäuer Überlandwerke (AÜW), Erdgas Schwaben, Lechwerke (LEW), Präg Energie und Stadtwerke Augsburg informierte über das Vorankommen der Energiewende in Bayerisch-Schwaben. Sie zeigte Beispiele aus der Praxis auf und schlug den Bogen von den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft über die nationale und europäische Energie- und Klimapolitik hin zum internationalen Parkett. Neue Formate wie eine Veranstaltungs-App und ein Live-Stream ins Internet schufen

Möglichkeiten für Interessierte und Teilnehmer, sich aktiv in die Diskussion einzubringen. Der vierte Energiedialog Schwaben fand in den Räumlichkeiten der HWK Schwaben statt. Als Gastgeber begrüßte HWK-Präsident Hans-Peter Rauch. Er betonte die Wichtigkeit des Wissensaustauschs untereinander und verwies auf die Verantwortung der schwäbischen Wirtschaft für den Umweltschutz.

Diskussion per App

Mit einbezogen wurden während des Abends auch die Ergebnisse der Online-Umfrage unter Teilnehmern und Interessierten: Ein Drittel der Befragten hält da-

nach einen deutschen Alleingang beim Klimaschutz für richtig, zwei Drittel sprachen sich dagegen aus. Große Skepsis herrschte bei der Frage, ob Deutschland seine Ziel, bis 2030 die Emissionen von Kohlendioxid um 55 Prozent zu senken, erreichen würde: 16 Prozent der Teilnehmer sagten „ja“, rund 60 Prozent verneinten, der Rest war unentschieden.

Klimaschutz: Deutschland als Vorbild

Durch den Abend führte die Radio- und Fernsehmoderatorin Ursula Heller. Sie moderierte im Anschluss an die Keynote auch die Podiumsdiskussion zu Status und Zukunft des Klimaschutzes und der Energiewende. Damit die Erderwärmung gestoppt werden könne, müsse Deutschland seine Anstrengungen verstärken, betonte Sven Harmeling, klimapolitischer Koordinator von CARE International und Vorstandmitglied von Germanwatch. Er warnte am Abend: „Deutschland kann eine Vorreiterrolle für den internationalen Klimaschutz einnehmen, droht derzeit aber, den Anschluss zu verlieren.“ Er betonte die Bedeutung von gemeinsamen europäischen Klimabestrebungen: „Wir dürfen uns nicht an den Langsamsten orientieren, sondern sollten als gutes Beispiel vorgehen.“

Aus Sicht des Verbraucherschutzes wurden vor allem die Kosten für den Umbau der Ener-

gieversorgung in Deutschland auf dem Podium thematisiert. Heidemarie Krause-Böhm, Leiterin des Referats Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit der Verbraucherzentrale Bayern e.V., plädierte für mehr Gerechtigkeit: „Mit einer effizienteren Förderung sowie der Kürzung von Industrie-Privilegien können die Kosten für die Energiewende, die bisher vor allem Verbraucher und Handel über den Strompreis tragen, gerechter auf alle Schultern verteilt werden.“ Sie verwies darauf, dass Bürger Planungssicherheit ihrer Energiekosten bräuchten. Auch Transparenz sei wichtig. Sie trüge dazu bei, die Akzeptanz von Energiewende und Klimaschutz weiter zu erhöhen.

Wirtschaft: verbindliche Rahmenbedingungen sichern Arbeitsplätze

Auf die Bedeutung des Themas Planungssicherheit wies auch Dr. Ralf Bartels, Abteilungsleiter Energiewende und Nachhaltigkeit der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie, Chemie, hin. „Die Energiewende ist wichtig und richtig. Wir sind zum Erfolg verpflichtet und müssen jetzt das „Wie“ der Ausgestaltung klären.“ Er plädierte für mehr Technologieoffenheit bei der Zukunft der deutschen Energiewirtschaft: „Wir brauchen die Innovationskraft der energieintensiven Industrie, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen.“ Von Seiten der Gesetzgebung brauche es mehr verbindliche Rahmenbedingungen, damit Unternehmen in den Wirtschaftsstandort Deutschland investieren würden. Planungssicherheit schaffe und erhalte hier auch Arbeitsplätze.

Großes Interesse an Praxisbeispielen

Erstmals fanden zusätzlich zur Abendveranstaltung drei Fachpanels zu aktuellen Energiethemen statt. Rund 200 Teilnehmer informierten sich am Nachmittag über die praktische Umset-

zung von intelligenten Speicherlösungen, Energieeffizienz im Unternehmen durch Digitalisierung sowie alternative Konzepte der Wärme- und Kälteversorgung. Die Neuerung wurde von den Eingeladenen gut angenommen, die Plätze waren restlos belegt. □



Wirtschaftsministerin Ilse Aigner:

Kurzbesuch in der ÜZ Lültsfeld

Im Rahmen eines Kurzbesuchs informierte sich die Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner MdL auf Einladung des Vorstandsvorsitzenden der Unterfränkischen Überlandzentrale Lültsfeld eG, Elmar Henke, über die Auswirkungen der Energiewende auf regionale Stromversorger im ländlichen Bereich (unser Bild).

Im Anschluss an die kurze Besichtigung des Firmengeländes standen komplexe energiepolitische Themen im Mittelpunkt der knapp einstündigen Erörterung.

Gerd Bock, geschäftsführender Vorstand der ÜZ, wies mit Nachdruck darauf hin, dass die momentanen Rahmenbedingungen des Energiesektors einen erheblichen Nachteil für Energieversorger im ländlichen Raum darstel-

len. Er forderte die Harmonisierung der Netzentgelte zwischen den vier großen Übertragungsnetzbetreibern in Deutschland, um die Kosten der Energiewende fair auf alle zu verteilen.

Bock umriss ein weiteres Problem: Der Einspeisevorrang von EEG-Anlagen hat zu hohen Ausbauekosten im Verteilnetz geführt. Wenn nun Betreiber von EEG-Anlagen den Strom für den Eigenverbrauch nutzen und in den Aufbau von staatlich geförderten Stromspeichern investieren, werden die getätigten Netzinvestitionen zu Lasten der Solidargemeinschaft der Netznutzer gehen. Bock fordert deshalb ein Umdenken in der Förderpolitik im Sinne einer gezielten Allokation, beispielsweise von Speichern, um tatsächlich weiteren Netzausbau zu vermeiden.

Es sei auch nicht nachzuvollziehen, dass der Gesetzgeber den reinen Energiepreis mit einer Vielzahl von Umlagen und Abgaben befrachtet und am Ende, auf alle Abgaben und Steuern, noch einmal zusätzlich die Mehrwertsteuer erhebt. Hier ist eine Entkernung des Strompreises dringend geboten. □

Empfehlungen an die Bundespolitik

Eckpunktepapier des Deutschen Städtetags zur Strom- und Wärmeeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine der zentralen Herausforderungen der Energiewende. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Stärkung der Energieversorgungsinfrastruktur nimmt sie insbesondere in Städten eine wichtige Rolle ein. Ein aktuelles Eckpunktepapier des Deutschen Städtetags gibt Impulse für die Weiterentwicklung der Energieeffizienz im Gebäudebereich. Es baut auf den vielfältigen Erfahrungen der Städte bei der energetischen Sanierung und beim Neubau energieeffizienter Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude auf und formuliert zentrale Forderungen und Empfehlungen.

Die Neuausrichtung und Harmonisierung des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) sowie der ausführenden Energieeinsparverordnung (EnEV) mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) ist ein wichtiger Baustein zur Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden und zur Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung. Der Deutsche Städtetag setzt sich für eine konsistente, in die Zukunft weisende Rahmensezung ein, die sowohl wirtschaftlich tragfähige, technologieoffene und flexible Standards setzt als auch die effiziente Energieversorgung und -nutzung vor dem Hintergrund der intelligenten Vernetzung und Steuerung von Geräte- und Netzinfrastruktur berücksichtigt.

Für nachvollziehbare Standards

Unter Berücksichtigung der Anforderungen der EU-Gebäuderrichtlinie sollte aus Sicht des Deutschen Städtetags ein ambitionierter, zugleich aber wirtschaftlich und sozialpolitisch vertretbarer Niedrigstenergiegebäudestandard für öffentliche und private Neubauten festgelegt werden. Anforderungen an den Neubau und die energetische Sanierung von Wohngebäuden müssten neben den Klimaschutzziele gleichrangig auch den Bau und die Sanierung bezahlbaren Wohnraums berücksichtigen. Die Standards für den Neubau sollten besser verständlich und damit für die Eigentümer und Bauherren nachvollziehbar sein.

Neben der Steigerung der Energieeffizienz von Einzelgebäuden sollte künftig der Quartierbezug eine zentrale Bedeutung einnehmen. Wie auch schon im KiW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ angelegt, sollte eine integrierte Betrachtung der Anforderungen an die Energieeffizienz und an umweltfreundliche Energieversorgungsstrukturen ein Quartier erfolgen.

Die Anforderungen an die Energieeffizienz und an umweltfreundliche Energieversorgungsstrukturen ein Quartier erfolgen.

Kommune als Moderator

Um große Breitenwirkung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im privaten Gebäudebestand zu erzeugen, ist nach Städtetags-Angaben eine aufsuchende und individuelle Energieberatung und fachliche Begleitung von Sanierungen unerlässlich. Hierzu sollten die Kommunen als moderierende und organisierende Instanz gestärkt und für die Wahrnehmung von Organisations- und Managementaufgaben auch finanziell gefördert werden.

Modulare Lösungen fördern

Die Neuausrichtung der Förderprogramme für energetische Sanierung und Neubau sollte analog zur Harmonisierung der energetischen Standards (EnEV/EEWärmeG) angegangen werden. Die Förderung sollte niederschwelliger und an den Investitionsmöglichkeiten der Hauseigentümer ansetzen, modulare Lösungen fördern und Quartiersanierungen stärker berücksichtigen. Neben einer Kreditverbilligung sollten Förderprogramme einen Investitionszuschuss anbieten.

Laut Städtetag ist die Bedeutung des Nutzerverhaltens in den Regelwerken zur Gebäudeenergieeffizienz bislang nur unzureichend berücksichtigt. Daher sollten die tatsächlich bei der Realisierung von Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen erreichten Energieeinsparungen häufiger untersucht und mit den theoretisch erzielbaren Einsparungen abgeglichen werden, um aus diesen Evaluierungen die Regelwerke sachgerecht weiterentwickeln zu können. **DK**

Wie leistungsfähig ist Ihr Geografisches Informationssystem?

Geodatenmanagement für Stadtwerke und Kommunen über die ÜZ Lültsfeld

Patsch! Das Geräusch klingt wie ein kurzer scharfer Peitschenknall – und schon ist es passiert. Ein ganzer Stadtteil versinkt im Dunkel. Aus der Baugrube wird im Handumdrehen ein See. Oder Internet und Telefon fallen für Stunden, wenn nicht Tage, aus. Das alles passiert, wenn Bagger bei Bauarbeiten Versorgungsleitungen durchtrennen oder beschädigen, weil die exakte Lage der in Jahrzehnten eingebrachten Leitungen, wenn überhaupt dann in Papierform, existiert. Erschwerend kommt dazu, dass nur in Ausnahmefällen die Daten aller Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung stehen. Und dann folgt erst noch der ganze „Rattenschwanz“ an finanziellen und organisatorischen Konsequenzen: wie Schadensbehebung und -bewertung, Versicherungsfragen etc., vom Imageschaden ganz zu schweigen.

Dieses Problem kann jetzt jede Gemeinde mithilfe der Graphischen Datenverarbeitung der Unterfränkischen Überlandzentrale Lültsfeld (Hauptsitz im Landkreis Schweinfurt), kurz ÜZ genannt, leicht lösen. Deren Hauptaufgabe ist dort die Versorgung von mehr als 60.000 Haushalten, Gemeinden und Gewerbebetrieben mit elektrischer Energie. Diese Aufgabe erfüllt das Unternehmen zwischenzeitlich im Kontext mit einer ganzen Reihe weiterer Dienstleistungen rund um die Energieversorgung.

Dazu zählt die Grafische Datenverarbeitung. Ursprünglich zur Dokumentation der eigenen Betriebsmittel eingeführt, arbeitet die GDV in der ÜZ seit 2001 mit einem modernen Geographischen Informationssystem zur digitalen Plan- und Netzdokumentation. Dieses System diente ursprünglich dem eigenen Betrieb zur Bewältigung seiner täglichen Aufgaben. Mit wachsenden Anforderungen an die Abbildung und Auswertung räumlicher Fachdaten ist es in der Zwischenzeit zu einem leistungsfähigen Unternehmensbereich als technischer Dienstleister für viele verschiedene Anwendungen geworden. Das Unternehmen betreut aktuell 39 Kommunen mit deren Bauhöfen und sechs Stadtwerke sowie zwei Zweckverbände – und das hat gute Gründe. Die GDV der ÜZ erfasst und

digitalisiert sämtliche kommunale Fachkataster wie Kanal-, Wasser- und Leerrohmetze. Ergänzend dazu komplettieren Vermessungen aller Art das Angebot. Anschließend bietet das webbasierte GIS Zugriff auf zahlreiche kommunale Fachanwendungen und optimiert verwaltungsinterne Arbeitsabläufe. Die geografischen Basisdaten (ALKIS®) werden dabei quartalsweise durch die ÜZ automatisch aktualisiert.

Ergänzt werden die Fachanwendungen durch mobile GIS-Apps für den Außendienst. So können Mitarbeiter unterwegs On- wie Offline alle GIS-Datenbestände intuitiv abrufen und schnell Entscheidungen fällen. Auch interaktive Apps zur Durchführung wiederkehrender Tätigkeiten wie Spielplatz-, Baum- oder Schachtkontrolle erleichtern die täglichen Arbeiten.

Mit der GIS-Dienstleistung der ÜZ sind Kommunen auf der sicheren Seite. Schluss mit ungewollten Schäden an Stromleitungen, Wasserversorgungseinrichtungen und Telefonnetzen. Zudem bietet die ÜZ ein komplettes Dienstleistungs-Portfolio zum Thema Dokumentation und Geodatenmanagement für Energieversorger und Stadtwerke an. Dazu zählen u. a. die Vermessung der Betriebsmittel, die Digitalisierung analoger Bestandspläne sowie die Datenmigrationen und -veredelung.

Stellenangebot

Das Team der rehm Datenschutz GmbH verfügt über eine hervorragende Expertise und beste Kundenkontakte im Datenschutz-Umfeld. Zusammen mit der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm, dem Marktführer für juristische Fachinformationen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, begleiten wir jetzt auch Kommunen und andere Behörden kompetent und zuverlässig bei der Umsetzung aller relevanten Datenschutz-Vorschriften.

Für die Ausweitung unseres Dienstleistungsangebots auf den öffentlichen Sektor suchen wir Sie als

Junior-Consultant Datenschutz (w/m)

am Standort Siegersbrunn bei München.

Wir bieten Ihnen eine kontinuierliche Wissensentwicklung, Erfahrungsaustausch auf hohem fachlichem Niveau und ein Team, das rundum Freude an der Arbeit hat! Sie erhalten eine fundierte Einarbeitung in die Tätigkeit als Datenschutz-Consultant.

Im Rahmen anspruchsvoller Kundenprojekte warten **vielfältige und abwechslungsreiche Aufgaben** von der **Beratung über Analyse und Weiterentwicklung** bis hin zur **Umsetzung** im Bereich der Datenschutzorganisation von Kommunen und anderen Behörden auf Sie.

Details zum Stellenprofil: www.rehm-datenschutz.de/stellen

Bitte bewerben Sie sich unter Angabe Ihres Gehaltswunsches und Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins per E-Mail unter bewerbung@rehm-datenschutz.de. Fragen beantwortet Ihnen gerne Frau Daniela Duda (Tel. 08102 99199-94).

Bitte schicken Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen nach Möglichkeit als verschlüsselte, passwortgeschützte Zip-Datei und teilen Sie uns eine Telefonnummer mit, unter der wir Ihr Passwort erfragen können.

Wirtschaftswoche im Landkreis Passau:

Wirtschaftsfaktor Nachhaltigkeit

Eine durchweg positive Bilanz zog Landrat Franz Meyer zum Ende der Wirtschaftswoche im Landkreis Passau. Ziel dieser Veranstaltungsreihe, die von ihm ins Leben gerufen wurde, ist es, ein Thema in den Vordergrund zu rücken und mit der Wirtschaft im Gespräch zu bleiben. In diesem Jahr lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Nachhaltigkeit“.

Präsentiert wurde ein reichhaltiges Spektrum: Auf der Agenda standen der CO₂-neutrale Busverkehr, der in Bad Füssing realisiert wird, die Flussperlmuschel, deren Pflege und Lebensbedingungen in der Infostelle in Fürsteneck zu sehen waren, das neue Ökokonto bei Pleinting und der innovative Umgang mit Ressourcen durch den Holzvergaser von Holzenergie Wegscheid. Landrat Meyer zeigte sich beeindruckt von den unternehmerischen Leistungen: „Bildung, Kultur und eine intakte Natur, das sind Standortfaktoren, mit denen der Landkreis Passau punktet – darauf können wir stolz sein.“

E-Busse im Einsatz

Wo das Zusammenspiel von Wirtschaft und Ökologie funktioniert, wurde zunächst in Bad Füssing, dem „Flaggschiff der deutschen Heilbäderbranche“ offenkundig. Bad Füssing ist nicht nur der erfolgreichste und beliebteste Kurort Europas, „er wird bald dank der Elektrobusse auch der leiseste sein“, so der Landrat.

Seit Jahrzehnten ist die Firma Eichberger als Betreiber des Orts- und Bäderverkehrs mit umweltschonender Beförderung befasst. 500.000 Gäste befördert das Unternehmen jährlich allein in und um Bad Füssing, 250.000 Kilometer sind fünf Busse auf vier Li-

nien unterwegs. 2018 werden diese nun komplett auf Elektroantrieb umgestellt.

Eichberger bekam das Vorhaben als Bundes-Pilotprojekt genehmigt, es ist somit ein einmaliges Projekt in Deutschland, denn mit den E-Bussen soll eine weitere Vernetzung der E-Mobilität im Kurort stattfinden – vom E-Bike über E-Taxis, Segways bis zum Carsharing mit E-Autos. In Zusammenarbeit mit Regionalbus Ostbayern wird außerdem der Fahrplan zwischen Bad Füssing und Pocking an die Rottalbahn angepasst, auf der Linie wird ebenfalls der E-Bus im Einsatz sein.

„Zukunft Bad Füssing“

Konkrete Vorschläge liegen mittlerweile auch für die Zukunft Bad Füssings vor. Bereits in den 1980er Jahren rüstete sich der Kurort mit einem langfristig angelegten Maßnahmenpaket und entdeckte, so Bürgermeister Alois Brundobler, den Trend zum sanften Tourismus. Jetzt geht es in die nächste Runde. Wenngleich die Zahl der Gäste von 234.000 im Jahr 2001 auf nun 315.000 gestiegen ist, ist die sinkende Aufenthaltsdauer seit den ersten Gesundheitsreformen Ende der 1990er das Sorgenkind von Kurorten. Neue Zielgruppen werden laut Brundobler benötigt. Diese Zei-

chen der Zeit erkannte der Gemeinderat bereits 2012 und gab die Erarbeitung eines Strategieplans „Zukunft Bad Füssing“ in Auftrag. Beteiligt wurden eine Reihe von Experten aus Landschaftsplanung und Städtebau unter Einbeziehung der Fachstellen wie Naturschutz und Wirtschaftsförderung aber auch die Bevölkerung, die Hotellerie und die Geschäftswelt.

Natur als zweites Standbein

Laut Untersuchung braucht Bad Füssing „ein zweites Standbein“, denn: Weit über die Hälfte der Besucher von mindestens sechsmal in Bad Füssing zur Erholung, während nur zehn Prozent erstmals einen Bad-Füssing-Urlaub buchten. Das ist auf Dauer zu wenig, zumal die derzeitige Altersstruktur 51 Prozent über 70-Jährige und nur 10 Prozent unter 60-Jährige ausweist.

Das zweite Standbein liegt vor der Haustür und heißt: Natur. Der Slogan Bad Füssings „...wirkt und wirkt...“ hat ausgedient und wird ersetzt durch „Bad Füssing - der ganze Mensch“, verfolgt also den ganzheitlichen Ansatz. Heilwelt, also das berühmte heilende Wasser, trifft die heile Welt – das ist Motto künftiger Maßnahmen. Gerade hier liege viel Potenzial brach, stellten die Experten fest. So fehlten zum Beispiel in den Innauen „Leuchtturmprojekte“ wie einfach zu realisierende Wegeverbindungen oder eine spektakuläre Aussichtsplattform am Inn, um die heile

Welt sichtbar und erlebbar zu machen.

Man sieht sie nicht, aber man merkt es, wenn sie nicht mehr da ist. Die Flussperlmuschel ist ein hochsensibles und anspruchsvolles Lebewesen, das sich nur mit bestem Wasser und einem funktionierenden Ökosystem in der Umgebung zufrieden gibt. Diese Lebensbedingungen herrschen an der Ilz, weshalb Nachzucht und Auswildern der Flussperlmuschel als Projekt des Bundesumweltministeriums mit erheblichen Mitteln gefördert wird.

Ein starkes Stück Natur wie dieses, dessen Lebensraum sich über die Landkreise Passau, Freyung-Grafenau und Regen erstreckt, dient nicht nur der Erhaltung einer vom Aussterben bedrohten Lebensart, sondern auch Einheimischen und Touristen. Somit ist intakte Natur ein „zentraler Standortfaktor“, untersticht Landkreischef Meyer. Er erklärte das Flussperlmuschelprojekt zu einem „der großen Leuchttürme unserer Region“. Dies solle selbstbewusst dargestellt werden.

Beim Besuch der „Holzenergie Wegscheid GmbH“ in Sonnen mit einer Vorfüranlage in Wegscheid würdigte der Landrat die Innovationskraft der Region, was sich gerade an einem Unternehmen wie der „Holzenergie Wegscheid“ zeige, das den nachwachsenden Rohstoff Holz und modernste Holzvergaser so verbunden habe, dass daraus ein „Global Player“ geworden sei.

Impulsgeber LfA

Die Anwesenheit des Vorstandsmitglieds Hans Peter Göttler von der LfA Förderbank nutzte Franz Meyer zu folgender Feststellung: „Für die Wirtschaft im Landkreis Passau ist die LfA ein wichtiger Impulsgeber. Mit dem Förderangebot konnten die Unternehmen in unserer Region allein in 2016 Investitionen in Höhe von gut 35 Millionen Euro finanzieren. Bezogen auf die letzten drei Jahre summiert sich das Investitionsvolumen der über 300 geförderten Unternehmen auf rund 152 Millionen Euro. So konnten über 10.100 Arbeitsplätze gesichert und über 200 neue Stellen geschaffen werden. Das wollen wir fortsetzen. Deshalb pflegen wir unsere Partnerschaft mit den Finanzierungspartnern der Unternehmen und verbessern die Rahmenbedingungen für Wachstum und Investitionen der mittelständischen Wirtschaft in unserem Landkreis weiter.“

Ausdrücklich würdigte der Landrat den konsequenten Ansatz der LfA, bei der Förderung die Zukunftsfähigkeit der Investitionen in den Mittelpunkt zu stellen und so auch langfristig zum Erfolg der Wirtschaftsregion Landkreis Passau beizutragen.

Messe „ausblick“

Höhe- und Schlusspunkt der Wirtschaftswoche im Landkreis Passau war die Messe „ausblick“. Rund 120 Firmen aus der Region präsentierten sich und ihr Angebot und stellten damit eine „vitale, ideenreiche und zukunftsgerichtete Wirtschaftsregion“ dar, wie Landkreischef Meyer hervorhob.

Festredner Landwirtschaftsminister Helmut Brunner verwies auf die positiven Kennzahlen Niederbayerns – eine Leistung vor allem der kleinen und mittelständischen Betriebe aus Handel, Handwerk, Tourismus und Landwirtschaft. Staatliche Förderungen, wie die angekündigte Eröffnung einer Zweigstelle der Landesanstalt für Landwirtschaft in Ruhstorf entfalteten ebenfalls „nachhaltige Wirkung“.

Die Messe „ausblick“ wurde vom Wirtschaftsförderungsverein Ruhstorf in Kooperation mit dem Landkreis Passau veranstaltet, Kooperationspartner waren Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer. **DK**



Brauerei-Geschäftsführer Michael Mayer erläuterte die Produktionsanlagen: In der Mitte Innenminister Joachim Herrmann, vorne links MdB Ulrich Lange und die Oettinger Bürgermeisterin Petra Wagner.

Schwaben, Mittelfranken und Ostalbkreis:**Regionale Zusammenarbeit zwischen CSU und CDU**

CDU und CSU aus Schwaben, Mittelfranken und dem Ostalbkreis wollen die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen und für „weitere Vernetzung“ nicht nur der Verkehrswege, sondern auch bei der Bekämpfung der Kriminalität sorgen. Darin waren sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange, der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende und Innenminister Joachim Herrmann sowie der CDU-Kreisvorsitzende des Ostalbkreises, Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter, bei einem Treffen in den Räumern der Oettinger Brauerei einig.

Als Beispiele für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperation nannte der heuer als Gastgeber fungierende CSU-Kreisvorsitzende aus Donau-Ries, Ulrich Lange, die Fortschritte bei der polizeilichen Zusammenarbeit, wo die Union sich „mühsam gegen die SPD durchsetzen konnte“ sowie Ergebnisse bei der Umsetzung des BVWP 2030.

Lange, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nannte u. a. die wichtige Netzverbindung zwischen Augsburg und Stuttgart mit dem Ausbau der Bundesstraße 29. Dieser war von Grün-Rot auf der baden-württembergischen Seite nicht gewollt und – so der CDU-Vorsitzende aus dem Kreis Ostalb, Roderich Kiesewetter – dessen ursprüngliche Abstufung von dort „als Erfolg“ gefeiert worden, was einen Stillstand bis 2014 bedeutet habe. Es sei dem verkehrspolitischen Sprecher der Union zu verdanken, dass Teile der Planungen inzwischen wieder im vordringlichen Bedarf eingestuft sind.

BVWP 2030

„Viele Gemeinden und Städte profitieren inzwischen von den fertig gestellten Ortsumgehungen, weitere sind in Planung“, so Innenminister Joachim Herrmann. Der BVWP 2030 enthalte bayerische Straßenprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 18,5 Milliarden Euro. Für die Bundesfernstraßen stünden allein im laufenden Jahr insgesamt über 1,5 Mrd. Euro bereit, davon rund 1,3 Mrd. Euro für Investitionen. Außerdem investiere der Freistaat 270 Mio. Euro in die Staatsstraßen, „so viel wie noch nie“.

Ulrich Lange gab einen Überblick über Bauprojekte an den Bundesstraßen 25, 2 und 466 in der Region und stellte auch erste Ergebnisse der im Herbst 2016 eingesetzten „Task Force“ zur verbesserten Schienenanbindung Nordschwabens vor, wonach es ab Dezember 2017 zusätzliche und schnellere Verbindungen nach München und Nürnberg geben werde. „Die Bahnverbindungen im Landkreis Donau-Ries werden sich spürbar verbessern.“

Als ein Beispiel funktionierender grenzüberschreitender Regionalentwicklung nannte der Ansbacher Landrat Dr. Jürgen Ludwig die neue Luftrettungsstation Sinbronn mit 1.684 Hubschrauber-Einsätzen in 2016. Beim Thema „Sicherheit“ berichtete Udo Dreher vom CSU-Arbeitskreis

„Polizei und Innere Sicherheit“ von einer guten Zusammenarbeit im „kriminalgeografischen Raum“ der Polizeipräsidien Schwaben-Nord, Aalen und in Mittelfranken. **pmw**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungsweise und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Zum 65. Geburtstag von OB Gabriele Bauer:**Verlässlichkeit im Dialog**

„Seit 15 Jahren trägst Du als Oberbürgermeisterin Verantwortung für die Stadt Rosenheim und ihre Bürgerinnen und Bürger und das mit vollem Engagement. Unter Deiner Führung hat sich das wirtschaftlich starke Oberzentrum in Südbayern prächtig weiterentwickelt.“ Mit diesen Worten gratulierte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann der Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Gabriele Bauer, zu deren 65. Geburtstag am 12. April.

An der Spitze der kreisfreien Stadt in Oberbayern sei es Bauer gelungen, die Vielfalt der Bildungslandschaft noch weiter auszubauen. Dabei habe sie die städtischen Finanzen ständig im Blick und meistere auch mit Erfolg, diese zu konsolidieren, unterstrich der Kommunalminister. „Du hast die wirtschaftliche Stärke der Stadt nicht nur erhalten, sondern trägst entschieden dazu bei, dass es der Stadt auch in Zukunft gut geht. Das sind nur einige der wichtigen Anliegen, für die Du Dich mit Erfolg tatkräftig und kompetent einsetzt. Dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern räumst Du dabei einen hohen Stellenwert ein“, lobte Herrmann.

Gemeinsame Konzepte

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern Konzepte für die Zukunft Rosenheims zu entwickeln, ist für Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer selbstverständliche Verpflichtung. Geboren wurde das Stadtoberhaupt in Schwerin; seit 1972 lebt die Jubilarin in Rosenheim. Nach dem Tod ihres Mannes übernahm sie Führungsaufgaben in einer internationalen Spedition, Schwerpunkt Auslandsgeschäft und Niederlassungen. Von 1994 bis 2003 war Gabriele Bauer Mitglied des Bezirkstages von Oberbayern. 2002 wurde sie zur Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim gewählt. Als stellvertretende Landesvorsitzende ist sie gern gesehener Gast bei den Sitzungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV).

Verlässlichkeit im Dialog ist für Gabriele Bauer gerade in der Kommunalpolitik ein hohes Gut.

Aus ihrer Sicht sind alle aufgerufen, eine Kultur des friedlichen und aufgeschlossenen Miteinanders zu pflegen und weiterzuentwickeln. Bürgersinn müsse weiter einen höheren Stellenwert haben als die Durchsetzung von Partikularinteressen, gelebte Solidarität müsse das Markenzeichen



Gabriele Bauer.

in der Stadt bleiben und sachliche Auseinandersetzungen statt Streit um des Streites willen sollten auch in Zukunft die Debatten kennzeichnen, so der Wunsch der Rathauschefin.

„Gerade wir an der kommunalen Basis, in Städten mit hohem bürgerschaftlichen Engagement und einem starken Gefühl der Zusammengehörigkeit, haben es selbst in der Hand, immer wieder an den Fundamenten des gesellschaftlichen Grundvertragens zu arbeiten“, ist OB Bauer überzeugt. Dazu gehöre, dass alle relevanten Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich gemeinsam für eine gute Zukunft der Stadt einsetzen. **DK**

„Wir haben so viel in unserer Heimatstadt Rosenheim, auf das wir alle miteinander stolz sein können und das wir durch Zukunftsinvestitionen ausbauen und sichern wollen – ich denke hier an unsere Bildungslandschaft von der renommierten Hochschule über unsere anerkannt ausgezeichneten Schulen bis hin zu einem ausdifferenzierten, modernen und bedarfsgerechten Angebot an Krippen und Kindertagesstätten. Hier lohnt es sich, weiter in die Modernisierung von Gebäuden und Sachausstattung sowie in den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten zu investieren.“

Erfolgskriterien

Basis des Rosenheimer Wohlstands sei eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur und ein Branchenmix, der – wie gerade die Jahre der Finanzkrise gezeigt hätten – so manche Erschütterung abfedern kann, erklärt die Oberbürgermeisterin. Damit aber die Arbeitsplätze sicher bleiben und neue geschaffen werden können, müssten der strukturelle Wandel, die Ausweisung von Gewerbeflächen und eine aktive Standort- und Ansiedelungspolitik weitergehen. Bauer: „Wir dürfen uns nicht in der vermeintlichen Gewissheit der Attraktivität unserer Stadt ausruhen. Wir müssen Standortchancen am Schopf packen, wenn sie sich bieten.“

Die innerstädtischen Bahnflächen stellten eine solche Chance dar. „Unser Ehrgeiz muss darauf gerichtet sein, hier Konzepte zu verwirklichen, die möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen, neue Werteschöpfungspotentiale für Rosenheim heben und von einem möglichst breiten Konsens in der Stadtgesellschaft getragen sind“, betont Gabriele Bauer. Ihr Name steht für zeitgemäße und wertorientierte Politik im besten Sinne. **DK**

Verleihung des Heimatpreises Oberbayern:

Brauchtumpflege als Teil modernen Lebensgefühls

Acht Institutionen und Vereine wurden in Rosenheim von Heimatminister Markus Söder mit dem „Heimatpreis Oberbayern“ ausgezeichnet. Zu den Geehrten zählen das Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern, der Volksmusiktag/Kulturverein Mittendrin, der Bayernbund, die Keferloher Freunde, die Froschhamer Zunft, der Gebirgs- und Volkstrachtenverein „Imltaler“, die Tölzer Leonhardifahrt sowie die Herzogstadt Burghausen.

Wie Söder in seiner Laudatio ausführte, „verbinden wir in Bayern Welftoffenheit, Fortschritt und Traditionsliebe miteinander. Die Preisträger stehen dafür, dass Brauchtumpflege auch im Zeitalter der Digitalisierung Teil des modernen Lebensgefühls ist. Die Attraktivität der bayerischen Heimat für die Bewohner in allen Landesteilen zu erhalten und zu stärken, ist die zentrale Aufgabe für das bundesweit einzigartige Heimatministerium.“

Volksmusikarchiv

Das Volksmusikarchiv des Bezirks Oberbayern widmet sich einer vorbildlichen Sammlung und Dokumentation von Volkskultur. Hierdurch ist inzwischen eine herausragende Informations- und Arbeitsstelle für alle Erscheinungsformen der regionalen Musiktradition entstanden. Die umfangreichen Bestände des Volksmusikarchivs bewahren u.a. rund 140.000 Lieder und rund 300.000 Melodien. Das Archiv dient der Dokumentation und Forschung und bildet eine wichtige Grundlage der Volksmusikpflege.

Beim Volksmusiktag Mittendrin aus Eichstätt handelt es sich um eine erfolgreiche Kultur- und Heimatinitiative. Zum 4. Volksmusiktag Mittendrin vom 14. bis 16. Juli 2017 in Eichstätt werden über 800 Musikanten und 1.000 Besucher erwartet. Der Verein leistet einen wertvollen Beitrag zum öffentlichen kulturellen Leben in Eichstätt - ganz unter dem Motto „Mitsingen, mittanzeln und mitspielen - mittendrin in Eichstätt“.

Vertieftes bayerisches Geschichts- und Staatsbewusstsein, die Bewahrung der christlich-abendländischen Tradition sowie die Erhaltung der heimischen Kultur und Sprache aller Stämme sind Ziele des Traditionsvereins

Bezirk Niederbayern:

20 Jahre KULTURmobil

Mit zwei neuen Produktionen wartet die Jubiläumstournee 2017 des fahrenden Profitheaters KULTURmobil des Bezirks Niederbayern auf: Zum einen mit der Uraufführung des Kinderstücks „Ein Glückskind namens Hans“ sowie mit einer neuen Spielfassung des Romanklassikers „Der Meister und Margarita“ von Michail Bulgakow als Abendstück.

Autor und Regisseur Konstantin Moreth inszeniert in diesem Jahr seine eigene dramatische Version des „russischen Faust“, wie „Der Meister und Margarita“ oft bezeichnet wird. Die Romanvorlage entstand in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und beschreibt in einer fantastischen, satirischen und witzigen Weise das Leben in Moskau in dieser Zeit. Es ist ein Plädoyer für die Freiheit des Einzelnen und der Kunst.

Lieder, Witz und Poesie

Im Nachmittagsstück für Kinder ab sechs Jahren inszeniert Mirijam Kälberer „Ein Glückskind namens Hans“, ein Theaterstück, das sie nach dem Märchen „Hans im Glück“ der Brüder Grimm geschrieben hat. Mit Liedern, Witz und Poesie werden die großen Fragen des Lebens kindgerecht verhandelt.

Das fahrende Profitheater erreichte mit rund 580 Gastspielen und über 1.200 Vorstellungen bisher ca. 350.000 Zuschauer. Die Premiere geht am 25. Juni 2017

Bayernbund e.V. Er unterstützt die Brauchtumpflege und das Brauchtum sowie den Landschafts- und Naturschutz. Zudem setzt sich der Verein für die Stärkung der föderativen Ordnung in Deutschland und die Förderung eines Europas der Regionen mit entsprechenden verfassungsmäßigen Organen ein. Der Dialektpflege diente das Projekt „Freude an der Mundart wecken“ in einer Reihe von Kindergärten und Schulen. 2014 hatte der Bayernbund dieses Projekt mit dem Titel: „MundART WERTvoll“ in das Wertebündnis Bayern eingebracht, das 2016 erfolgreich abgeschlossen wurde.

Landesvorsitzender Adolf Dinglreiter bedankte sich bei der Übergabe des Bayerischen Löwen mit dem Versprechen, dass sich der Bayernbund mit all seinen Mitgliedern auch fortan für bayerische Belange einsetzen wird.

Keferloher Freunde

Die Keferloher Freunde organisieren und koordinieren den Keferloher Montag, der auf eine über 1050-jährige Geschichte zurückblickt. Im Jahr 955 fand erstmalig der Keferloher Montag als Viehmarkt statt. Seit dem 11. Jahrhundert ist der „Keferloher“ ein Markt mit Volksfestvergnügen. Zwischenzeitlich war er der größte und wichtigste Pferde- und Viehmarkt des Oberlandes und gleichzeitig Feiertag der Bauern. Die Keferloher Freunde ließen die alte Keferloher Tradition aufrechterhalten.

Bei der Froschhamer Zunft handelt es sich um den ältesten durchgängig aktiven, privaten sozialen Verein Bayerns. Vor allem Bauern aus Froschham schlossen sich bereits 1453 zu einer Gemeinschaft zusammen, die neben religiösen Pflichten auch gegen-

Herzogstadt Burghausen

Ein Beispiel für langjährig erfolgreiches „Heimatmarketing“ ist der Verein „Herzogstadt Burghausen“ mit seinen über 650 Mitgliedern. Beeindruckend ist die Nachstellung des historischen Lebens zur Regierungszeit des Herzogs Wilhelm IV. in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Bereits seit 1913 lädt der Verein immer am zweiten Wochenende im Juli für drei Tage zum Fest auf die Burg Burghausen ein. Dort wird das gesamte Spektrum des mittelalterlichen Lebens so authentisch wie möglich nachgespielt. Das Burghausener Burgfest mit rund 1.500 Beteiligten ist Markenzeichen der Stadt und hat sich zu einem der größten Mittelalterspektakel Bayerns entwickelt.

Illustre Talkrunde

Der Preisverleihung war eine Talkrunde mit Minister Söder, Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Bezirksstadtspräsident Josef Mederer, Sternkoch Alfons Schuhbeck und „La Brass Banda“-Sänger Stefan Dettl vorangegangen. Auf die Frage, was ihnen Bayern bedeutet und was dieses Land eigentlich ausmacht, meinte Markus Söder, dass Bayern nicht nur für ihn die optimale Verbindung von Menschlichkeit und Fortschritt bedeute. Seinen Heimatbegriff definierte der Minister wie folgt: „Heimat ist der Anker - da gehört man hin.“

Erfolgsprojekt

Intendant und Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder freut sich auf sein Jubiläumsprogramm: „Wir erzählen große Geschichten aus bekannten Büchern. Wir tun dies bewusst jenseits digitaler Welten und sind dennoch aktuell. Wir schicken unser Theater hinaus ins ländliche Niederbayern, spielen unter freiem Himmel auf Märkten und Plätzen oder bei Regen ganz pragmatisch in Feuerwehrräumen oder Bauhöfen. Das ist es, was KULTURmobil auszeichnet und seit 1998 zu einem Erfolgsprojekt werden ließ: Welt-Bühnenliteratur auch für kleine Ortschaften.“ DK

seitige Hilfe in den Vordergrund stellte. Die Froschhamer Zunft unterstützt seit knapp 600 Jahren in der Region Bad Reichenhall Bedürftige finanziell und praktisch. Daneben tritt der Verein für den Erhalt des historischen Kreuzganges St. Zeno als Kulturjuwel aus dem 12. Jahrhundert ein.

Der Gebirgs- und Volkstrachtenverein „Imltaler“ steht für Tracht und Brauchtum mit viel Idealismus und Leidenschaft. Der 1926 von Mitgliedern des damaligen Theatervereins „Gmütlichkeit Pfaffenhofen“ gegründete Verein trägt neben der Miesbacher Tracht inzwischen auch die Holledauer Volkstracht. Markenzeichen des Trachtenvereins sind neben den beiden bayerischen Trachten lebendiges und gelebtes Brauchtum sowie Geselligkeit. Schuhplattler und Volkstänze sowie das Brauchtum im Jahreslauf werden an junge Leute weitergegeben. Altes Handwerk wird durch das Fertigen von Miedern, Riegelhauben und Klosterarbeiten belebt.

Ein beeindruckender Ausdruck des aktiv gelebten katholischen Christentums in Bayern ist die Tölzer Leonhardifahrt. Zu Ehren des heiligen Leonhard von Limoges ist sie außerdem ein Muss für Pferdeliebhaber und Freunde der Tracht. Erstmals wurde sie im Jahr 1772 beurkundet und ist damit eine der ältesten Traditionen ihrer Art in Bayern. 2016 wurde die Tölzer Leonhardifahrt in die Verzeichnisse des Immateriellen Kulturerbes Bayerns und Deutschlands eingetragen.

Herzogstadt Burghausen

Ein Beispiel für langjährig erfolgreiches „Heimatmarketing“ ist der Verein „Herzogstadt Burghausen“ mit seinen über 650 Mitgliedern. Beeindruckend ist die Nachstellung des historischen Lebens zur Regierungszeit des Herzogs Wilhelm IV. in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Bereits seit 1913 lädt der Verein immer am zweiten Wochenende im Juli für drei Tage zum Fest auf die Burg Burghausen ein. Dort wird das gesamte Spektrum des mittelalterlichen Lebens so authentisch wie möglich nachgespielt. Das Burghausener Burgfest mit rund 1.500 Beteiligten ist Markenzeichen der Stadt und hat sich zu einem der größten Mittelalterspektakel Bayerns entwickelt.

Illustre Talkrunde

Der Preisverleihung war eine Talkrunde mit Minister Söder, Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, Bezirksstadtspräsident Josef Mederer, Sternkoch Alfons Schuhbeck und „La Brass Banda“-Sänger Stefan Dettl vorangegangen. Auf die Frage, was ihnen Bayern bedeutet und was dieses Land eigentlich ausmacht, meinte Markus Söder, dass Bayern nicht nur für ihn die optimale Verbindung von Menschlichkeit und Fortschritt bedeute. Seinen Heimatbegriff definierte der Minister wie folgt: „Heimat ist der Anker - da gehört man hin.“

Während Gabriele Bauer besonders die bayerische Toleranz hervorhob, verwies Alfons Schuhbeck auf den kulinarischen Reichtum des Landes. Josef Mederer freute sich seinerseits über die sprachlichen Unterschiede der verschiedenen Regionen und rief dazu auf, wieder mehr Dialekt zu sprechen. Stefan Dettl wiederum konnte nicht beschreiben, was Heimat für ihn persönlich bedeutet, denn: „Das ist ein Gefühl!“ DK

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wie wird das weitergehen? Dürfen Babys in Zukunft nur noch werktags von 7:30 bis 17:30 Uhr zur Welt kommen, samstags bis 12:30 Uhr?“ Mein Chef, der Bürgermeister, spießte eine Meldung auf, wonach die organisierte Hebammenschaft die Deutschen dazu aufgerufen hat, während der Osterfeiertage keine Kinder zu zeugen. Diese kämen dann nämlich zu Weihnachten auf die Welt und würden die Feiertagsdienstpläne der Hebammen arg durcheinander bringen.

Nun habe ich dieses Statement der Hebammen eher als auftrübenden Hilferuf und Verweis auf ihre prekäre berufliche Situation verstanden, denn als Ausdruck gewerkschaftlicher Forderungen nach geregelten Arbeits- und Ruhezeiten. Schließlich ist es ja doch seltsam, dass ein Gesundheitssystem, das zu Recht stolz darauf ist, noch 95-Jährigen eine Hüft-OP oder ein neues

nicht mehr nur auf Europa, Nordamerika oder Japan beschränkt, sondern auch große Schwellenländer wie Russland, Brasilien und vor allem China voll erwischt hat. Im Wesentlichen haben nur noch Indien sowie die afrikanischen Länder ein nennenswertes Bevölkerungswachstum und in etwas mehr als einem Jahrzehnt werden in Indien mehr aktiv am Arbeitsleben teilnehmende Menschen leben als in China. Muss man sich mal vorstellen.

Noch dramatischer ist es ja bei uns in Deutschland, da sich hier ja seit vielen Jahren zu geringe Geburtenraten mit einer erfreulich steigenden Lebenserwartung paart. Da die so genannten Babyboomer, also die geburtenstarken Jahrgänge, die es selbst mit dem Nachwuchs nicht so ernst nahmen, demnächst einer nach dem anderen in Rente geht, wird die Zahl der im Arbeitsleben stehenden Menschen von jetzt rund 53 Millionen um fünf Millionen sinken. 2060 werden es dann 15 Millionen weniger sein – ein schlankes Viertel der Arbeitnehmer ist dann weg.

Das kann man zum Teil mit einer höheren Erwerbsquote der Frauen kompensieren, man müsste durch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit gegensteuern, Einwanderung hilft auch, aber um die negativen Folgen wie sich abschwächendes Wirtschaftswachstum, explodierende Sozialausgaben und steigende Staatsschulden werden wir wohl nicht rumkommen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist und bleibt Optimist. Noch immer hat es die Menschheit und haben es zuvörderst wir Deutsche verstanden, in einer misslichen Situation eine Lösung zu finden. Und sagen nicht alle Statistiken, dass wieder mehr Kinder bei uns geboren werden? Eben. Vielleicht gelingt es ja auch nach der Bundestagswahl parteiübergreifend den Überbietungswettbewerb der Sozialpolitiker zu stoppen und die notwendige Rente mit 69 durchzusetzen? Gegen diesen Rationalismus setzte ich die Poesie Dante Alighieris: „Drei Dinge sind uns vom Paradies übrig geblieben: Die Sterne, die Blumen und die Kinder.“

Globale Revolution mit Folgen

Kniegelenk zu bezahlen ausgerechnet denen eine lange Nase dreht, die unsere Kinder – und damit nach landläufigem Politsprech unsere Zukunft – mit auf die Welt bringen helfen. Ich halte es jedenfalls für legitim danach zu fragen, warum ausgerechnet dieser Berufsstand so schlecht bezahlt wird, so ungünstige Arbeitsbedingungen hat und dann noch als Selbstständige keine Unterstützung bei der Finanzierung der (wohl gerechtfertigt) hohen Haftpflichtpolice bekommt, obwohl unser Staat doch sonst ungeniert der Subventionitis frönt.

Die Wortmeldung der Hebammen hatte auch deshalb eine gewisse Aktualität, weil sich in den vergangenen Tagen klammheimlich eine globale Revolution ereignete, die nicht unmittelbar zu spüren war, aber erhebliche Auswirkungen auf uns alle haben wird: An einem der vergangenen Tage kippte die globale Demographie und es leben seither erstmals in der Menschheitsgeschichte mehr Menschen auf der Erde, die über 65 Jahre alt sind als solche, die fünf Jahre oder jünger sind. Das klingt jetzt vielleicht im Vergleich zur Oktoberrevolution oder Maos Langem Marsch nicht spektakulär, ist es aber. Das heißt nämlich, dass die Überalterung der Gesellschaften sich

Geothermie Holzkirchen:

Die Zweite Bohrung übertrifft alle Erwartungen

Die Gemeindewerke Holzkirchen stellten erfolgreich ihre 2. Tiefbohrung fertig. 50 Liter pro Sekunde und 150 Grad Celsius legen eine ausgezeichnete Grundlage für zukünftige Strom- und Wärmeversorgung der Gemeinde.

Dr. Erwin Knapek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie e.V. (BVG), freut sich über die guten Nachrichten aus Holzkirchen: „Innovationsgeist wird belohnt. Das Projekt in Holzkirchen darf sich über eine fundige Bohrung mit sehr hohen Temperaturen freuen. Die nun abgeschlossenen Fördertests haben gezeigt, dass regenerative und umweltfreundliche Strom- und Wärmegewinnung aus Tiefer Geothermie auch weit im Münchner Süden erfolgreich ist. Das heißt auch die umliegenden Gemeinden können jetzt auf Energie aus Tiefe Geothermie setzen.“

Ressourcen nutzen

Im Juni 2016 war die erste Bohrung in Holzkirchen fündig. In 5.600 Metern Tiefe hatte das Vorhaben 140 Grad heißes Wasser mit einer Fließrate von 60 Litern pro Sekunde gefunden. Im Anschluss daran wurde die zweite Bohrung gestartet. Nachdem sich der Rohrstrang der zweiten Bohrung im September 2016 festgesetzt hatte, wurde der im Oktober gestartete Side Track in der zweiten Bohrung jetzt erfolgreich abgeschlossen.

Die Bohrungen in Holzkirchen zeichnen sich gegenüber

oder 25.000 Fässer Erdöl werden so jährlich vor Ort eingespart.

Knapek sieht im erfolgreichen Abschluss des Projekts ein wichtiges Signal: „Geothermieanlagen bieten auf Jahrzehnte hinaus eine stabile Energieversorgung und stehen für aktiven Klimaschutz. Sie liefern passgenau lokal Wärme und Strom. Umso entscheidender ist es daher, dass die bayerische Ressource Tiefe Geothermie intensiver genutzt wird. Sie vermeidet Stromtrassen und sollte noch deutlich stärker als bisher in die Energieende-Pläne des Landes eingebunden werden.“ □



Innovationsgeist wird belohnt: Erfolgreicher Abschluss der Geothermiebohrung in Holzkirchen. □

the Sabrina

Wohnortnahe Hilfe in seelischen Notlagen

Krisendienst Psychiatrie im Südwesten Oberbayerns seit 1. April erreichbar

0180 / 6553000 – täglich von 9 bis 24 Uhr: Der Krisendienst Psychiatrie ist seit 1. April im Südwesten Oberbayerns erreichbar. Die Bürgerinnen und Bürger der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau und Landsberg am Lech können dort schnelle, wohnortnahe Hilfe in seelischen Notlagen erhalten. Bei Bedarf sind in einer Stunde Krisenhelfer vor Ort, um akut belasteten Menschen beizustehen.

Bezirkstagspräsident Josef Mederer nannte das neue Angebot bei einem Pressegespräch im Landratsamt Bad Tölz einen Meilenstein für die wohnortnahe Versorgung psychiatrischer Notfälle. Der Bezirkstag von Oberbayern achtet darauf, „dass die Lebensverhältnisse in Stadt und Land gleichwertig sind. Mit dem Krisendienst für ganz Oberbayern können jetzt endlich auch Menschen in akuten seelischen Krisen, die nicht in München leben, einen Hilferuf an eine Fachstelle richten.“

Die Betroffenen werden bei Bedarf in passende Hilfeangebote vermittelt – mit der bestmöglichen Wohnortnähe. „Dadurch machen wir hoffentlich viele Polizeieinsätze in akuten Krisensituationen überflüssig“, sagte Mederer weiter. „Das Wichtigste ist: Bloß nicht zu lange warten, bis man sich in einer Krise Hilfe holt.“

Der Bezirk Oberbayern investiert rund 7,4 Millionen Euro

pro Jahr in Aufbau und Betrieb des Krisendienstes Psychiatrie. Ausgelegt ist das Angebot auf jährlich bis zu 20.000 Anrufe aus ganz Oberbayern. Unter 0180/6553000 nimmt die Leitstelle täglich von 9 bis 24 Uhr die Anrufe entgegen. Sie ist von Dr. Michael Welschhold geführt und für die Erstberatung mit der Koordinierung geeigneter Hilfen zuständig.

Zentrale Lotsenfunktion

„Bei uns liegt die zentrale Lotsenfunktion“, erklärte der Psychiater. „Wir hören zu, deeskalieren, beraten und vermitteln. Die Betroffenen wissen in ihrer Not am wenigsten, wo es passende Hilfe gibt.“ Denn: „Mit rechtzeitiger, verbindlich verfügbarer professioneller Hilfe können Eskalation und Gefährdung abgewendet werden.“

In den Landkreisen sind für die Krisenintervention unter anderem die Sozialpsychiatri-

schen Dienste (SpDi) zuständig. Dort sind auch die mobilen Einsatzteams für die Hausbesuche angesiedelt. Je nach Bedarf erfolgt die Krisenhilfe in Form von kurzfristig vereinbarten ambulanten Beratungsterminen beim regional zuständigen SpDi, Kriseneinsätzen vor Ort oder ambulanter beziehungsweise stationärer klinisch-psychiatrischer Behandlung.

Ambulante Termine

Kooperationspartner für die medizinisch-psychiatrische Behandlung sind die Psychiatrischen Institutsambulanzen sowie die stationären Behandlungsangebote an den kbo-Lech-Mangfall-Kliniken mit den Standorten Agatharied, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech und Peißenberg. „Um in Notfällen schnelle Hilfe gewährleisten zu können, bieten wir außerhalb unserer stationären Hilfeangebote den betroffenen Patienten innerhalb von 24 Stunden ambulante Termine an, die ausschließlich über die Leitstelle des Krisendienstes vermittelt werden“, sagte Klinik-Geschäftsführer Gerald Niedermeier.

Der besondere Schwerpunkt liegt in der aufsuchenden Krisenhilfe. Ein Vor-Ort-Einsatz kann auch präventiv erfolgen, um die Zuspitzung einer Krise abzuwenden. Nach den bisherigen Erfahrungen des Krisendienstes in München ist bei etwa sieben Prozent der Krisenfälle ein Hausbesuch erforderlich. Die Einsatzteams, die für die Hausbesuche ausrücken, haben werktags von 9 und 21 Uhr

Rufbereitschaft, an Feiertagen und Wochenenden von 13 bis 21 Uhr.

Netzwerkpartner im Südwesten Oberbayerns sind unter anderem die Herzogsägmühle Peiting der Inneren Mission München sowie die regionalen Caritasverbände. Laut dem Caritas-Kreisgeschäftsführer von Bad Tölz, Wolfgang Schweiger, verbessert sich künftig die Versorgung von Menschen in seelischer Not insbesondere an Abenden, Feiertagen und Wochenenden. „Das ist eine Bereicherung für die Betroffenen“, sagte Schweiger. „Die Krisendienstkräfte kennen sich gut mit allen psychiatrischen Krankheitsbildern aus und können in Akutsituationen deeskalierend unterstützen.“

Deeskalation und wohnortnahe Hilfe: Diese Erwartung haben auch Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung und deren Angehörige. Bettina Laemmert ist Mutter eines psychisch kranken Sohnes und leitet in Geretsried eine Angehörigengruppe; Christel Hansing ist Psychiatrie-Erfahrene und langjährige Vorsitzende der Selbsthilfegruppe Montagsclub in Bad Tölz. Beide Frauen hoffen jetzt auf einen humaneren und gelasseneren Umgang mit Krisensituationen – ohne Blaulicht und Zwangsmaßnahmen.

Der Aufbau des Krisendienstes erfolgt Zug um Zug: 3,5 Millionen Menschen in der Region München (Stadt München und sieben angrenzende Landkreise) sowie im Südosten Oberbayerns können den Krisendienst seit mehreren Monaten erreichen. Nach dem Südwesten Oberbayerns geht die Region Ingolstadt im Herbst 2017 ans Netz.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des oberbayerischen Bezirkstags hatte den Aufbau des Krisendienstes im Juni 2015 beschlossen. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen Beilagen der **LFA Förderbank Bayern** sowie der **Firma Lindner Traktoren** bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Desk-Sharing im Öffentlichen Dienst

Markt Murnau übernimmt Vorreiterrolle im Landkreis

Die freie Wirtschaft bietet seit Jahren verschiedene Arbeitsplatzmodelle an. Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst dagegen bleiben diese meist vorenthalten. Doch der Markt Murnau übernimmt nun eine Vorreiterrolle: mit dem Desk-Sharing-Modell.

So bietet die derzeit ausgeschriebene Stelle „Diplom-Ingenieur/in Fachrichtung Architektur/Bauingenieurwesen (FH)“ genau diese Art der flexiblen Arbeitsplatzgestaltung. Beim Desk-Sharing bzw. Shared Desk, zu Deutsch „gemeinsam genutzter Schreibtisch“, handelt es sich um eine Organisationsform in Unternehmen, bei der sich Mitarbeiter einen Arbeitsplatz teilen, d. h. sie können Familie und Beruf besser vereinbaren und ihre Arbeitszeiten – unter den Mitarbeitern abgestimmt – flexibel gestalten.

Und auch für den Arbeitgeber ergeben sich Vorteile: Raum-, Reinigungs- und Energiekosten werden eingespart, die interne Kommunikation verbessert. Zudem ist die Produktivität laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation am höchsten, existieren ver-

schiedene Büroformen nebeneinander.

„Das ist ein Gewinn für beide Seiten“, ist Erster Bürgermeister Rolf Beuting überzeugt. „Und damit möchten wir als Verwaltung ein Zeichen setzen und auf die Bedürfnisse von Familien eingehen. Denn derzeit ist die Arbeitswelt noch zu sehr an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet. Der soziale Aspekt sollte in den Vordergrund rücken.“

Mit diesem neuen Arbeitsplatzmodell möchte der Markt Murnau zudem Frauen die Möglichkeit geben, eine höherwertige Arbeitsstelle zu besetzen. Denn meist sind es Frauen bzw. Mütter, die auf Teilzeitangebote angewiesen sind, dabei jedoch Jobs mit niedrigem Qualifikationsniveau annehmen müssen. Die neu zu besetzende Stelle wird somit bei der Gemeinde keine Eintagsfliege bleiben. □

Wahlen in Sand am Main

Bernhard Ruß (SPD) bleibt Bürgermeister der Gemeinde Sand am Main (Landkreis Haßberge). Bei der Bürgermeisterwahl bezwang der Amtsinhaber mit 60,8 Prozent der Stimmen deutlich seine Mitbewerber Dr. Jörg Kümmel (Freie Sander Bürger, 21,8 Prozent) und Andrea Rippstein (CSU, 17,4 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 79 Prozent. Der 62-jährige Ruß ist bereits seit 25 Jahren Rathauschef von Sand. **DK**

Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 5. Mai 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Garten- und Landschaftsbau

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST

 P. HENKEL
 Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
 Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
 Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

 www.fahnen-koessinger.de
 Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
 Kindertagesstätten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
 Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
 www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
 Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Zuluft - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung

Die Rückgewinnungstechnik bezahlt sich so von selbst

Basis für hohe Zuluftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl): Amper Kliniken Dachau, Bay. Nationalmuseum München, Dräxlmaier Technologiezentrum Vilsbiburg, Fachhochschule Aschaffenburg, Klinikum München-Großhadern u.v.a.

Vorbildprojekte bundesweit (Auswahl): Bundeskanzleramt Berlin, Tonhalle Düsseldorf, Fraport Frankfurt u.a.

SEW® GmbH
 47906 Kempen
 Tel.: 02152/91560

SEW
 www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
 www.gemeindezeitung.de



Die Zukunft ist stufenlos

Sowohl beim Lintrac als auch beim neuen Unitrac 112 LDrive setzt Fahrzeughersteller Lindner auf die Stufenlos-technologie. Beide Fahrzeuge sind für die hohen Anforderungen der bayerischen Kommunen maßgeschneidert.

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner baut sein stufenloses Programm aus: Im kommenden Mai startet die Serienproduktion des neuen Unitrac 112 LDrive in Kundl. Der stufenlose Transporter Unitrac 112 LDrive ist das intelligenteste Fahrzeug seiner Klasse. Der Grund dafür ist das innovative TracLink-System, das Lindner auch für seinen Lintrac im Programm hat.

Ein großer Pluspunkt: TracLink erkennt jedes Gerät, das an den Transporter bzw. Traktor angebaut wird. Das System unterstützt den Fahrer, die richtige Einstellung zu finden. Außerdem können Fahrer z.B. den Beladezustand oder die Achslasten überprüfen.

Für besonders wirtschaftliches Arbeiten steht das digitale Fahrtenbuch. Mehr Infos finden Sie in dieser Beilage zur Bayerischen Gemeindezeitung.

*Mehr als 500 Lintracs
in ganz Europa unterwegs*

Das zweite stufenlose Fahrzeug von Lindner ist der Lintrac, von dem bereits mehr als 500 Modelle gefertigt wurden. Der Lintrac ist der erste stufenlose Standardtraktor mit 4-Rad-Lenkung. Weitere technische Highlights sind die Hochleistungs-Arbeitshydraulik von Bosch und die besonders einfache LDrive-Bedienung.

Beim stufenlosen Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung der Unitrac-Transporter genutzt. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Besonders praktisch: Per Knopfdruck kann der Einschlag der Hinterräder begrenzt werden. Damit wird verhindert, dass die Hinterräder streifen, wenn aufgrund schwieriger Straßenverhältnisse Schneeketten notwendig sind. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum variablen Geräteträger.

Alle Infos zu den Lindner-Traktoren und -Transportern gibt es im Internet unter www.lindner-traktoren.at



Die Serienproduktion des Unitrac 112 LDrive startet im Mai 2017. Im Mittelpunkt steht das stufenlose Getriebe.

Der Unitrac 112 LDrive: Stufenloser und smarter Transporter

In den vergangenen Monaten wurde der neue Transporter auf Herz und Nieren getestet. Die Serienproduktion startet im Mai 2017. Dann wartet der intelligenteste Lindner-Transporter aller Zeiten auf die bayerischen Gemeinden – mit stufenlosem Getriebe und TracLink-System.

Europaweit sind heute rund 3.000 Unitrac-Transporter mit mehr als 10.000 Anbaugeräten im Einsatz. Der Unitrac punktet ganzjährig bei Gemeinden und Städten, bei Landwirten und bei Seilbahnbetrieben. In Bayern vertrauen beispielsweise die Stadt Tegernsee, die Marktgemeinde Garmisch oder Bad Tölz auf einen Unitrac 102 aus dem Hause Lindner.

Im Mai 2017 schlägt Lindner ein neues Unitrac-Kapitel auf: Dann wird der erste Unitrac 112 LDrive das Werk im Tiroler Kundl verlassen. Geschäftsführer Hermann Lindner:

„Der stufenlose Unitrac 112 LDrive ist der smarteste, wenigste und stärkste Lindner-Transporter unserer 70-jährigen Geschichte.“ Vier Jahre dauerte die Entwicklungszeit des Transporters, der in einer Variante für kommunale Einsatzprofis und Seilbahnen sowie einer Agrar-Version erhältlich sein wird. „Der neue Transporter ist ein effizientes, wirtschaftliches und besonders leicht bedienbares Fahrzeug, mit dem wir Kunden in ganz Europa ansprechen wollen.“

Sechs Tonnen Nutzlast, einfache Bedienung

Mit dem Unitrac 112 LDrive erfüllt Lindner den Kundenwunsch nach mehr Nutzlast, einfacher Bedienung und mehr Umweltschutz. Herzstück des Unitrac 112 LDrive ist das leistungsverzweigte CVT-Getriebe, das Lindner mit ZF-Komponenten selber baut. Der Unitrac 112 LDrive fährt stufenlos von – 20 bis 50 km/h mit reduzierter Motordrehzahl, alle Einstellungen erfolgen über die aus dem Lintrac bekannte LDrive-Armlehne. Der 4-Zylinder-Turbo-diesel im Unitrac 112 LDrive leistet 79 kW/107 PS bei 2300 U/min.

Der Motor erfüllt mit seinem Partikelfilter die Normen von Euro 6 bzw. Stufe 4. Ein Pluspunkt ist die 4-Rad-Lenkung, die für überdurchschnittliche Wendigkeit sorgt.

Das neue TracLink-System: Effizient und intelligent unterwegs

Ein besonderes Highlight im Unitrac 112 LDrive ist das TracLink-System: TracLink erkennt jedes Gerät, das an den Transporter bzw. Traktor angebaut wird. Das System unterstützt den Fahrer, die richtige Einstellung zu finden. Außerdem können Fahrer z.B. den Beladezustand oder die Achslasten überprüfen.

TracLink erinnert weiters an wichtige Prüfungen oder an den nächsten Ölwechsel. Daher gibt es für den Unitrac 112 LDrive und den Lintrac mit TracLink drei Jahre Garantie, die auf sechs Jahre verlängert werden kann. Für besonders wirtschaftliches Arbeiten steht das digitale Fahrtenbuch. Per GPS wird aufgezeichnet, welche Geräte eingesetzt und welche Flächen in der Praxis konkret wie bearbeitet wurden – u.a. wird die ausgebrachte Dünger- oder Salzmenge dargestellt. Einsatzprofis haben über das Portal immer eine detaillierte Übersicht der Kosten- und Verbrauchsdaten zur Hand.



Das TracLink erkennt Geräte, die angebaut werden, und unterstützt dabei, die richtige Einstellung zu finden.



Das digitale Fahrtenbuch zeigt, welche Geräte wann und wo eingesetzt werden.

LDrive-Roadshow macht in Deutschland Station

Sowohl beim Lintrac als auch beim neuen Unitrac 112 LDrive setzt Lindner auf die Stufenlostechnologie und möglichst einfache Bedienung. Dank des einfachen Drehreglers wird jeder

Fahrer zum Vollprofi – Motor starten, Fahrtrichtung wählen, Gas geben und lenken.

Wer bei der Arbeit besonders effizient arbeiten möchte, verwendet den LDrive-Drehregler auf der Armlehne. Im Rahmen der LDrive-Roadshow kann sich jeder Interessierte von der einfachen Bedienung überzeugen:

Der Auftakt erfolgte bei der Werksausstellung in Kundl, in Deutschland gastiert die LDrive-Roadshow von 11.6. bis 13.6. auf der Demopark Eisenach.

Weitere Termine unter www.lindner-traktoren.at

Kommunalforum Alpenraum 2017: Gemeinsam statt einsam

Zum 5. Mal trafen sich Bürgermeister, Gemeinderäte und Amtsleiter aus dem Alpenraum bei Lindner im Tiroler Unterland, um sich über aktuelle Kommunalthemen zu informieren. Die Bayerische Gemeindezeitung und der Bayerische Gemeindetag waren auch in diesem Jahr als Kooperationspartner mit dabei.



Grenzüberschreitender Austausch in Kundl (v.l.): Landesrat Johannes Tratter, Hermann Lindner, Prof. Peter Filzmaier, Gerlinde Rogatsch (Humanocare), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Hermann Gahr (Forum Land), Matthias Zitterbart (DAKA) und August Voit (Bürgermeister Amerang)

Im Lindner-Innovationszentrum stand die Frage im Mittelpunkt, welche Faktoren für eine erfolgreiche Gemeindekooperation ausschlaggebend sind. „Der Prozess muss von unten starten, z.B. mit Bürgerbeteiligung, aber nicht von oben verkündet werden“, erklärte Prof. Peter Filzmaier (Institut für Strategieberatungen in Wien) in seinem Vortrag. Kooperationen seien keine Allheilmittel, aber besser als Insellösungen. Filzmaier: „Wichtig ist, dass die Bürgermeister als glaubwürdige Kommunikatoren auftreten.“

Die angesprochenen Bürgermeister und Vertreter der Gemeindeverbände betonten in der Talkrunde beim Kommunalforum Alpenraum den Stellenwert der freiwilligen Zusammenarbeit. „Die Aktivitäten müssen aus den Gemeinden heraus wachsen“, sagte Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes und warnte gleichzeitig davor, „Pseudodienste zusammenzulegen“. August Voit, Bürgermeister von Amerang und Vertreter des Bayerischen Ge-

meindetags, plädierte für sinnvolle Kooperationen, aber gleichzeitig dazu, nicht alles aus der Gemeindehand zu geben. „Man sollte den Gemeinden wieder mehr zutrauen“, betonte Voit.

Gesundheitssystem als Herausforderung für die Gemeinden

Eine der Bereiche, in dem die größten Herausforderungen warten, ist der Gesundheitssektor. Eine Lösung seien Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen, zeigte Gerlinde Rogatsch von der Humanocare. Das österreichische Unternehmen betreibt Einrichtungen für Pflege und Rehabilitation in ganz Österreich. „Das Gesundheitswesen steht vor großen Herausforderungen – vom finanziellen Druck bis zur steigenden Anforderung an die Führung.“

Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner, Mitveranstalter ist das

Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner sind die IKB, der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, Forum Land und der Bayerische Gemeindetag. Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner.

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

FRÜHJAHR / SOMMER · 2017

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

WIE UNTERNEHMEN UND KOMMUNEN UNSERE ZUKUNFT SICHERN

INHALT



Ganze Aromahopfendolden werden in der Bio-Brauerei Lammsbräu verarbeitet. Sie zieren das Coverbild von Conny Mirbach

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Anita Dehne, Michael Muhsal
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek
Gestaltung Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.lektorat-sued.de
Druck F&W Druck- und Medientcenter GmbH, Kienberg

Wenn Sie unser LfA Magazin nicht mehr erhalten möchten, können Sie bei uns der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte per E-Mail oder per Post unter Beifügung Ihrer Adresse mit: LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

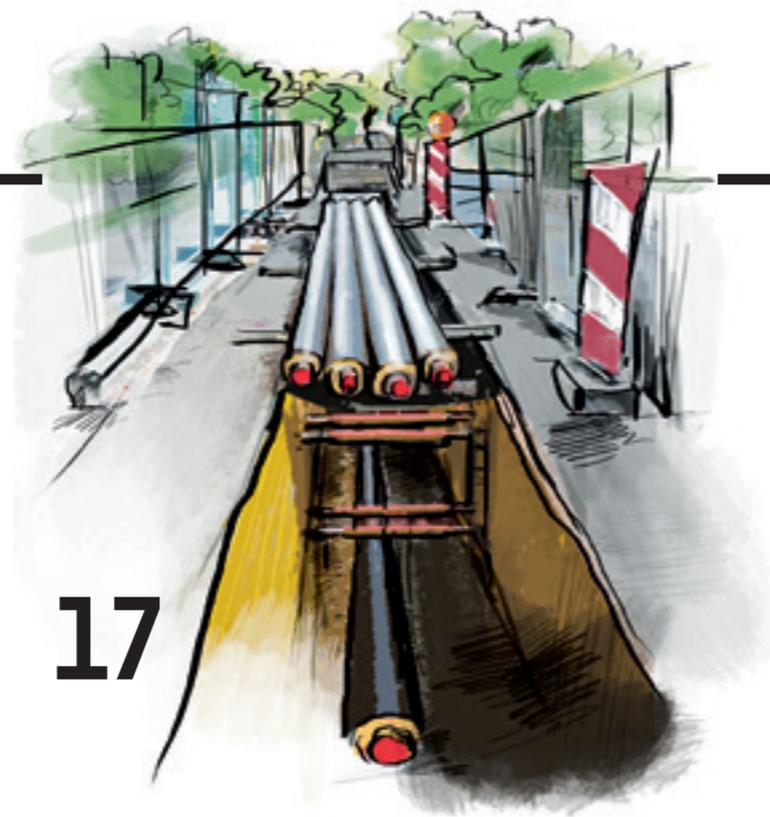
Die hier verwendeten Adressen stammen aus unserem Bestand sowie öffentlichen Quellen (NIKU Media AG, Bramenstrasse 5, CH-8184 Bachenbülach, E-Mail: shop@niku.ch)



Mit dem Druck unseres Magazins unterstützen wir das „Alpen“-Projekt der Klimaschutzagentur nature office. Durch Eingabe unserer ID-Nummer unter www.natureoffice.com erfahren Sie mehr über das Projekt zum Erhalt heimischer Wälder und wie viel CO₂ wir mit unserem Beitrag ausgleichen.



Das FSC-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer, können auf www.fsc-deutschland.de Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



04 „Ohne Nachhaltigkeit kollabiert das Wachstum“

Von den Grundlagen des Wirtschaftens erzählt Ifo-Chef Prof. Dr. Clemens Fuest, einer der führenden Ökonomen Deutschlands

08 Mehr Bio geht nicht

Zu Besuch bei Lammsbräu in Neumarkt, der ersten zertifizierten Bio-Brauerei Europas

10 Plastik ohne Ende

SepaPlast in Memmingen recycelt hochwertiges Kunststoff-Granulat aus bisher untrennbaren Verbundfolien

12 Förderung für Investitionen in Umweltschutz und Energieeffizienz

Die Angebote der LfA auf einen Blick



13 „Stetig wachsen“

Warum sich Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit ergänzen, erklärt Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner

14 Aus dem Trockenen

Das Starnberger Hightech-Unternehmen Econ Industries bietet ein weltweit begehrtes Verfahren zur Reinigung von Bohrschlamm und kontaminiertem Boden an

17 Etwas Warmes braucht der Mensch

Der Wärmeversorger Geovol beheizt mehr als die Hälfte Unterföhrings mit Erdwärme

18 Würzburg leuchtet anders

Für besseres Licht und weniger Energieverbrauch setzt die Residenzstadt auf LED-Leuchten

20 Meldungen

Klimawerkstatt | BonVenture-Fonds | Jahresbilanz 2016 | Abschied im Vorstand | Mezzanine-Dachfonds | Tilgungsrechner | Kapital für Gründer

22 LfA-Service

Gründungs- und Wachstumsfinanzierung | Digitalkredit

23 Gesichter der LfA

Gudrun Rieke, Abteilungsleiterin und Nachhaltigkeitsbeauftragte | Volker Wagner, Küchenmeister

Liebe Leserin, lieber Leser,

Nachhaltigkeit ist keine Modeerscheinung, sondern ein wichtiger Grundsatz unserer Gesellschaft. Wer heute die Initiative ergreift und betriebliche Abläufe umweltfreundlich gestaltet, setzt den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft. Darum unterstützt die LfA mit ihrem Förderangebot den bayerischen Mittelstand bei Investitionen in Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz und fördert Kommunen bei der Finanzierung einer leistungsfähigen Infrastruktur. Die beste Energie ist nämlich immer noch die, die gar nicht erst verbraucht wird.

So fördern wir unter anderem die Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten (Seite 18) und die Bio-Brauerei Lammsbräu in Neumarkt, die bereits vor 40 Jahren die Weichen für ein komplett nachhaltiges Unternehmenskonzept stellte (Seite 8). Dass nachhaltiges Handeln auch innerhalb der LfA von großer Bedeutung ist, zeigen unsere Zertifizierungen aus dem Sozial- und Umweltbereich: So ist die LfA Gründungsmitglied des 1995 ins Leben gerufenen Umweltpaktes Bayern. Im Jahr 2015 wurde sie Mitglied im Familienpakt Bayern und unterzeichnete die Charta der Vielfalt, eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Und seit 2016 verfügen wir als erstes Landesförderinstitut über ein EMAS-validiertes Umweltmanagement, bei dem es nicht nur um die Einhaltung formeller Regeln, sondern vielmehr um die echte Umweltleistung der Organisation geht.

Wir freuen uns, Ihnen mit diesem Magazin einen Überblick über zukunftsorientierte Konzepte und unsere Fördermöglichkeiten für nachhaltige Projekte zu geben.

Viel Spaß bei der Lektüre
wünscht Ihnen



Dr. Otto Beierl

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern

„Ohne Nachhaltigkeit kollabiert das Wachstum“

PROF. DR. CLEMENS FUEST IST PRÄSIDENT DES MÜNCHNER IFO-INSTITUTS UND EINER DER FÜHRENDEN ÖKONOMEN DEUTSCHLANDS. EIN GESPRÄCH ÜBER IDEEN, MOTIVIERTE FÜHRUNGSKRÄFTE UND DIE HEIZUNG IN SEINEM HAUS

FOTOS CONNY MIRBACH INTERVIEW STEFAN RUZAS

Jetzt mal ehrlich, Professor Fuest: Was ist das überhaupt, nachhaltiges Wirtschaften?

Der Begriff des nachhaltigen Wirtschaftens kommt aus der Forstwirtschaft. Wenn ein Waldbesitzer seinen Wald erhalten will, sollte er nur so viele Bäume in einem Jahr fällen, wie in diesem Zeitraum nachwachsen. Es geht also darum, die Grundlagen des Wirtschaftens zu bewahren.

Ist der Begriff „Nachhaltigkeit“ rund 25 Jahre nach seiner Einführung nicht reichlich überstrapaziert?

Eingeführt wurde der Begriff bereits im Jahr 1713. In Mode gekommen ist er allerdings erst in jüngerer Zeit, und es gibt in der Tat einen leicht inflationären Gebrauch.

Aber Nachhaltigkeit steht doch fast in einem natürlichen Widerspruch zu Wirtschaftswachstum, oder?

Im Gegenteil. Ohne Nachhaltigkeit kollabiert das Wirtschaftswachstum irgendwann. Nachhaltigkeit bedeutet ja beispielsweise auch, einen Kapitalstock nicht zu verbrauchen, sondern Erträge hinreichend zu reinvestieren. Natürlich ist nicht alles, was unter dem Banner der Nachhaltigkeit getan wird, wirtschaftlich sinnvoll. Aber ein Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit existiert meines Erachtens nicht.

Die Bundesregierung hat Anfang 2017 die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ beschlossen. Haben derlei Beschlüsse spürbare Konsequenzen für Wirtschaft und Unternehmen in Bayern? »

„MAN SOLLTE UMWELT- VERSCHMUTZUNG MIT STEUERN BELASTEN, STATT DAS UNTERLASSEN ZU BELOHNEN“

Nachhaltigkeitsstrategien legen zunächst nur allgemeine Prinzipien fest. Konsequenzen gibt es erst, wenn Gesetze geändert werden oder Konsumenten ihr Verhalten ändern.

Neuerdings ist es für Firmen zudem EU-rechtlich verpflichtend, über ihr Nachhaltigkeitsmanagement öffentlich Bericht zu erstatten. Allerdings gibt es bis heute keinen politisch gewollten Indikator, der die Zahl der Unternehmen mit einer solchen Nachhaltigkeitsberichterstattung misst. Ist das gut oder schlecht?

Unternehmen mit entsprechenden Berichten zu zählen sollte eigentlich nicht schwer sein. Ob die dann ermittelte Zahl sonderlich nützlich ist, darüber kann man allerdings sicherlich streiten.

Nach wie vor ist Nachhaltigkeit kein Staatsziel ...

Dadurch, dass Dinge zu Staatszielen ernannt werden, ändert sich nicht notwendigerweise viel, es kommt darauf an, was konkret getan wird.

Wird es trotzdem gelingen, das derzeitige Wirtschaftssystem in Deutschland auf nachhaltiges Wirtschaften umzustellen?

Nachhaltiges Wirtschaften gehört seit Jahrhunderten zu unserer Wirtschaft. Allerdings gab es immer wieder Bereiche, in denen nicht nachhaltig gewirtschaftet wurde, so zum Beispiel beim Umweltschutz oder in der Abfallwirtschaft. Hier sind erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Was motiviert denn Führungskräfte und Manager am besten für einen Strategiewandel – Boni oder Gesetze?

Beides. Boni werden Manager erhalten, wenn sie im Interesse der Eigentümer handeln. Dort, wo die Interessen der Eigentümer von den gesamtwirtschaftlichen Interessen abweichen, muss der Staat mit Gesetzen eingreifen.

Es gibt ja mittlerweile auch 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die von der internationalen Staatengemeinschaft vor zwei Jahren in der „Agenda 2030“ verabschiedet wurden. Sie reichen von „Keine Armut“ und „Erneuerbare Energie“ bis „Verantwortungsvoller Konsum“. Welche Rolle haben Ihrer Ansicht nach dabei die Unternehmen?

Sie sollten diese Ziele unterstützen, aber in erster Linie werden sie die Interessen ihrer Eigentümer verfolgen und sich an den rechtlichen Rahmenbedingungen orientieren.

Den neuen US-Präsidenten Donald Trump scheinen weltweiter Klimaschutz und die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen nicht sonderlich zu interessieren.

Nein, das ist bedauerlich, aber offenbar nicht einfach zu ändern. Trotzdem

sollte man nicht aufhören zu versuchen, ihn umzustimmen.

Wäre es sinnvoll, echtes nachhaltiges Wirtschaften von Unternehmen durch eine verminderte Steuerlast zu belohnen?

Nein. Umweltverschmutzung beispielsweise sollte man mit zusätzlichen Steuern belasten, statt das Unterlassen dieser Verschmutzung zu belohnen. Das sagt jedenfalls das Verursacherprinzip.

Wie gelingt es denn überhaupt, nachhaltige Geldanlagen aus der Nische in den Mainstream zu holen?

Vermutlich nur dann, wenn diese Geldanlagen die gleiche Rendite erbringen wie andere auch.

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass unser gegenwärtiges Verständnis von Wirtschaft – das darauf basiert, immer weiter zu wachsen – auf Dauer gar nicht mehr funktionieren kann. Stimmt das?

Anders als viele Menschen glauben, beruht Wirtschaftswachstum nicht in erster Linie auf dem Verbrauch physischer Ressourcen, sondern auf neuen Ideen. Das Wachstum endet erst dann, wenn uns die Ideen ausgehen. Ich sehe nicht, warum es jemals dazu kommen sollte.

Wie können denn Gewinnmaximierung und die Erwirtschaftung eines Mehrwerts im Sinne der Nachhaltigkeit künftig zusammenpassen?

Der Ordnungsrahmen, also Gesetze und Institutionen, muss so gestaltet

sein, dass mit der individuellen Gewinnmaximierung auch das Gemeinwohl gefördert wird. Da das in vielen Gebieten ganz gut gelingt, ist die Marktwirtschaft, kombiniert mit dem demokratischen Rechtsstaat, jeder anderen bekannten Wirtschaftsordnung überlegen. Manche Experten haben den Eindruck, dass die meisten der Nachhaltigkeitsziele eher ein Projekt verschworener Eliten sind und nicht gerade ein gesellschaftliches Anliegen, das möglichst viele Menschen erreicht und teilhaben lässt. Wenn das so wäre,

würde die Demokratie dafür sorgen, dass diese Ziele nicht verfolgt würden. Ich habe allerdings den Eindruck, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land an Nachhaltigkeitsfragen interessiert ist.

Kann denn nachhaltiges Wirtschaften für ein mittelständisches Unternehmen in Niederbayern wirklich ein Wettbewerbsvorteil sein?

Das kommt darauf an, welchen Aspekt von Nachhaltigkeit man betrachtet. Wenn es darum geht, zum Beispiel

höhere Umweltstandards einzuhalten als gesetzlich vorgeschrieben, lohnt sich das nur, wenn die Kunden das freiwillig bezahlen.

Es gibt ja Überlegungen, die externen Kosten von Produkten und Dienstleistungen zu messen und in die Preise zu integrieren. Soziale Kosten also, die Belastungen der Umwelt oder die Dienstleistungen in Ökosystemen, beispielsweise bei der Säuberung von Wasser. Was bringt diese Erfassung immer neuer Daten?

Das ist eigentlich ein altes Prinzip. Man verteuert Benzin, weil seine Verbrennung die Umwelt belastet. Wie genau und detailliert man dabei vorgeht, hängt unter anderem von der Datenverfügbarkeit ab. Sicherlich kann man das übertreiben.

Ohne Digitalisierung gibt es demnach keine Nachhaltigkeit?

Das eine hat mit dem anderen wenig zu tun.

Auf der „Green Economy Konferenz“ Ende 2016 in Berlin wurde empfohlen, Informationen und Instrumente zu nachhaltigem Konsum in realen Kontexten experimentell zu testen.

Beispielsweise durch das Auflegen von Real-Laboren zu nachhaltigem Lebensmittelkonsum in drei Städten und Landkreisen, die dann wissenschaftlich begleitet werden. Ist so etwas sinnvoll?

Das ist pauschal nicht zu beurteilen. Es kommt auf die Kosten des Experiments und den erwarteten Ertrag an.

Spielt Nachhaltigkeit in Ihrem persönlichen Leben – ob im Haushalt, auf Reisen oder beim Auto – schon eine besondere Rolle?

Es ist nicht so, dass mich das Thema Tag und Nacht beschäftigt, aber ich lebe zum Beispiel in einem Haus, das mit Erdwärme beheizt wird, also ohne fossile Brennstoffe. ☐



PROF. DR. CLEMENS FUEST

Als Nachfolger von Hans-Werner Sinn ist Fuest seit April 2016 Präsident des Ifo-Instituts. Er war 2007 bis 2010 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und von 2013 bis 2016 Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Im Februar 2017 erschien sein Buch „Der Odysseus-Komplex: Ein pragmatischer Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ www.ifo.de/magazin



MEHR BIO GEHT NICHT

LAMMSBRÄU AUS
NEUMARKT GILT
ALS NACHHALTIGSTE
BRAUEREI DER WELT.
DAHINTER STECKT NICHTS
ALS ÜBERZEUGUNG

FOTOS CONNY MIRBACH
TEXT STEFAN RUZAS



Gutes Bier braucht Reifezeit und Rohstoffe wie ganze Aromahopfendolden. Lammsbräu-Chefin Susanne Horn (links) tut wirklich alles dafür



Das Gluten auf natürlichem Weg aus dem Weißbier zu bekommen ist gar nicht so einfach. Zwei Jahre haben die Braumeister in Neumarkt geforscht, um ein schonendes Verfahren zu entwickeln. Jetzt ist es da, das neue „Lammsbräu Glutenfrei & Weiß“, bestehend aus Bio-Weißbierzutaten wie Weizen- und Gerstenmalz sowie ganzen Aromahopfendolden.

Ja, so sind sie bei Lammsbräu in der Oberpfalz. Schon seit 1977 gibt es dort Umweltleitlinien, nach denen bis heute produziert wird. Lange bevor Öko in Mode kam, begann Inhaber Franz Ehrnsperger auf Bio umzustellen. Weil er der Meinung war, dass die Qualität des bayerischen Bieres und seiner Rohstoffe nachließ. Besseres Bier mit Zutaten aus dem Ökolandbau wollte er brauen. 1986 entstand schließlich der erste Sud Bio-Bier. Er schmeckte direkt nach mehr.

Sechs Jahre später war Lammsbräu die erste Brauerei Europas, die nach der „EG-Bio-Verordnung“ zertifiziert wurde. Noch im selben Jahr verfassten Ehrnsperger und seine Kollegen erstmals einen Öko-Controlling-Bericht, wieder als Pioniere. 24 Berichte sind seitdem erschienen, in denen umweltrelevante, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Unternehmensziele bilanziert und nächste Etappen definiert werden. Und zwar so präzise, dass der Erfolg auch gemessen werden kann.

In der aktuellen Ausgabe steht unter anderem: mit 178.385 Hektolitern neun Prozent mehr Getränkeausstoß als im Vorjahr,

FAKTEN

Finanzierung Energiekredite (LfA)

Gründungsjahr 1628

Standort Neumarkt **Geschäftsfeld** Getränke

Mitarbeiter 120 www.lammsbraeu.de

www.lfa.de/magazin

**„WIR HABEN
ZEHN MILLIONEN
EURO IN
TECHNISCHE UND
ENERGETISCHE
NEUERUNGEN
INVESTIERT“**

man für die kommenden Generationen tun. Leider ist die Braubranche in Sachen Nachhaltigkeit aber nach wie vor etwas hintendran.“

23 Millionen Euro Jahresumsatz macht Lammsbräu mittlerweile, nicht nur mit Bio-Bieren, sondern auch mit Bio-Limonaden und Bio-Mineralwasser. Horn: „Wir wachsen auf nachhaltige Weise und haben allein in den letzten zwei Jahren rund zehn Millionen Euro in technische und energetische Neuerungen investiert, davon 2,5 Millionen in Energieeffizienz.“ Sogar eine Mikro-Gasturbine wurde angeschafft, um künftig mit Biogas Wärme und Strom zu produzieren.

Die LfA sei dabei ein wichtiger Partner, so Horn weiter: „Eines unserer großen Themen ist die Unabhängigkeit. Da fühlen wir uns mit der LfA sehr wohl!“

Das Wohlgefühl ist ein wichtiger Faktor, nicht nur beim Eigentümer, im Management oder bei den 120 Mitarbeitern. 2016 hat Lammsbräu die „Bio-regionale Genossenschaft Oberpfalz“ mitgegründet. Wieder mal ist es die erste dieser Art in Deutschland. Ab dem Frühjahr 2017 bauen die mehr als 80 Landwirte ein eigenes Öko-Lager für Druschfrüchte. „Wir unterstützen unsere Landwirte, wo wir nur können“, erzählt die Brauereichefin und lächelt. „Ich liebe das hier. Ich bin mit Leib und Seele dabei.“ □

wobei für einen Hektoliter nur noch 520 statt wie im Vorjahr 530 Kilogramm Rohstoffe verwendet wurden. Der Stromverbrauch sank pro Hektoliter von 13,2 auf 12,9 Kilowattstunden und die bei der Produktion der Getränke anfallende Abfallmenge um ganze 23 Prozent auf den Bestwert von nur noch 2,7 Kilogramm pro Hektoliter.

Ja, so nachhaltig wirtschaften sie bei der schon 1628 gegründeten Lammsbräu. Und das ist nicht alles: 2015 gelang es erstmals, die Rohstoffe für die damals 19 Bio-Bierspezialitäten zu 100 Prozent von der eigenen Erzeugergemeinschaft für ökologische Braurohstoffe (EZÖB) zu beziehen. Ihr gehören rund 160 Landwirte aus der Region an. Und dann wären da noch Initiativen wie „Bier ohne Gentechnik“, das Bildungsprojekt „wasser on...s'cooltour“ für Kinder oder der Nachhaltigkeitspreis für engagierte Persönlichkeiten.

„Unser Grundverständnis der Nachhaltigkeit kommt aus der tiefen Überzeugung, die Natur zu erhalten“, sagt Susanne Horn, seit 2008 Generalbevollmächtigte bei Lammsbräu, und sie bedauert, dass es nicht mehr Bio-Brauereien gibt: „Je mehr mit uns auf dem Weg wären, desto mehr könnte



Die Anlage in Memmingen, mit der täglich zehn Tonnen Industrieabfälle aus der PE/PA-Verbundfolien-Produktion wieder sortenrein voneinander getrennt werden

Maßstab umgesetzt. So machte er sich daran, das zu ändern, und gründete die Firma SepaPlast. Unterstützung holte sich der Geschäftsmann dabei von dem Physiker Dr. Richard Sizmann aus München und dem Unternehmensberater Dr. Wolfgang Häussler aus Kempten. Entstanden ist ein Kreislaufprozess, der keine toxischen Abfälle erzeugt und Material hervorbringt, das am Kunststoffmarkt problemlos verkauft werden kann.

Wie das funktioniert, erklärt Dr. Sizmann am Beispiel von Sand, Salz und Wasser. Ausgangspunkt ist eine Mischung aus Sand, in diesem Fall das Polyamid, und Salz, hier das Polyethylen, die wieder voneinander getrennt werden sollen. Durch Zugabe von Wasser, in der Anlage ein Lösemittel, löst sich das Salz (PE) auf und der Sand (PA) bleibt ungelöst im Wasser. Der Sand (PA) wird abgefiltert, und die Lösung von Salz (PE) und Wasser

(Lösemittel) wird eingedampft. So wird das Salz (PE) wiedergewonnen, und das restliche Wasser (Lösemittel) wird zurückgeführt und für den nächsten Lösevorgang eingesetzt. Bei der Gewinnung des Polyethylen (PE) wird außerdem noch ein Veredelungsschritt eingefügt. So wird der PE-Lösung Ruß, in der Fachsprache „Carbon Black“, beigemischt, bevor sie eingedampft wird. Somit entsteht schwarzes Polyethylen, das zum Einfärben von ungefärbtem Kunststoff verwendet wird. Mit diesem Prozess gelingt es SepaPlast, reines PA- und PE-Masterbatch aus Industrieabfällen wiederzugewinnen. Eine echte

DIE HÖCHSTE WERTSCHÖPFUNG IST, WENN ETWAS WERTSTOFFLICH WIEDERVERWERTET WERDEN KANN

Die Kapazität ist auf ein Vielfaches davon ausgelegt und konkret eingeplant. Mit dem Know-how, wie man das chemische Trennverfahren in den Industriemaßstab umsetzt, könnte SepaPlast in Zukunft auch andere Verbundkunststoffsysteme recyceln, zum Beispiel PET/PE. Es gibt aber auch Kunststoff-Alu-Verbindungen, die getrennt werden könnten. Erste



Rene Gloor, Verfahreningenieur bei SepaPlast, erklärt Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, und Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer das Verfahren (von links)

Innovation, die das Potential hat, Kunststoff-Recycling zu revolutionieren. Das erkannte auch die LfA, die dem Start-up einen Förderkredit mit Haftungsfreistellung für die Hausbank gewährte.

Drei Millionen wurden so für das Projekt finanziert. Investiert wurde wesentlich mehr, denn auch private Investoren haben Risikokapital in das Zukunftsprojekt gesteckt. Ohne diese Unterstützung wäre eine Realisierung der Idee nicht möglich gewesen. Mit der Umsetzung wurde 2014 begonnen, dabei gingen die Fachmänner Schritt für Schritt vor. Zunächst wurden die Be-

hälter zum Auflösen getestet, dann der Löseprozess untersucht. Erst wenn ein Abschnitt funktionierte, gingen sie zum nächsten über, bis die weitestgehend automatisierte Anlage modulweise aufgebaut war. Heute werden damit

zehn Tonnen Industrieabfälle pro Tag verarbeitet. Die Kapazität ist auf ein Vielfaches davon ausgelegt und konkret eingeplant. Mit dem Know-how, wie man das chemische Trennverfahren in den Industriemaßstab umsetzt, könnte SepaPlast in Zukunft auch andere Verbundkunststoffsysteme recyceln, zum Beispiel PET/PE. Es gibt aber auch Kunststoff-Alu-Verbindungen, die getrennt werden könnten. Erste

Laborversuche mit PET/PE-Verbindungen beweisen, dass es funktioniert. Für die Zukunft sind schon weitere Anlagen zur Wiederaufbereitung von PE/PA-Verbindungen, aber auch für andere Verbundstoffe geplant. Zacherle und seine Kollegen suchen bereits nach geeigneten Gewerbegebieten in Bayern. Das Projekt bietet noch viel Potential und einen richtungsweisenden Ansatz für das Kunststoff-Recycling, da es sowohl nachhaltig, als auch wirtschaftlich ist. Weltweit einsetzbar könnte es auch für den Umweltschutz einen großen Gewinn bedeuten. Das Problem mit Plastik ist nämlich nicht der Wertstoff an sich, sondern dessen Verwendung und Entsorgung. Wenn es gelingt, Kunststoffe wieder in den Kreislauf zurückzuführen, anstatt sie nicht ordnungsgemäß zu entsorgen, entlastet auch das unsere Umwelt. □

FAKTEN

Finanzierung Universalkredit Innovativ (LfA)*
Standort Memmingen
Geschäftsfeld Kunststoff-Recycling
Mitarbeiter 12 www.sepaplast.com
www.lfa.de/magazin

*Die Finanzierung wird von der InnovFin KMU-Kredit-Garantiefazilität des Horizon-2020-Programms der Europäischen Union (Rahmenprogramm für Forschung und Innovation) und dem unter der Investitionsinitiative für Europa errichteten Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) ermöglicht. Zweck des EFISI ist es, die Finanzierung und Durchführung produktiver Investitionen in der Europäischen Union zu fördern sowie einen verbesserten Zugang zu Finanzierungen sicherzustellen.

Plastik ohne Ende

TEXT MARLENE IRAUSEK

Recyceltes Polyamid und Polyethylen, das anstelle von Neuware für die Herstellung von Kunststoffteilen und zum Einfärben ungefärbten Kunststoffes wieder eingesetzt wird. Wer hätte gedacht, dass einem kleinen Unternehmen in Schwaben dieser Durchbruch gelingt? Wolfgang Zacherle war sich da ziemlich sicher. Mit seiner Firma SepaPlast hat er es geschafft, eine weltweit einzigartige Anlage zu konstruieren, die hochwertiges und reines Regranulat aus bisher untrennbaren PE/PA-Verbundfolien herstellt. Polyethylen (PE) und Polyamid (PA) sind zwei häufig verwendete Kunststoffarten. PE/PA-Folien bestehen aus einzelnen Schichten dieser beiden Stoffe und werden überwiegend zum luftdichten Verpacken von Fleisch, Käse oder anderen Lebensmitteln verwendet. Polyamid ist als Sauerstoffbarriere

HOCHWERTIGES, REINES KUNSTSTOFF-GRANULAT AUS BISHER UNTRENNBAREN VERBUNDFOLIEN HERZUSTELLEN KLINGT NACH EINER BAHNBRECHENDEN ENTWICKLUNG. IST ES AUCH. BEGONNEN HAT SIE BEI **SEAPLAST** IN MEMMINGEN

sowie für die Ausformung der Verpackung notwendig, das Polyethylen versiegelt und stabilisiert diese. Im Kreis Memmingen sind einige Unternehmen ansässig, die diese Verbundfolien herstellen. Mit der Firma Neidhardt schon jahrzehntelang in der Recyclingbranche für Industrieabfälle tätig, recycelte Zacherle die Abfälle der Firmen bereits vorher und kennt den Markt gut. PE/PA-Verbundfolien sind jedoch mit einem Standard-Recyclingverfahren nicht mehr trennbar, sondern können nur gefiltert und zerkleinert

werden. Somit ist das recycelte Material in der Industrie nicht mehr einsetzbar und kann nur noch als Füllstoff verwendet werden.

Zacherle wusste, dass er deutlich bessere Marktpreise erzielt, wenn es ihm gelingt, die bis jetzt untrennbaren Bestandteile der PE/PA-Kunststoffverbindung in qualitativ hochwertige Primärkunststoffe zu trennen. Das Verfahren dafür ist aus der Chemie und Forschung bekannt, wurde bis zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht im industriellen

Foto: PR

So fördern wir Ideen für Nachhaltigkeit

GELEBTE NACHHALTIGKEIT IST GELEBTE ZUKUNFT – IN ÖKOLOGIE, ÖKONOMIE UND SOZIALEM. DIESER GEDANKE IST IN DER LFA FEST VERANKERT. AUCH IN IHRER GESCHÄFTSPOLITIK UND DEM UMWELTSCHONENDEN GEBRAUCH VON RESSOURCEN



ÜBER 110
Zusagen an **Unternehmen** und **Kommunen**

Nachhaltige Vorhaben sind auch durch alle anderen Angebote der LfA sowie die weiteren Unternehmen der LfA-Gruppe realisierbar

KOMMUNEN

Wir unterstützen Kommunen bei ihren Vorhaben – auch bei Investitionen in Energieeffizienz oder erneuerbare Energieträger

FÖRDERANGEBOTE

KRITERIEN

INFRAKREDIT KOMMUNAL

Finanzierung von Maßnahmen in Bereichen wie Energieeffizienz, Ver- und Entsorgung oder Verkehrsinfrastruktur

Antragstellung unabhängig vom Beginn – vorausgesetzt, das Vorhaben ist noch nicht langfristig durchfinanziert

INFRAKREDIT ENERGIE

Förderprogramm für Investitionen in die Infrastruktur zur allgemeinen Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energieträger. Einsparungsnachweis durch fachkundigen Dritten erforderlich

Antragstellung vor Beginn. Nicht förderungsfähig: EEG-Projekte bzw. energetische Sanierung kommunaler Gebäude

INFRAKREDIT TIEFENGEOthermie

Förderung von Investitionen zur Errichtung und Erweiterung von geothermischen Wärmeneizen

Antragstellung vor Beginn. Muss auch durch KfW-Programm „Erneuerbare Energien“ gefördert werden

Ansprechpartner

Beantragt werden die Förderkredite direkt bei der LfA. Interessierte wenden sich an das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA:
Tel.: 089 - 21 24 15 05 oder per Mail infra@lfa.de

RÜCKZAHLUNG

KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN:
übliche Darlehenstilgung

KOMMUNEN:
übliche Darlehenstilgung.
Zuschüsse (InfraKredit Tiefengeothermie) sind nicht zurückzahlen

Risikoentlastung

Teilweise Haftungs-freistellung möglich. Die LfA kann bei nicht ausreichender Absicherung 50 Prozent des Ausfallrisikos für die Hausbank übernehmen. Auch eine Bürgschaft von bis zu 80 Prozent kann beantragt werden

KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN

Gefördert werden Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Verbesserung des Umweltschutzes sowie klimaschutzrelevante Vorhaben

FÖRDERANGEBOTE

ENERGIEKREDIT

Förderung eigenverantwortlicher Investitionen bei Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch Vorhaben wie Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung

ENERGIEKREDIT PLUS

Finanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, etwa bei Maschinen bzw. Anlagen, die mindestens 20 Prozent Energie sparen

ÖKOKREDIT

Für Investitionen u.a. bei Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Kreislaufwirtschaft sowie Investitionen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen um mindestens zehn Prozent

KRITERIEN

Geeignet für gewerbliche Firmen sowie freiberuflich Tätige mit Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern. Der Investitionsort muss in Bayern liegen. Es gelten die Kriterien für kleinere und mittlere gewerbliche Unternehmen (KMU-Kriterien) der Europäischen Union (weniger als 250 Arbeitskräfte, Jahresumsatz von maximal 50 Millionen Euro oder Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro).

Unternehmensverflechtungen werden bei der Berechnung der Schwellenwerte berücksichtigt. Wichtig ist zudem, dass der Förderantrag vor Beginn des Vorhabens eingereicht wird.

Ansprechpartner

Beantragt und ausgezahlt werden Förderkredite über die Hausbank des Unternehmens. Zur Beratung können sich Unternehmer auch direkt an die LfA-Förderexperten wenden:
Tel.: 0800 - 21 24 240 oder info@lfa.de bzw. unsere regelmäßigen Beratungssprechstage nutzen

Foto: Christian Brecheis, Infografik: Zlissue

ILSE AIGNER

Bayerische Wirtschaftsministerin und Vorsitzende des LfA-Verwaltungsrates



„Stetig wachsen“

Bayerisches Wirtschaftsministerium fährt elektrisch

D

Digitalisierung, Fachkräftemangel, Brexit und Trump – die Herausforderungen für unsere Wirtschaft sind vielfältig. Ist da noch Platz für Nachhaltigkeit? Ich glaube schon. Als die Brundtland-Kommission den Begriff neu entdeckte, war noch nicht absehbar, dass er später in aller Munde sein würde. Tatsächlich ist das Konzept aber noch viel älter. In der Forstwirtschaft wird schon lange nachhaltig gearbeitet.

Aber auch in unserer modernen Gesellschaft kommt es darauf an, dass wir Ressourcen nicht über Gebühr verbrauchen. Für die Nutzung ressourcen-effizienter Technologien stellt die LfA Förderbank Bayern beispielsweise Energie- und Ökokredite zur Verfügung. Zusätzlich kommt es aber darauf an, Innovationen zu entwickeln, die uns weitere Effizienzgewinne ermöglichen. Der Freistaat Bayern ist hier Vorreiter. Mir kommt es etwa in der Technologieförderung darauf an, dass wir mit weniger Ressourcen mehr erreichen.

Nachhaltigkeit hat nichts mit Verzicht zu tun. Es geht nicht darum, dass wir unseren Lebensstandard absenken oder unser Land deindustrialisieren. Mein Ansatz ist genau andersherum: Wie schaffen wir es, dass wir nachhaltig wirtschaften und trotzdem stetig wachsen? Viele Maßnahmen rechnen sich von selbst, auch über den Umweltschutzgedanken hinaus. Ein simples Beispiel ist die Energieeffizienz in einem Unternehmen. Klar fallen dabei Investitionskosten an, etwa für einen neuen Brennofen in einer Ziegelei. Wenn der aber ein Drittel weniger Energie benötigt, dann rentiert sich das. Das spart dem Unternehmen Kosten, steigert die Wettbewerbsfähigkeit und schon die Umwelt.

Wir in Bayern sehen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit nicht als Gegensatz. Beide ergänzen sich. Das zeichnet uns aus, und das macht uns stark. Diesen Weg beschreiten wir weiter und bauen so unsere Technologieführerschaft weiter aus.

AUS DEM TROCKENEN

MIT HILFE EINES VAKUUMVERFAHRENS REINIGT DIE STARNBERGER **ECON INDUSTRIES** WELTWEIT BOHRSCHLÄMME UND KONTAMINIERTE BÖDEN

TEXT STEFAN RUZAS

Plötzlich standen sie da, die Herrschaften aus Aserbaidschan. Die Gesandten des staatlichen Energiekonzerns SOCAR mit Sitz in Baku erkundigten sich bereits 2012 zum ersten Mal, was genau Econ Industries eigentlich macht. Am Messestand des Starnberger Unternehmens war das, erinnert sich Econ-Industries-Managerin Stephanie Gundlage, auf einer Fachmesse für Umwelttechnologien in München. Vier Jahre später, im September 2016, wurde sie dann vom aserbaidischen SOCAR-Präsidenten Rovnag Abdullayev eingeweiht: die weltweit größte Anlage zum Reinigen von Bohrschlamm, geliefert und aufgebaut von Econ Industries.

Bis zu 100.000 Tonnen Schlamm aus der Öl- und Gasförderung kann die Anlage jährlich verarbeiten, berichtet Econ-Industries-Gründer Reinhard Schmidt. Zehn Mal so viel wie der vorherige Rekordhalter in Nordengland. Und das Gute ist: Pro Jahr können dabei mehr als 16.000 Tonnen Hochleistungsbohröl wiedergewonnen werden, das direkt verwendet wird.

13 Millionen Euro hat die Anlage insgesamt gekostet. Die mehr als 600 Tonnen Stahlbau und Maschinentechnik wurden Anfang 2016 in 48 Containern per Schiff und per Lkw ins etwa 4.000 Kilometer entfernte Baku am Kaspischen Meer transportiert.



Unter Hitze und Vakuum trennen die VacuDry-Anlagen Schadstoffe wie Quecksilber oder Kohlenwasserstoffe vom Schlamm beziehungsweise Boden. Eine sinnvolle Alternative zu Deponierung oder Verbrennung

Konzipiert wurde das alles in der Zentrale am Schiffbauertweg im Starnberger Ortsteil Percha. 20 Ingenieure, Dokumentare und Rechtsexperten sitzen dort.

Die Idee von Reinhard Schmidt und seiner Frau Stephanie Gundlage beim Start der Firma im Jahr 2003: „Wir wollen mit Econ Industries den Bereich der Sonderabfälle revolutionieren und wirklich schlüsselfertige Anlagen liefern. Das heißt: Sie werden hier in Deutschland als Baukasten komplett vorproduziert. Unsere Ware ist also kein Puzzle aus 1.000 Teilen, sondern ein Plug-and-Play-System mit möglichst leichter Bedienbarkeit und kurzen Aufbauzeiten.“

Der Unterschied zu anderen Verfahren, so Gundlage weiter: „Wir verbrennen, vernichten oder vermischen nicht, sondern separieren die Rohstoffe so, dass die vorher kontaminierten Erdanteile danach sogar straßenbau-fähig sind. Unsere Vision lautet ‚zero industrial waste‘. Das gelingt uns schon jetzt zu 98 Prozent.“

Wie genau diese Entsorgung funktioniert? „Eigentlich ist Vakuumtrocknung ja ein alter Hut. Wir haben die auch nicht erfunden. Aber wir gehen mit unserer Technologie namens VacuDry in extrem hohe Temperaturen von mehr als 400 Grad.“ Mit Hilfe des Vakuums werden dann die Siedetemperaturen der Schadstoffe gesenkt und so die Behandlung in einem komplett gekapselten Prozess ermöglicht.

Schadstoffe wie Quecksilber oder Kohlenwasserstoffe werden bei der Vakuumdestillation durch das Verdampfen nahezu vollständig abgetrennt und anschließend als Flüssigkeit auskondensiert.

Beim ersten Projekt im Jahr 2005 ging es dann auch gleich um eine Ölservice-Firma in Kuwait, die als erste überhaupt die Ölabbfälle an Bohrlöchern aufbereiten wollte.

„In Deutschland wird belasteter Bohrschlamm leider immer noch auf Deponien endgelagert oder unter immensem Energieaufwand in Drehrohröfen bei hohen Temperaturen

thermisch verwertet“, so Econ-Industries-Chef Schmidt. „Andere Staaten wie Aserbaidschan oder Australien denken längst viel weiter. Im australischen Bundesstaat Victoria zum Beispiel haben eine Strafsteuer für die Deponierung von Sonderabfällen und eine vom Gesetzgeber veranlasste Verknappung »

**KEIN PUZZLE AUS
1.000 TEILEN,
SONDERN
EIN PLUG-AND-
PLAY-SYSTEM**



Größe zeigen: Im aserbaidjanischen Baku weiht der Präsident der staatlichen Ölfirma SOCAR, Rovnag Abdullayev (rechts), eine Reinigungsanlage der Starnberger Econ Industries ein

der Deponiefläche dafür gesorgt, dass umweltfreundliche Verfahren wie unsere Vakuumdestillation auch eine wirtschaftliche Alternative darstellen.“ Während Econ Industries im kommenden Jahr in Australien bereits eine zweite Anlage in Betrieb bringt und selbst aus Ländern wie Turkmenistan Anfragen kommen, würden in Deutschland Sondermüll-Deponien vom Gesetzgeber immer noch völlig anders bewertet, „obwohl sie durch immensen Flächenverbrauch, mögliche Ausgasung oder Unfallrisiken beim Transport auch hierzulande ökologisch sehr bedenklich sind“.

Zurzeit stehen vier VacuDry-Anlagen in Deutschland, unter anderem in Bitterfeld, Leipzig und im Ruhrgebiet. Der Bedarf indes ist riesig: Wie Recherchen von NDR und WDR zeigten, müssten in Deutschland mehr als 1.000 Bohrlöcher dringend gereinigt und aufbereitet werden. Ein beispielhafter Zwischenstand: Aus der „Grube Erika“ im niedersächsischen Geeste wurden 200.000 Tonnen Bohrschlamm mit 8.000 Lkw-Fahrten entsorgt – allerdings nur auf eine Sondermüll-Deponie in Schermbeck in Nordrhein-Westfalen.

Für die Produktion der Reinigungsanlagen arbeitet das Umwelttechnik-Unternehmen Econ Industries insgesamt mit 15 verschiedenen Maschinenbauunternehmen in Deutschland und Österreich zusammen, vier davon sind in Bayern. „Für jedes Thema, von Pumpen bis Stahlbau, gibt es einen

IN DEUTSCHLAND WERDEN SONDERMÜLL- DEPONIEREN VÖLLIG ANDERS BEWERTET

Sparringspartner, die uns sehr gut beraten und uns auch für neue Länder Hinweise und Tipps geben. Die LfA ist als stiller Gesellschafter ein angenehmer Kapitalpartner.“

Auch Reinhard Schmidt und Stephanie Gundlage sind ein eingespieltes Team. Nicht nur, weil sie verheiratet sind und zusammen arbeiten, sondern auch weil sie beide dieselbe Passion haben: Die Münsteranerin und der Recklinghäuser haben sich beim Sportsegeln kennengelernt. □

FAKTEN

Finanzierung Gründerbeteiligung (BayBG)
Gründungszeitpunkt 2003
Standort Starnberg **Geschäftsfeld** Umwelttechnik
Mitarbeiter ca. 20 www.econindustries.com
□ www.lfa.de/magazin

Fotos: Econ Industries; PR (1) Illustration: (PR)

ETWAS WARMES BRAUCHT DER MENSCH

DEM WÄRMEVERSORGER GEOVOL GELINGT IN UNTERFÖHRUNG ERSTAUNLICHES: MEHR ALS DIE HÄLFTE DES ORTES WIRD MIT GEOHERMIE BEHEIZT

TEXT STEFAN RUZAS

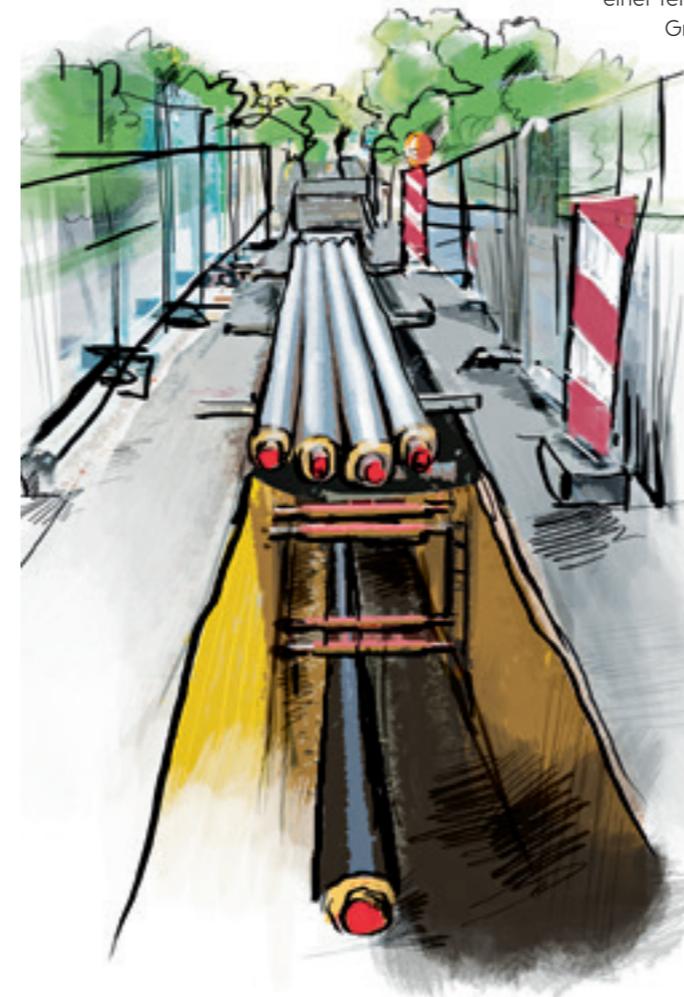
Als vor rund 60 Millionen Jahren das Aufsteigen der Alpen ein Ende fand und sich die europäische Kontinentalplatte unter der Last des aufliegenden Gebirges herabzog, wurde aus Oben allmählich Unten. Molassebecken wird die Region am Alpennordrand genannt, in deren Tiefen heißes Thermalwasser zirkuliert, das zum Heizen genutzt werden kann. „Die Kunst besteht darin, das Wasser hoch-zuholen“, sagt Peter Lohr, Geschäftsführer des kommunalen Wärmeversorgers Geovol in Unterföhring.

Wie das geht, haben er und seine Kollegen zwischen 2008 und 2014 mit zwei Förderbohrungen in Tiefen von 2.300 und 2.500 Metern bewiesen. Lohr: „Wir sind da auf eine Formation gestoßen, die sehr viel Wasser mit einer Temperatur von bis zu 93

Grad enthält.“ Energie pur also, noch dazu nachhaltig. 78,5 Millionen Euro hat der Aufbau der Erdwärmanlage die rund 11.000 Einwohner große Gemeinde im Norden Münchens gekostet. Allein 24 Millionen Euro

für die Bohrungen. „Eine Gemeinde darf ihre Tochterfirmen laut EU-Recht nicht unendlich mit Geld unterstützen, deswegen war das Tiefengeothermie-Förderprogramm der LfA ein wichtiger Baustein“, berichtet Geovol-Manager Lohr. Anfangs habe man mit einer Anschlussquote von 35 Prozent gerechnet, schon jetzt sei man bei mehr als 50 Prozent. Unter den Kunden sind große Unternehmen des Gewerbeparks, von der Allianz-Versicherung über den Pay-TV-Anbieter Sky bis zum Medienkonzern ProSiebenSat.1.

„Das Wasser geht uns nicht aus“, so Lohr weiter. „Wir schicken es ja zurück und müssen das auch nachweisen. Wir dürfen nur erwärmen, nicht entnehmen.“ Weil das warme Wasser auch im Sommer sprudelt, forciert Geovol gerade ein neues Modell und macht aus Wärme nun Kälte. Zwei Referenzprojekte gibt es bereits. Das Geschäft mit der regenerativen Energie funktioniert also: 2021 erwartet die Vorzeigefirma erstmals einen positiven Jahresüberschuss. □



Heimische Energie
Das Fernwärmenetz von Geovol (rechts: die Zentrale) hat bereits eine Länge von 22 Kilometern. Es ist meist unter Straßen (links) verlegt



FAKTEN

Finanzierung Infrakredit Tiefengeothermie (LfA)
Gründungszeitpunkt 2007
Standort Unterföhring www.geovol.de
□ [Mehr zur Einweihung der Anlage](#)
finden Sie unter www.lfa.de/magazin

WÜRZBURG LEUCHTET ANDERS

ENERGIEWENDE IN WÜRZBURG: DIE DOMSTADT RÜSTET IHRE QUECKSILBERDAMPFLEUCHTEN BIS 2020 KOMPLETT AUF LED-LAMPEN UM

TEXT MARLENE IRAUSEK

Weniger Kohlendioxid, weniger Energieverbrauch und besseres Licht: LED bietet viele Vorteile. Deshalb entwickelte die Stadt Würzburg ein Konzept, um die Beleuchtung der Straßen von Quecksilberdampf- auf LED-Leuchtmittel umzurüsten. Vom Stadtrat im Februar 2014 genehmigt, wird der von der Stadtverwaltung und den Stadtwerken ausgearbeitete Projektplan innerhalb von fünf Jahren umgesetzt. Hilfreich für den Beschluss war unter anderem die EU-Richtlinie zur Nutzung von energieverbrauchenden Produkten. Seit 1. April 2015 dürfen demnach keine Quecksilberdampflampen, auch HQL-Lampen genannt, mehr in Umlauf gebracht werden. Gründe dafür sind

neben dem hohen Stromverbrauch eine veraltete Technik und der Quecksilbergehalt. Bernd Hammer von der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH dazu: „Diese Vorgabe bedeutet aber auch, dass alle Quecksilberdampfleuchten, die bereits in Betrieb sind, weiter verwendet werden können. In Hinblick auf die Energie- und Kostenvorteile der LED-Leuchtmittel hat Würzburg jedoch beschlossen, auch alle noch vorhandenen HQL-Lampen umzurüsten.“ Die städtische Beleuchtungsanlage ist

Eigentum der Stadtwerke. Die sind jetzt auch für das Austauschprogramm zuständig und kümmern sich um die Beschaffung des Materials, die Montage und Wartung der Leuchtmittel sowie die Dokumentation. Insgesamt 16.278 Lichtpunkte umfasst das Stadtgebiet. Sie leuchten mit Quecksilberdampf-, Natriumdampf- und Leuchtstofflampen den Bewohnern ihren Weg. Zwischen 30 und 50 Jahre halten die bisherigen Leuchtmittel. 2014 waren noch genau 5.127 der Stadtleuchten mit Quecksilberdampflampen

bestückt. Bis zum Jahr 2020 stellt das Projektteam diese auf LED-Leuchtmittel um. Die Stadt Würzburg ist Auftraggeber der Umrüstung und für die Finanzierung des Vorhabens verantwortlich. Das Gesamtbudget beläuft sich auf 2,8 Millionen Euro und ist auf Raten im Etat eingeplant. Somit stehen den Stadtwerken jährlich zwischen 300.000 und 600.000 Euro zur Verfügung, um das Programm sinnvoll umzusetzen. Damit schnell der gewünschte Energiespar-Effekt erreicht wird, werden die größten Energiefresser,

in diesem Fall die 250- und 125-Watt-Quecksilberdampflampen, als Erstes getauscht. „Unterstützt wird unser energiesparendes Vorhaben auch von der LfA Förderbank Bayern. In den vergangenen zwei Jahren gewährte sie uns die Anträge auf den Infrakredit Kommunal“, berichtet Ulrike Maihofer von der städtischen Finanzabteilung. Das Darlehen wird von der KfW Bankengruppe refinanziert und von der LfA zinsverbilligt. Der Stand zur Halbzeit des Projektes ist für alle Beteiligten und die Umwelt gleichermaßen erfreulich. Da nicht alle Leuchtköpfe komplett ersetzt werden müssen, verläuft der Austausch schneller als geplant. Dadurch verringern sich die Kosten, und das veranschlagte Gesamt-

budget wird nicht ausgeschöpft. Außerdem verzeichnet die Stadt bereits nach der ersten Umstellungsphase eine Energieersparnis von 93 Prozent. Auch der Blick in die Zukunft stimmt positiv: Sobald alle die Umrüstung betreffenden Lichtpunkte mit LED leuchten, wird die Residenzstadt pro Jahr 1,5 Millionen Kilowattstunden weniger Energie verbrauchen. □

FAKTEN

Finanzierung Infrakredit Kommunal (LfA)
Projektstart 2014
Standort Würzburg
www.wvv.de www.wuerzburg.de
www.lfa.de/magazin



Schülerinnen beim klimafreundlichen Kochen im Rahmen der Klimawerkstatt

JUGENDBILDUNG

ENERGIE NACHHALTIG NUTZEN

IN ZEITEN DER ERDERWÄRMUNG IST ES WICHTIG, BILDUNGSARBEIT IM BEREICH KLIMASCHUTZ ZU FÖRDERN

Ohne Energie läuft nichts. Mit begrenzten Rohstoffen wird gekocht, geheizt und Auto gefahren. In der Klimawerkstatt des Zentrums für Umwelt und Kultur (ZUK) in Benediktbeuern erfahren Jugendliche, wie sie Energie nachhaltig nutzen und damit einen klimaschonenden Lebensstil entwickeln. Projektleiterin Barbara Saller-Hallensleben hat mit ihrem Team viele praktische Übungen entwickelt, die den Schülern auf spannende und interessante Weise zeigen, wie sich Klimaschutz einfach im Alltag umsetzen lässt.

So lernen die Teilnehmer des Programms die Nutzungsmöglichkeiten von Sonne, Wasser, Wind und Holz kennen und bauen Modelle regenerativer Energienutzung nach. Mit so wenig Holz wie möglich in kürzester Zeit einen Liter Wasser erhitzen oder mit einem selbst gebauten Solarofen Tortellini kochen sind nur zwei von vielen Aufgaben, die es im Rahmen der Klimawerkstatt zu lösen gilt. Weitere Lektionen zeigen den Schülern auf, wie viel Energie Haushaltsgeräte verbrauchen oder wie viel CO₂ sie mit ihrem Einkauf erzeugen. Damit wird Kindern und Jugendlichen möglichst früh vermittelt, was sie selbst dazu beitragen können, um Klima und Umwelt zu schützen. Begeistert von dem zukunftsorientierten Angebot, hat die LfA Förderbank Bayern Ende letzten Jahres 10.000 Euro für das Projekt gespendet und damit einen wichtigen finanziellen Baustein für die ZUK-Jugendbildung 2017 gesichert.

INVESTITION SOZIALES UNTERNEHMERTUM

BonVenture hat das Fundraising für ihren neuen Fonds BonVenture III Ende Dezember 2016 erfolgreich abgeschlossen. Auch die LfA Förderbank Bayern konnte als Neuinvestor gewonnen werden. Mit einem deutlich erhöhten Fondsvolumen von 23,3 Millionen Euro legt Deutschlands führende Social-Venture-Capital-Gesellschaft den größten Fonds für soziales Risikokapital im deutschsprachigen Raum auf. In den nächsten Jahren werden damit nachhaltige Unternehmen mit sozialem oder ökologischem Geschäftszweck mit Kapital, Beratung und Kontakten unterstützt.

JAHRESBILANZ 2016

2,5

MILLIARDEN Euro Unterstützung erhielten die bayerischen Unternehmen und Kommunen im Jahr 2016 von der LfA Förderbank Bayern. Trotz Niedrigzinsphase entspricht das einem Zuwachs von rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gefragt waren insbesondere die Wachstumsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Gründerdarlehen, Fördermittel im Bereich Umweltschutz sowie Konsortialdarlehen.

VORSTAND ALBRECHT STOLLE GEHT IN DEN RUHESTAND

Der in Leipzig geborene Stolle (65) war seit 2012 Mitglied des Vorstands der LfA und unter anderem für die Bereiche Betriebswirtschaft, Risikocontrolling und IT zuständig. Mit dem 31. Januar 2017 verabschiedete er sich in den Ruhestand. Der Vorstand der LfA besteht weiter aus Dr. Otto Beierl (Vorsitzender), Dr. Hans Schleicher (Stellvertreter) und Hans Peter Göttler. „Herr Stolle hat stets in erfrischender und menschlicher Art seine Position ausgefüllt, ohne die Ziele der LfA, eine starke und schlagkräftige Förderbank zu sein und zu bleiben, aus den Augen zu verlieren“, dankt ihm Ilse Aigner, Bayerns Wirtschaftsministerin und Vorsitzende des Verwaltungsrates der LfA, für seine hervorragende Arbeit.



Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und Albrecht Stolle (rechts) bei der Verabschiedung

MEZZANINE-DACHFONDS

400 MILLIONEN EURO FÜR DEN MITTELSTAND

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Um mittelständischen Unternehmen in Deutschland den Zugang zu alternativen Finanzierungen zu erleichtern, haben das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), der Europäische Investitionsfonds (EIF), die LfA Förderbank Bayern und die NRW.BANK einen zweiten Mezzanine-Fonds aufgelegt. Dieser wird ein Volumen von insgesamt 400 Millionen Euro haben. Damit wird das Gesamtvolumen des dem EIF anvertrauten Mezzanine-Mandates auf insgesamt 600 Millionen Euro erhöht. Mit einem Volumen von 200 Millionen Euro hat der erste Mezzanine-Dachfonds wesentlich

dazu beigetragen, das Angebot an Mezzanine-Finanzierungen im deutschen Markt zu erweitern. Bis dato hat der Fonds in mehr als 25 deutsche Unternehmen investiert. „Mit der Neuauflage des Mezzanine-Dachfonds wollen wir die Kapitalversorgung des deutschen Mittelstands stärken und wichtige Impulse für mehr Investitionen geben“, erklärt Staatssekretär Matthias Machnig, BMWi. Pier Luigi Gilibert, geschäftsführender Direktor des EIF, betonte: „Der zweite gemeinsame Mezzanine-Fonds ist eine schlagkräftige Antwort auf die ungebrochene Nachfrage nach alternativen Finanzlösungen im deutschen Markt.“

500. ZUSAGE

KAPITAL FÜR GRÜNDER

Zu ausreichend Eigenkapital in der Gründungsphase verhelfen die stillen Beteiligungen der BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH, ein Unternehmen der LfA-Gruppe. Zielgruppe sind Existenzgründer der gewerblichen Wirtschaft und junge Unternehmen. Über eine Laufzeit von zehn Jahren (tilgungsfrei) können Beteiligungen von 20.000 bis 250.000 Euro gewährt werden. Die Rückzahlung erfolgt am Beteiligungsende zum Nominalwert. Für eine Zusage muss die fachliche und kaufmännische Qualifikation des Gründers nachgewiesen und ein tragfähiges und nachhaltiges Unternehmenskonzept vorgelegt werden. Weitere Voraussetzung ist neben einem angemessenen Eigenmitteleinsatz die persönliche Haftung der Gesellschafter. Letztes Jahr vergab die LfA bereits die 500. Zusage. Insgesamt wurden bis 2016 rund 48 Mio. Euro an Existenzgründungsbeteiligungen genehmigt und über 6.400 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert.

TILGUNGSRECHNER

PLANUNGSHILFE

Mit dem LfA Tilgungsrechner lässt sich eine unverbindliche Zins- und Tilgungskalkulation für Ihr persönliches Förderprogramm aufstellen. Benötigt werden lediglich die Eckdaten des geplanten Kredites – Laufzeit, Zinsbindung, Bonitätsklasse, vereinbarter Zinssatz in % (optional) und der Darlehensbetrag in Euro – und schon kann es losgehen.

Unter Eingabe der Daten auf www.lfa.de/tilgungsrechner wird der individuelle Tilgungsverlauf sofort errechnet. Das verschafft einen schnellen Überblick und dient als Orientierung für die weitere Planung. Der mittels des Tilgungsrechners angezeigte Darlehensverlauf stellt kein endgültiges Angebot der LfA dar.

Fotos: Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern; LfA; fotolia / psdesign1



ATTRAKTIVES ANGEBOT

GRÜNDUNG UND WACHSTUM

Weil Förderung einfach und flexibel sein soll, hat die LfA ihre Gründungs- und Wachstumsförderung neu aufgestellt. Ab sofort muss in diesem Bereich nur noch ein Antrag gestellt werden, um eine Finanzierung von bis zu 100 Prozent zu erhalten. Dazu gibt es noch weitere Vorteile: Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf zehn Millionen Euro. Bis zu einer Darlehenshöhe von zwei Millionen Euro kann die LfA 70 Prozent des Kreditrisikos im Bereich Gründung beziehungsweise 60 Prozent im Bereich Wachstum durch eine Haftungsfreistellung übernehmen. Die Darlehenslaufzeiten sowie Zinsbindungen sind bis zu 20 Jahre möglich und die Zinssätze sehr günstig.

FÖRDERKREDIT

Digitale Zukunft

Im Zusammenwirken mit Wissenschaft und Wirtschaft hat der Freistaat Bayern die Strategie Bayern Digital entwickelt. Damit soll die bayerische Wirtschaft optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Es geht vor allem darum, Betrieben die Chancen der Digitalisierung zu ermöglichen. So können sich insbesondere der Mittelstand und das Handwerk für das neue Zeitalter rüsten. Die LfA Förderbank Bayern ergänzt die Zuschussförderung des Freistaats Bayern über den Digitalbonus (Zuschuss von bis zu 10.000 Euro beziehungsweise 50.000 Euro) mit einem Digitalkredit in einer Höhe von bis zu zwei Millionen Euro. Gefördert werden kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Produkte, Dienstleistungen und Prozesse digital transformieren oder ihre IT-Sicherheit verbessern. Mit dem Kredit können Projekte bis zu 100 Prozent, das heißt ohne Eigenkapital, finanziert werden. Die attraktiven Zinssätze können bis zu zwölf Jahre festgeschrieben werden.

Gudrun Rieke

Abteilung:
Finanzmärkte

Position:
Abteilungsleiterin
und Nachhaltigkeits-
beauftragte
Seit 2011 bei der LfA



„Gelebte Nachhaltigkeit ist gelebte Zukunft“

Ich bin gelernte Juristin und begann meinen beruflichen Werdegang bei der Deutschen Bank in Frankfurt. Danach führte mich mein Weg zurück in meine Heimatstadt München, wo ich viele Jahre in der Bayerischen Staatskanzlei tätig war. Hier war ich unter anderem für staatliche Beteiligungen zuständig und somit auch für die LfA, wo ich heute die Abteilung Finanzmärkte leite. Unsere Hauptaufgabe ist die Mittelaufnahme und die Mittelanlage am Geld- und Kapitalmarkt. Damit tragen wir dazu bei, dass die LfA Darlehen zu günstigen Konditionen an bayerische Unternehmen und Kommunen vergeben kann. In unserer Abteilung ist außerdem das Thema Nachhaltigkeit angesiedelt. An dem langfristigen Zukunftsgedanken fasziniert mich, dass Ökonomie, Ökologie und Soziales gemeinsam in den Blick genommen und nicht nur einseitig betrachtet werden. Bei uns im Unternehmen hat Nachhaltigkeit einen sehr hohen Stellenwert. Das belegen wir mit unserem Nachhaltigkeitsbericht, in dem wir regelmäßig zeigen, wie Nachhaltigkeit in der LfA im Einzelnen umgesetzt wird. Zahlreiche Zertifizierungen unterstreichen unser Nachhaltigkeits-Engagement.

Fotos: Getty Images / MamiGibbs; Conny Mirbach (2)

Volker Wagner

Abteilung: Organisation
und Verwaltung

Position:
Küchenmeister

Seit 1993 bei der LfA



„Kochen war schon immer meine Leidenschaft“

Seit mittlerweile 24 Jahren kümmere ich mich um das leibliche Wohl der LfA-Mitarbeiter. Etwa genauso lange ist auch unsere Küchenausstattung schon in Betrieb. Mit großer Freude erwarten wir den für nächstes Jahr geplanten Umbau der Kantine inklusive neuer und energiesparender Technik. Mein Team besteht aus zwei Köchinnen, vier Küchenhilfen und einer Kassenkraft. Gemeinsam verköstigen wir täglich bis zu 250 Personen. Außerdem betreuen wir Veranstaltungen und Besprechungen. Unsere Arbeit beginnt morgens um halb sieben mit der Vorbereitung. Zum Frühstück gibt es belegte Semmeln, Brezn, Kaffee und frischgepressten Saft. Mittags bieten wir zwei Gerichte an, fast immer mit einer vegetarischen Variante. Während der Mittagszeit ist natürlich Hochbetrieb, dann bin ich mit meinem Team vor allem in der Küche gefordert. Nachmittags erledige ich die notwendige Büroarbeit und entwickle neue Rezeptideen. Bei der Menüplanung achte ich auf Abwechslung, das saisonale Angebot und auf Zutaten aus biologischem Anbau. Die Qualität der Produkte steht dabei im Vordergrund.



WIR FÖRDERN ENTWICKLUNG UND ENTFALTUNG

Als Förderbank für Bayern bieten wir unseren Mitarbeitern attraktive Perspektiven.
Kommen Sie ins Team und starten Sie Ihre erfolgreiche berufliche Karriere bei der LfA.
Mit dem dualen Studium zum Bachelor of Arts, Fachrichtung Bank.

Mehr Infos unter [lfa.de/karriere](https://www.lfa.de/karriere)

www.lfa.de


LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.